ISSN 0940-8665
37. / 38. Jahrg. / April 2002
Doppelnummer: € 7,50

50 Jahre quicklebendig

Nachbarschaftsheime,
Bürgerzentren, Soziale Arbeit,
Gemeinwesenarbeit

Rundbrief

Doppelnummer 37. und 38. Jahrgang
2/2001 und 1/2002
April 2002

Bericht über die Fachtagung aus Anlass des 50jährigen Bestehens des Nachbarschaftsheimes im Pestalozzi-Fröbel-Haus und des Verbandes für sozial-kulturelle Arbeit

Rundbrief-Doppelnummer 37. und 38. Jahrgang

2/2001 und 1/2002

April 2002

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort
von Monika Schneider S.3

50 Jahre Nachbarschaftsheim und 50 Jahre Familienberatung im Pestalozzi-Fröbel-Haus
von Prof. C. Wolfgang Müller S.4

Grußwort des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes
von Christa-Maria Blankenburg S. 7

Rückblick in die Zukunft I
Traditionslinien sozial-kultureller Arbeit
von Norbert Burger S. 8

Grußwort des Bundespräsidialamtes
von Dr. Torsten Bischoff S. 11

Rückblick in die Zukunft II
Kontinuitäten und Visionen
von Prof. Dieter Oelschlägel S. 11

Grußwort des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
von Dr. Wolfgang Linckelmann S. 14

Rückblick in die Zukunft III
Aktuelle Herausforderungen sozial-kultureller Arbeit
von Thomas Krüger S. 15

Glückwünsche des Regierenden Bürgermeisters von Berlin
von Klaus Wowereit S. 18

Global Values, Local Action
von Agnes van't Bosch S. 19

Lokaltermine stadtweit
Das Nachmittagsprogramm von Freitag, dem 23.11. S. 24

Workshopbericht S. 27
50 Jahre quicklebendig, die Revue

Programm der Abendveranstaltung in der UFA-Fabrik S. 30
Nachbarn, die uns etwas zu sagen haben
von Gabriele Schöttler S. 31

Soziale Stadtentwicklung - Sonderprogramm oder Strukturaufgabe?
Podiumsdiskussion S. 32

Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer S. 45

Impressum S. 50

**„Verstehen kann man das Leben nur rückwärts,
leben muss man aber vorwärts“
Sören Kierkegaard**

Liebe Leser/innen,

Vor Ihnen liegt der Rundbrief 1/2002, die Dokumentation der Fachtagung unter dem Motto „50 Jahre Verband für sozial-kulturelle Arbeit, 50 Jahre gelebte Demokratie“.

Jubiläen sind etwas Herrliches, geben sie einem doch Anlass, inne zu halten und seinen Blick rückwärts zu richten. In erster Linie, um sich die eigene Entwicklung vor Augen zu führen, sich seiner Tradition zu vergewissern. Dann begegnen einem die Highlights, die Menschen die man getroffen hat, die Orte, an denen man sich aufgehalten hat, die Fragen, die einen beschäftigt haben, die Ideen und Visionen, die einen vorwärts getrieben haben. Es tauchen im Gedächtnis aber auch die verpassten Chancen, die Niederlagen und Misserfolge der Vergangenheit auf.

Die meisten von uns nehmen Jubiläen zum Anlass, Freunde, Verwandte und Wegbegleiter einzuladen. So auch wir, viele sind unserer Einladung gefolgt. Sie haben mit uns zurück geschaut in die gemeinsame Vergangenheit und dabei auch nicht den Blick auf die eigene Biographie gescheut - wie Norbert Burger, oder uns gezeigt, dass sozial-kulturelle Arbeit auch in einem größeren internationalen Rahmen zu sehen ist - wie Agnes van´t Bosch, oder uns Fragen mit auf den weiteren Weg gegeben haben - wie Dieter Oelschlägel und Thomas Krüger.

Schön ist es, wenn einem jemand hilft, das eigene Fest auszurichten. So auch bei uns. Vielen Dank an dieser Stelle an die Landesgruppe Berlin, die den wesentlichen Anteil an der Vorbereitung und Durchführung übernommen hat und an die Kiez-Oase Schöneberg, die uns im Rahmen des eigenen Jubiläums einen wunderbaren Ort für unsere Fachveranstaltung zur Verfügung gestellt hat.

Jetzt heißt es, sich aufzumachen ins nächste halbe Jahrhundert und auch noch einmal etwas zu wagen. Die Luft für Bundesverbände ist dünn geworden, die Mittel sind knapp und viele buhlen um die Töpfe. Da rettet einen dann auch nicht die lange Tradition. Angeregt und bestärkt durch die Fachtagung, in der wir uns unserer Wurzeln vergewissern konnten, wollen wir nun den Blick nach vorne richten und uns alten und neuen Aufgaben gelebter Demokratie stellen.

Monika Schneider, 1. Vorsitzende

50 Jahre Nachbarschaftsheim und 50 Jahre Familienberatung im Pestalozzi-Fröbel-Haus

Prof. C. Wolfgang Müller (Technische Universität Berlin)

Wer den runden Geburtstag eines Nachbarschafts- und Familienzentrums feiert - das sich heute mit guten Gründen Kiezoase nennt - der sollte zunächst die Nachbarschaft würdigen, in der diese „Oase“ ihre Feuchtigkeit spendet.

Die Gegend nördlich und südlich und westlich der Grunewaldstraße gehört in ihren jüngeren Teilen zum neuen Berliner Westen. Zu jenem modernen, intellektuellen Westen, der sich bewusst und betont von der eher konservativen wilhelminischen Mitte um das Schloss und die Friedrichstadt abhob und der unserer Stadt zu dem ein wenig hochtrabendem Etikett verhalf, die „Welthauptstadt der Moderne“ zu sein. Im Umfeld unserer heutigen Versammlungsstätte wohnten Hans Fallada und Anna Seghers, Franz Hessel, Gottfried Benn und Eduard Bernstein, Albert Einstein und eine der Freundinnen von Kurt Tucholsky. Das um 1900 besiedelte Bayrische Viertel war eines der am dichtesten mit jüdischen Mitbürgern bewohnte Quartier der Stadt. Und das Gelände gar, auf dem wir diesen Doppelgeburtstag feiern, beherbergt besonders geschichtsträchtige Gebäude. Es erinnert mit seinen Häusern I, II und III (das war die alte Bezeichnung) an drei große Frauen der Berliner Zeitgeschichte. Henriette Schrader-Breymann gilt, unterstützt von der späteren Kaiserin Friederike und ihrem Ehemann Karl-Schrader, als Gründerin des Pestalozzi-Fröbel-Hauses, einer - so können wir heute sagen - Fachhochschule für weibliche Soziale Berufe. Als Nachfolgerin ihres Großonkels Friedrich Fröbel schulte sie Kindergärtnerinnen (später auch Hortnerinnen) und nutzte deren weibliche Eigenheiten als eine „der Welt zugewandte geistige Mütterlichkeit“. Jedes mal, wenn ich, von der Grunewaldstraße kommend in die Karl-Schrader-Straße einbiege, gibt es mir einen Stich. Weil ich mir denke, die Karl-Schrader-Straße müsste doch eigentlich Henriette-Schrader-Breymann-Straße heißen. Gewiss, ihr Ehemann war Vorsitzender ihres Vereins, des Berliner Vereins für Volkserziehung. Aber die eigentliche Arbeit tat sie. Diese merkwürdige Form der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern hat sich bis auf unsere Tage erhalten, wenigstens in Teilen.

Die treibende Kraft für das Haus II war Hedwig Heyl. Sie hatte in der Farbenfabrik ihres Mannes am Berliner Salzufer den ersten Betriebskindergarten, die erste Werkkantine und die erste Badeanstalt für ihre Arbeiter eingerichtet. Ihr Kochbuch „ABC der Küche“ galt als erstes Standardwerk der neuen Hauswirtschaftslehre, und ihr Organisationstalent beim Ausrichten von Massenspeisungen in Not- und Kriegszeiten trug ihr den Spitznamen „Meisterhausfrau Berlins“ ein. Ihre Lehrgänge für städtische Haushaltspflegerinnen, für Wirtschafterinnen und Meisterinnen der Hauswirtschaft im Haus III waren eine wichtige Ergänzung für die 1908 hinzukommende Soziale Frauenschule der Alice Salomon, der deutschen Begründerin von Sozialer Diagnose und Sozialer Einzelhilfe. Alice Salomon, die 1914 das Haus II erbauen ließ, hatte den stolzen Satz geprägt, es sei die Aufgabe der Wohlfahrtspflegerin, „die Kunst des Lebens zu lehren“. Damit waren keine hochgestochenen Fähigkeiten und Fertigkeiten gemeint, sondern die Unterstützung der sogenannten „hausfraulichen Tugenden“ von Arbeiterfrauen, die in den Ostprovinzen Preußens als Landarbeiterinnen gedient hatten und meist kaserniert untergebracht worden waren. Sie hatten sich niemals als Frauen, die auch im Haus arbeiteten, ausbilden können.

Sie sollten sich nun die Fertigkeit aneignen, sparsam und ökonomisch einzukaufen, mit geringen Mitteln einen abwechslungsreichen Speiseplan aufzustellen, am Brennholz zu sparen, die Kinder zum regelmäßigen Schulbesuch und zum Erledigen der Schularbeiten anzuhalten und dem Mann den allzu häufigen Kneipenbesuch auszureden. Alice Salomon und ihr Haus III als eine der ersten Frauenschulen für Soziale Arbeit in Deutschland ist also die dritte zukunftsweisende Einrichtung der bürgerlichen Frauenbewegung auf diesem geschichtsträchtigen Berliner Boden. Die Nationalsozialisten vertrieben sie als Jüdin und international renommierte Frauenrechtlerin aus Deutschland. Das PFH überlebte manchmal recht und manchmal auch schlecht.

An dieser Stelle gilt es einer Frau zu gedenken, die nach dem Ende der Hitler-Herrschaft eine Brücke zwischen dem alten, renommierten PFH und der neuen demokratischen Zeit in der 2. Deutschen Republik errichtete. Lina Mayer-Kulenkampff hatte in der 1. Deutschen Republik verschiedene Frauenschulen und Wohlfahrtsschulen geleitet. In der nahegelegenen Pallasstraße wirkte sie als Direktorin des Augusta-Victoria-Gymnasiums, der heutigen Sophie-Scholl-Gesamtschule. Sie war 1934 in den Ruhestand versetzt worden, weil sie sich geweigert hatte, den Diensteid auf Adolf Hitler zu leisten. 1948 wurde sie zur Direktorin des PFH berufen. Sie knüpfte an die alte, frauenbewegte Tradition des PFH an und verband sie - eine große historische Leistung - mit der nordamerikanischen Tradition der Settlement und Neighbourhood-Bewegung von Jane Addams in Chicago. Auf einer Studienreise in die USA erkrankte sie schwer und musste die Leitung an ihre Stellvertreterin Dr. Hedwig Koch abgeben, die das PFH schon einmal - ab 1936 - geleitet hatte.

Jane Addams, die spätere Friedensnobelpreisträgerin hatte am 18. November 1889 - also vor ziemlich genau 112 Jahren - in Chicago Hull House als Frauenwohngemeinschaft und Nachbarschaftsheim gegründet. Die Idee des „settlements“ als „Niederlassung von jungen AkademikerInnen in einem Elendsquartier“ stammte von Samuel Barnett und seiner Frau Henrietta aus dem Londoner Osten. Abgestoßen von dem heuchlerischen Umgang der englischen Gesellschaft - auch der anglikanischen Kirche - mit Armut und Armen, denen einmal zur Weihnachtszeit milde Gaben spendiert und die im übrigen in ihrer Armut belassen wurden, gründeten die Barnetts eine Niederlassung von jungen, alleinstehenden Akademikern, die sich verpflichteten, für ein

oder zwei Jahre in das Elendsgebiet in der Nähe der Dockanlagen zu ziehen, tags über ihren akademischen Berufen nachzugehen und am Abend und an den Wochenenden ihre freie Zeit und ihre Kenntnisse als Ärzte, Rechtsanwälte, Studienräte und Kommunalpolitiker den in der Nachbarschaft wohnenden Bürgern kostenlos zur Verfügung zu stellen. Als ehrenamtlich tätige Erwachsenen-Bildner. Man könnte auch sagen: als Zeitspender.

Auf einer ausgedehnten Europareise hatte Jane Addams die Barnetts in London besucht und trug deren Idee einer Akademiker-Niederlassung im Elendsquartier nach Chicago in die Nachbarschaft des größten Binnenhafens von Nordamerika. Aber es gab gravierende Unterschiede zwischen Toynbee Hall in London und Hull House in Chicago. In London lebten vor allem ehemalige Handwerker und Gelegenheitsarbeiter, die ins Lumpenproletariat abgeglitten waren. In Chicago lebten qualifizierte europäische Einwanderer, die mit hohen Erwartungen in die Staaten ausgewandert waren und die nun ihre Arbeitskraft als ungelernte Tagelöhner am Hafen verdingen mussten, während ihre Frauen als Heimarbeiterinnen in der Textilindustrie von Zwischenmeistern ausgebeutet wurden. Außerdem waren die Akademikerinnen in Chicago Frauen. Und sie waren politische Frauen. Sie sahen die fehlende Infrastruktur des Stadtviertels als ein kommunalpolitisches und nicht als ein allgemein-menschliches Problem.

Sie sahen die Versuche der Textilbosse, den Heimarbeiterinnen die gewerkschaftliche Organisierung zu verbieten, als ein politisches Problem. Sie sahen die massive Korrumpierung der Stadtväter durch einige strukturbestimmende Großbetriebe und durch die organisierte Kriminalität, welche Chicago dreißig Jahre später zur Welthauptstadt der Gangster mache sollte, als politisches Krebsgeschwür am Leib der Demokratie. Sie waren keine Sozialistinnen, obwohl einige von ihnen Friedrich Engels übersetzt hatten und mit russischen Anarchisten sympathisierten. Aber sie waren insgesamt entschlossen, die „Armen“ im Stadtteil nicht mit milden Gaben zu befrieden, sondern ihnen zu helfen, sich kollektiv zu wehren und den Stolz auf ihre ethischen Wurzeln zu bewahren und zu pflegen.

Jane Addams hat das PFH übrigens 1919 besucht. Sie wurde von Alice Salomon auf englisch begrüßt, was auf deutscher Seite teilweise mit Unverständnis und Empörung zur Kenntnis genommen wurde.

Die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger in der Nachbarschaft war sehr konkret. Die Frauen legten einen Sozialatlas des Stadtteils mit den wichtigsten demografischen Daten an. Sie gründeten eine Kinderkrippe und einen Kindergarten. Nachmittags fassten sie die Schulkinder in Jugendclubs zusammen und organisierten Ausflüge, Sommerlager und Bildungsreisen. Sie boten Bürgerschaftskurse an, um den frisch Immigrierten zu helfen, die neue Sprache zu erlernen und den Bürgerschaftstest zu bestehen, der aus Einwanderern Staatsbürger machte. Sie veranstalteten Literaturabende mit Lesungen in der jeweiligen Muttersprache der deutschen, italienischen, polnisch-russischen und jüdischen Bürger. Kurz: Sie halfen, die Lebensqualität der Mensche in der Nachbarschaft zu heben und gleichzeitig ihren Stolz zu festigen, Amerikaner geworden zu sein.

Lina Mayer-Kulenkampff kannte die Tradition dieser Nachbarschaftsheime. Sie verband sie mit dem Bestreben, ihren deutschen Landsleuten zu helfen, sich vom Gedankengut des Nationalsozialismus zu trennen und die Soziale Arbeit in ihrer vollen Breite zu demokratisieren und zu humanisieren. Dazu gehörte die Übernahme persönlicher und politischer Verantwortung für die demokratische Gestaltung des Gemeinwesens in dem Menschen leben. In der Forderung nach Übernahme von Verantwortung für die demokratische Neugestaltung Deutschlands im kleinen, überschaubaren Raum der Gemeinde (Gemeinwesensarbeit) traf sich Lina Mayer-Kuhlenkampff mit den anglo-amerikanischen Besatzungs- und Jugendoffizieren, die in den ersten Jahren nach Kriegsende hier das Sagen hatten. Die Engländer und insbesondere die Amerikaner gingen von einem im Prinzip optimistischem Bild von der Formbarkeit und der Lernfähigkeit von Menschen aus: Wenn man ihnen nur genügend Chancen, Vorbilder und positive Erfahrungen vermitteln würde. Diese Umerziehungs- und Demokratisierungs-Philosophie stand im Gegensatz zur sowjetischen Lehrmeinung, der Faschismus als eine rückwärts-gerichtete Ideologie sei durch eine neue Gesellschaft zu liquidieren, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ihr Ende gefunden habe. Und die Franzosen gingen - wie manche Engländer auch - davon aus, hartgesottene deutsche Faschisten könne man überhaupt nicht umerziehen. Ja, das deutsche Wesen sei resistent gegen demokratische Lebensformen.

Für die Amerikaner aber, und insbesondere für die religiösen Gemeinschaften der Quäker, war das Leben und Arbeiten in wohnortnahen Geselligkeits- und Freundschaftsgruppen und die dabei zu entfaltende „Gruppenpädagogik“ ein wesentlicher Baustein zur Neuorientierung bürgerlichen Zusammenseins nach dem Zusammenbruch der Hitler-Herrschaft. Deshalb unterstützten sie Jugendverbände, Frauenverbände, Gewerkschaften und Kirchen vor Ort.

Und deshalb unterstützten sie den Aufbau von Nachbarschaftsheimen. Anfang 1954 gab es in den Westzonen 13 Nachbarschaftsheime, sechs davon allein in den Berliner Westsektoren. Der

Mittelhof, schon 1947 gegründet, war das bekannteste, das Nachbarschaftsheim des PFH war, 1951 von Lina Mayer-Kuhlenkampff gegründet und mit Räumen im Erdgeschoss und im Kellergeschoss des Kinderhauses ausgestattet, die damals jüngste Gründung.

Die Jugendleiterin Annemarie Schöne, die erste Leiterin der heutigen Kiezoase, hat das gesellschaftspolitische Konzept der Nachbarschaftsheimbewegung in einem Erfahrungsbericht aus dem Jahre 1954 so beschrieben:

„Wenn die Menschen sich bei uns in festen Gruppen zusammenfinden, so wird deutlich, dass die Funktion eines Nachbarschaftsheimes über die der „offenen Tür“ hinausgeht. Wir wissen alle, wie sehr die Bereitschaft und die Fähigkeit, sich für einander aufzuschließen und neben den eigenen Freuden und Sorgen auch die von anderen mitzusehen und mitzutragen, durch die übergroße Not der Kriegs- und Nachkriegsjahre verschüttet worden ist. Diese Bereit-

schaft wieder zu wecken und zu entwickeln, kann in einer kleinen Gruppe begonnen und geübt werden. Im gegenseitigen Nehmen und Geben liegt die Kraftquelle und die Anforderung zugleich. Hier beginnt die Aufgabe des Gruppenleiters: die Eigenarten und Entwicklungsmöglichkeiten der Einzelnen und der Gruppen zu erkennen, den ihnen entsprechenden Weg mit ihnen zu finden und ihnen solange Stütze, Helfer und Ratgeber zu sein, bis sie seiner Hilfe nicht mehr bedürfen“ (in: Nachrichten aus dem P.F.H. Juli 1954, 4)

Die kleine, überschaubare, außerfamiliale Gruppe innerhalb der gelebten und erlebten Nachbarschaft war und ist für nordamerikanische Konzepte von „gelebter Demokratie“ eine bedeutsame Voraussetzung. Aber nicht die einzige. Eine zweite, entscheidende Voraussetzung für demokratisches Leben und Handeln ist eine tragfähige, zuverlässige und partnerschaftliche (wir sagen heute „spiegelbildliche“) Beziehung zwischen zwei Menschen - in den frühen Phasen des Sozialisierungsprozesses zwischen einem Kind und einer zuverlässig erreichbaren Bezugsperson. Die Pflege befriedigender zwischenmenschlicher Beziehungen galt und gilt in den USA als eine wichtige Voraussetzung, um seelische Störungen und aggressive wie regressive Reaktionsbildungen vorbeugend zu dämpfen oder gar zu verhindern. Diesem Grundgedanken folgend war Anfang des 20. Jahrhunderts in den USA eine Bewegung für seelische Hygiene und Gesundheit entstanden - die mental health Bewegung - . Sie hatte übrigens auch Einfluss auf die spezielle Beurteilung und Verurteilung von jugendlichen Straftätern - in Chicago entstanden im Umfeld von Jane Addams die ersten eigenständigen Jugendgerichte. Und sie hat spezielle Tageskliniken für beziehungsgestörte Kinder und Jugendliche hervorgebracht, die child guidance Kliniken, aus denen sich unsere deutschen Erziehungsberatungsstellen entwickelt haben.

Es gehörte zu dem weitsichtigen und ganzheitlichen Denken von Lina Mayer-Kuhlenkampff, dass sie mit der Gründung des Nachbarschaftsheims im PFH auch die Gründung einer Familienberatungsstelle verband, die von Anfang an die erziehlichen Potenzen der Nachbarschaft um die Karl-Schrader-Straße unterstützen und qualifizieren sollte. Das gesellschaftlich-gesellige Gruppenprogramm des Nachbarschaftsheims mit einer bunten Subkultur von Spiel-, Interessen- und Freundschaftsgruppen für Kinder und Jugendliche, für Erwachsene und für Senioren und das einzelfallbezogene Beratungsprogramm für Eltern, die Schwierigkeiten mit ihren Kindern und mit der Erziehung ihrer Kinder hatten - und mit Kindern, die Schwierigkeiten mit ihren Eltern und mit der Erziehung ihrer Eltern hatten - war von vorn herein in ein integriertes Konzept eingebunden, das die Anhebung der Wohn- und Lebensqualität im Stadtteil zum Ziel hatte.

Und diese Arbeit sollte, das darf nicht vergessen werden, helfen, aus unseren deutschen Köpfen das rassistische Gedankengut von der genetischen Überlegenheit der germanischen Rasse und von der Unheilbarkeit erbkranken Nachwuchses zu verbannen.

So gesehen haben das Nachbarschaftsheim im PFH und die Familienberatung, die beiden in diesen Tagen ihre fünfzigsten Geburtstage feiern, einen bemerkenswerten Anteil an dem langen Weg unserer Gesellschaft aus Barbarei zur Humanität.

In diesen fünfzig Jahren ist viel geschehen. Nachbarschaftsheim und Familienberatung haben sich Schritt für Schritt weiterentwickelt - in die Breite und in die Tiefe. In die Breite: Allein, wenn man die Namen der Mitarbeiter in den verschiedenen Tätigkeitsbereichen der Kiezoase zusammenzählt, kommt man auf 75 Namen, darunter 47 Frauen. Da ist die Nachbarschaftsarbeit unter der Leitung von Dorothee Ruddat mit den beiden Standorten in der Barbarossa- und Kurmärkischen Straße; da ist die Familienberatung unter Ursula Ammon-Hubach in der Belziger Straße, die neubegonnene Schulsozialarbeit in der Neumark-Grundschule unter Hildegard Scherer.

Das Café Pink mit Elisabeth Wagner und Manuela Rogner und anderen, der Schülerclub unter Achim Werner, der Juxirkus unter Conny Fischer und nicht zuletzt die Geschäftsstelle, das Technische Personal und der Leiter Gerd Schmitt - eine wirklich eindrucksvolle Besetzung.

Die Idee eines Nachbarschaftsheimes ist es nicht, unter straffer zentraler Leitung in standardisierter Fliessbandproduktion marktgängige Dienstleistungen für unsere Spaßgesellschaft zu produzieren. Die Tätigkeiten der Kiezoase setzen sich aus vielen, bunten, selbständigen und selbstverantwortlichen Gruppenaktivitäten zusammen. Die Lückekinder treiben Sport - beispielsweise Breakdance - und feiern Grillpartys in der Fahrradwerkstatt. Im Juxirkus lehren hochqualifizierte Profis aus Zirkus und Varieté die Kinder und Jugendlichen die Arbeit auf Einrad und Hochseil, das Zaubern und die Clownerie, Jonglage, Diabolo und Develstick. Im Café Pink treffen sich Mädchen ab 10 und junge Frauen im Räumen offener Geselligkeit, aber auch in vielfältigen Werkstätten am Computer und in der Turnhalle, bei Aerobic und in der Schreibwerkstatt, beim Theaterspiel und dem Bewerbungstraining. Übrigens beim Stichwort „Bewerbungstraining“: Seit vielen Jahren gibt es unter dem Dach der Kiezoase auch ein Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm für Künstler, Handwerker, Pädagogen, Verwaltungs- und Wirtschaftskräfte, jetzt in Zusammenarbeit mit dem Nachbarschaftsheim Schöneberg e. V. Und nicht an den Fingern beider Hände abzuzählen sind die Gastgruppen und Selbsthilfegruppen, denen die Kiezoase Räume und Sachverstand zur Verfügung stellt. Allein sieben Musikgruppen haben ihre Übungsräume im Nachbarschaftsheim und alleinstehende Klarinettisten und Trompeter finden hier eine Bleibe, die niemanden stört.

Ein besonderes Kennzeichen dieses Nachbarschaftsheims ist die enge Kooperation mit Ausbildungsstätten für Soziale Arbeit durch permanente, zuverlässig angeleitete und interessante Praktikumsplätze für die Erzieherfachschule, die Berufsfachschule für Sozialwesen und die Alice-Salomon-Fachhochschule, die inzwischen nach Hellersdorf gezogen ist. Seit der Gründung des alten PFH waren alle Wohlfahrtseinrichtungen der Häuser I bis III auch als Praktikantenstellen für Hauswirtschaftsleiterinnen und Haushaltspflegerinnen, für Sozialarbeiterinnen und Jugendpfleger konzipiert. In Krippen und Kleinkinderstuben, in Tagesheimen, Horten, in der Kinderlesestube und im Ferienlandheim arbeiten sie unter Anleitung und Praxisberatung mit.

Diese Tradition ist fortgesetzt und vertieft worden. Gerade angesichts der gegenwärtigen Diskussion um die Neugestaltung des Theorie-Praxis-Verhältnisses in der Ausbildung zur Sozialen Arbeit ist diese unterstützende Dienstleistung für Fachschulen und Fachhochschulen von erheblicher Bedeutung.

Ich habe bisher wahrscheinlich bei Ihnen den Eindruck erweckt, als wäre die Kiezoase ein Tummelplatz allein für Kinder und Jugendliche aller Altersgruppen, vieler Nationalitäten und Sprachen und beider Geschlechter. Aber eben die „Kids". Dieser Eindruck wäre unvollständig. Insbesondere die Barbarossastraße 65 ist ein „generationsübergreifender Nachbarschafts- und Familientreffpunkt" fachlich und menschlich hervorragend geleitet von Renate Zindler. Senioren und Familien sind weiter wie bisher ein Schwerpunkt der Arbeit. Gerade für sie bewährt sich das alte Prinzip eines offenen geselligen Ortes (in diesem Fall das Café und der Garten) und einer Fülle von Gruppen als Projektgruppen oder Dauerangebote vom Kindertrödel bis zum Computerkurs für Senioren. Dabei spiegelt das Spektrum der Besucher und Nutzer die ganze, bunte ethnische Vielfalt Schönebergs. Die Familienberatung beispielsweise haben im letzten Jahr Familien aus vierzehn Kultur- und Sprachräumen besucht. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind international zusammengesetzt. Die Vorsitzende des Trägervereins „Kiezoase Schöneberg e. V." ist Sulamith Samuleit, eine gebürtige Schwäbin und gelernte Historikerin.

Und da Geld gerade in Berlin eine ebenso wichtige wir rare Ressource ist, sei anerkennend angemerkt, dass der Verein Kiezoase regelmäßig Zuwendungen vom Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg erhält, von den Europäischen Sozialfonds über das Sozialpädagogische Institut, vom Paritätischen Wohlfahrtsverband über den Verband für sozial kulturelle Arbeit, vom Arbeitsamt Südwest von Berlin und von einer Reihe von Stiftungen. Dazu kommen Mitgliederbeiträge, Eintrittsgelder, Kursgebühren, Inserate in der Programmzeitschrift und die vielen ungenannten Zuwendungen von Zeitspendern, die als „Freiwillige" Zeit und Sachverstand unentgeltlich zur Verfügung stellen.

Sie sehen es täglich: Die Kiezoase blüht und gedeiht. Jane Addams hatte vor 112 Jahren in Chicago einen Traum, den Traum, inmitten einer großen Stadt mit vielen kleinen Häusern ein großes Haus zu haben, das den Nachbarn aus allen Nationen zum geselligen Verkehr zur Verfügung steht. Dieser Traum - in der Schöneberger Karl-Schrader-Straße ist er Wirklichkeit geworden. Bitte denken Sie daran, wenn Sie sich jetzt auf den musikalischen Beitrag der Taktlosen freuen, der diesen Festakt beschließen wird.

Christa-Maria Blankenburg: Grußwort des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Im Namen von Vorstand und Geschäftsführung des Gesamtverbandes des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes gratuliere ich dem Verband für sozial-kulturelle Arbeit sehr herzlich und wünsche ihm für seine weitere Arbeit viel Erfolg.

Der Verband für sozial-kulturelle Arbeit, als Verband der Nachbarschaftsheime vor fünfzig Jahren gegründet, genießt beim Paritätischen Gesamtverband Anerkennung und Akzeptanz. Ausdruck hierfür ist u. a., dass unser ehemaliger Hauptgeschäftsführer, Herr Klaus Dörrie, zu Ihren Vorstandsmitgliedern gehört.

Wir wissen es zu schätzen, dass dieser Verband für scheinbar ganz alte Ideen und Gedanken steht:

* der Förderung des Gedankens der nachbarschaftlichen Hilfe und Unterstützung

* des Engagements im Gemeinwesen und in der sozialen Gruppe, der man sich zugehörig fühlt

* der Stärkung der Eigeninitiative und der Initiierung von Selbsthilfe.

Wir wissen, dass in den Zeiten der Individualisierung und der städtischen Lebensformen, der Normenvielfalt und des Zweifels am nachhaltigen Sozialstaat die Wiederbelebung sozialer Gemeinschaften an Bedeutung gewinnt. Es sind die Nachbarschaftsheime und Bürgerzentren, die es in den letzten Jahrzehnten geschafft haben, hierfür geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, ohne das Rad neu zu erfinden. Ihre Grundideen

* der generationenübergreifenden sozialen Arbeit

* der Verbindung von sozialen und kulturellen Aktivitäten

* der gewollten Mitwirkung und Mitgestaltung Ehrenamtlicher und Freiwilliger

* der lokalen Orientierung (neudeutsch: Sozialraumorientierung)

* und der professionellen Dienstleistung

sind heute mehr denn je auf dem Höhepunkt der Zeit.

Dies ist auch der Grund dafür, dass Nachbarschaftseinrichtungen mit ihrem hochwertigen und vielseitigen Leistungsprofil von den politisch Verantwortlichen immer häufiger als Partner anerkannt werden und sich langsam die Erkenntnis durchsetzt, das Nachbarschaftshäuser zur Grundstruktur sozialer Arbeit zählen. Trotzdem ist Deutschland auf dem Gebiet der Nachbarschafts- und Gemeinwesenarbeit im internationalen Vergleich Entwicklungsgebiet. Zu sehr wurden die Anfänge sozial-kultureller Nachbarschaftsarbeit aus den ersten Jahrzehnten des letzten Jahrhunderts von den Nationalsozialisten zerstört, als dass sie in der Nachkriegsphase wieder bruchlos hätten aufgenommen werden können. Erst die Bürgerninitativbewegungen, die sich um ihr Wohnumfeld und um soziale Einrichtungen nach eigenen Vorstellungen kümmerten, konnten in den Nachbarschaftseinrichtungen und in ihrem Verband Partner ihrer Ideen finden und gleichzeitig fanden die Nachbarschaftshäuser damit neue Verbündete und Ideengeber.

Heute stehen neue Aufgaben an. Sowohl auf lokaler, als auch auf der Ebene der Länder und des Bundes ist es erforderlich „zusammen zu führen, was zusammen gehört". Nachbarschaftsinitiativen, Selbsthilfe und Koordinierungsstellen ehrenamtlicher, bzw. freiwilliger Mitarbeit und auch Seniorenbüros können ihre jeweiligen Arbeitsansätze durch Integration, Kooperation und Bündelung verstärken und zu mehr Schlagkraft verhelfen. Die von einer solchen Bündelung ausgehenden Synergieeffekte, und die daraus entstehende größere Bürgernähe - auf die es bekanntlich sehr ankommt, aber das wissen Sie selbst am allerbesten - würde allen beteiligten Verbänden gut tun und ihre Innovationsfähigkeit unterstreichen. Innovation in der sozialen Arbeit bedeutete über viele Jahre hinweg fachliche und organisatorische Differenzierung, nach dem Motto: jeder sozialen Aufgabe und jedem sozialen Problem die eigene Einrichtung und vor allem auch die eigene Förderschiene. Das hat - um es vornehm auszudrücken - zu einer gewissen Unübersichtlichkeit geführt. Selbst Fachleute haben heute größte Mühe, dieses System zu erfassen - wie erst soll der Bürger dies können. Auch wenn ich als Vertreterin des Paritätischen Vielfalt und Pluralität fachlicher Ansätze begrüße, glaube ich trotzdem, dass wir mehr zu einer Zusammenarbeit der Professionen und der Dienste kommen müssen und dazu, dass dem sozialen Wohlbefinden und den dafür geeigneten Orten mindestens die gleiche Aufmerksamkeit zukommen sollte, wie den gesetzlich normierten Problemlösungen, die oft nur mit großem finanziellen Aufwand Erfolg versprechen und selbst dann selbstverständlich ohne Garantie. Um es beispielhaft zu formulieren: es macht keinen Sinn Kinder- und Jugendfreizeitaktivitäten nur sparsamst zu fördern, hingegen beinahe unbegrenzt Mittel für ambulante Erziehungshilfen auszugeben, weil hierfür ein gesetzlicher Leistungszwang existiert. Hier brauchen wir dringend einen Paradigmenwechsel!

Dass sich Nachbarschaftsinitiativen immer stärker auch zu Trägern sozialer Arbeit entwickeln, begrüßt der Paritätische Wohlfahrtsverband sehr. Zwar möchten wir nicht, dass der Staat sich aus seiner gesellschaftlichen und sozialen Verantwortung zurückzieht - er muss Garant der sozialen Grundsicherung und -versorgung bleiben - wohl aber, dass er seine Einrichtungen nicht unbedingt selbst betreibt. Bürgernahe Nachbarschaftshäuser, offen für die Mitwirkung der Nutzer/innen, transparent für die Bürger und deren Engagement einbeziehend sind nun einmal ideale Träger und geradezu prädestiniert dafür, lokale soziale Netzwerke zu schaffen und partnerschaftlich mit den Kommunen die Verantwortung für das soziale und gesundheitliche Wohlbefinden in einer Region zu übernehmen.

Der Paritätische dankt für in 50 Jahren geleistete Arbeit und wird den Verband für sozial-kulturelle Arbeit - wie schon in der Vergangenheit - bei der Verwirklichung seiner Ziele nach Kräften und in partnerschaftlicher Zusammenarbeit - unterstützen.

Rückblick in die Zukunft I

Traditionslinien sozial-kultureller Arbeit

Norbert Burger, Oberbürgermeister von Köln a.D..

Es war im Februar 1948, mein erster Besuch im 1947 von englischen Quäkern gegründeten Jugendclub - einer offenen Tür, obwohl damals der Begriff in Deutschland noch nicht gebräuchlich war.

Vorher hatte es schon seit 1945 Nahrungsmittelhilfe und Betreuungsarbeit für Bunkerkinder gegeben. Eine Nähstube und Schusterei komplettierten das damalige Programm. Das ganze nannte sich Quäker - Nachbarschaftsheim. So der

Name - heute zusätzlich mit dem Untertitel „Sozialkulturelles Zentrum“.

Im Mai 1948 wurde ein Trägerverein gegründet, der die Arbeit nach und nach von den englischen und teilweise auch amerikanischen Quäkern übernahm.

Bei meinem ersten Besuch war ich 15 Jahr alt - heute bin ich 69 und in den vergangenen 54 Jahren habe ich eine Karriere vom jugendlichen Besucher über die Mitgliedschaft im Trägerverein, dort Vorstands- und Arbeitsausschussmitglied hinter mir, seit 1956 - also seit 45 Jahren war ich Delegierter, bald auch Vorstands- und Beiratsmitglied im Verband Deutscher Nachbarschaftsheime, jetzt Verband für sozialkulturelle Arbeit.

Ich kann also auf eine längere Zeit sozialkultureller Arbeit zurückblicken und daraus auch einige Grundsätze für unsere Arbeit ableiten, nicht wissenschaftlich wie Herr Prof. Müller oder Herr Prof. Oelschlägel, aber praktisch erlebt. Im Laufe der Jahre habe ich gelernt, was ein Nachbarschaftsheim oder ein sozialkulturelles Zentrum ist. Bürgerzentren, Bürgerhäuser, Volkshäuser, Stadtteilinitiativen und Selbsthilfen sind in den Kreis eingeschlossen, wenn sie wenigstens einen Teil der folgenden Elemente verwirklichen:

1. Weltanschauliche, politische und soziale Offenheit

Das hat mich zuerst am meisten beeindruckt. Ich war - als ich Anfang 1948 ins Quäkernachbarschaftsheim kam, schon etwas vorgeprägt durch fast drei Jahre Mitgliedschaft im sogenannten Jungvolk der Hitlerjugend, und ich kannte aus der ersten Nachkriegszeit nur weltanschaulich gebundene Jugendarbeit.

Katholische und evangelische Jugend, Falken, FDJ, Pfadfinderjugend, Sportjugend etc. Von uns allen wurde erwartet, dass man sich fest band und engagierte. Anders als im Jugendclub des Quäker-Nachbarschaftsheimes. Man konnte kommen und gehen wann man wollte. Man konnte in den angebotenen Interessen-, Sport-, Tanz- oder Diskussionsgruppen mitmachen oder auch nur offene Geselligkeit pflegen oder gammeln. Wir waren eine soziale Mischung vom wenigen Gymnasiasten und vielen Jungarbeitern und Lehrlingen. Die meisten von uns - auch ich- kamen aus dem Arbeitervorort Ehrenfeld. Die in der unmittelbaren Nachbarschaft in Wohnwagen lebenden Zigeuner waren mit im Club und durch ihre Fähigkeit sowohl im Jugendheim als auch auf Fahrten in Zeltlager und Jugendherbergen Musik zu machen, sehr beliebt. Ein Heimparlament und eine Heimzeitung wurden von den Jugendlichen selbst gestaltet. Es gab weder politische noch weltanschauliche Einflussnahme durch die Heimleitung.

2. Element Generationsübergreifende Arbeit unter dem Dach oder zumindest auf einem Gelände

Ich sagte schon, der Anfang wurde mit der Betreuung von Bunkerkindern gemacht. Daraus entwickelte sich die Kindertagesstätte. Es folgten die Nähstube, eine Schusterei, die Offene Tür für Kinder und Jugendliche, eine Seniorengruppe, eine Studentendiskussionsgruppe und heute, nach Wegfall von Nähstube, Schusterei und Studentengruppe eine Stelle für sozialpädagogische Familienhilfe. Alles in einem Gebäude, aber räumlich geteilt.

3. Die sich wandelnden sozialkulturellen Probleme oder Bedürfnisse der Nachbarschaft oder eines Stadtviertels werden aufgegriffen und Lösungsmöglichkeiten gesucht.

Ich sagte Ehrenfeld ist ein Arbeiterviertel - mit heute hohem Ausländeranteil von fast 30 %, damals Bunkerkinder, heute viele ausländische Kinder und Kinder alleinerziehender Elternteile.

Die schwierige soziale Gemengelage führt zu unterschiedlichen Bedürfnissen der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen. So sind auch die Programme und Angebote der einzelnen Mitgliedseinrichtungen des Verbandes für sozialkulturelle Arbeit je nach unterschiedlichen Problemlagen im Umfeld unterschiedlich.

4. Verbindung von professioneller und ehrenamtlicher Arbeit

Dieses Element war von Anfang an wichtig. Professionelle Erzieherinnen und Erzieher, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter usw. - Fachhonorarkräfte und ehrenamtliche Helferinnen und Helfer und zwar nicht nur in der Trägervereinsarbeit arbeiten zusammen.

5. Bei der professionellen und ehrenamtlichen Arbeit flexibles Ausprobieren neuer Wege und Methoden.

Zwei Beispiele: Das Quäker - Nachbarschaftsheim in Köln war lange Zeit die erste und einzige Kindertagesstätte in der Stadt, wo die Kinder von 3 - 14 Jahren gemeinsam in Familiengruppen betreut wurden und sich so auch gegenseitig erzogen. Das war für die Offiziellen des Jugendamts revolutionär. Oder ein anderes Beispiel: Ich glaube, nirgendwo wurde die Diskussion über die Methodenlehre, also wann, wo und inwieweit Casework, Groupwork und Communitywork am Platze ist, ab Ende der 50 er und in den 60 er Jahren so intensiv geführt wie im Verband Deutscher Nachbarschaftsheime und in den einzelnen Einrichtungen. Viele Seminare, Tagungen beschäftigen sich mit dem Thema, vor allen Dingen mit der aus USA eingeführten Gemeinwesenarbeit. Das war auch für die Nachbarschaftsheime in Deutschland etwas neues. Probleme außerhalb des Hauses, in der Nachbarschaft zu analysieren und auszugehen, in dem man die Menschen im Stadtviertel animiert und befähigt, sich gegenüber der Politik oder Verwaltung zu artikulieren und sich vielleicht auch selbst zu helfen.

6. Möglichst viel demokratische Mitverwaltung der einzelnen Besuchergruppen

Programme und Angebote werden möglichst weitgehend mit den einzelnen Klientelgruppen geplant und entwickelt. Dahinter steckt die Einsicht: Es nützt gar nichts, noch so schöne Angebote an den Wünschen und Bedürfnissen der Besucher vorbei zu entwickeln. Den Besucher dort abholen, wo er steht. Also besser in der „Offenen Tür“ unter Aufsicht gammeln als auf der Straße mit der Gefahr des Abrutschens in die Kriminalität.

IExemplarisch rückblickend auf die Grundsätze in einem sozialkulturellem Zentrum in der Vergangenheit, kann man - glaube ich - für alle Mitgliedseinrichtungen des Verbandes sagen, dass sie bei je nach konkreter Situation angepasster Anwendung dieser Grundsätze auch in Zukunft gut fahren werden. Die Menschen sind selbständiger oder auch individualistischer, manchmal auch egoistischer geworden. Gemeinschaft ist schwerer zu erzeugen als in meiner Jugendarbeit. Dennoch brauchen die Menschen Kristallisationspunkte, wo sie die Gemeinschaft finden und mitgestalten als Besucher oder als ehrenamtlicher oder professioneller Helfer. Wie wäre es z.B. wenn sich Nachbarschaftsheime am Diskussionsprozess über die Aufstellung einer lokalen Agenda 21 in ihrer Stadt z.B. Berlin beteiligten , ein wie ich meine echtes Stück Gemeinwesenarbeit. Sie werden vielleicht nachher dann Anregungen bekommen.

Allerdings muss man sich darüber im Klaren sein, dass immer wieder aus dem Raum der Politik Versuche gestartet werden, die unabhängigen sozialkulturellen Zentren zu beschneiden. So habe ich versucht, während meiner Zeit als Sozial- und Jugenddezernent, als Sozialausschussvorsitzender im Rat und als Oberbürgermeister möglichst viele ähnlich arbeitende Zentren zu initiieren. Das ist mir leider nur bei 5 weiteren Zentren gelungen, drei sind neben dem Quäker Nachbarschaftsheim Mitglieder des Verbandes. Warum in einer Millionenstadt so wenige?

Weil die CDU im Stadtrat generell gegen das Konzept war und ist und weil ein Teil meiner Fraktion Bedenken hatte, öffentliche Gelder ohne detailliertes Bestimmungsrecht der Stadt der Selbstverwaltung von bürgerschaftlich getragenen Vereinen zu überlassen. Um diesen Bedenken zu begegnen, habe ich seinerseits den Begriff der „kommunal-bürgerschaftlichen“ Trägerschaft erfunden, was bedeutet, dass die Stadt selbst im Verein und Vorstand vertreten war und bei bestimmten Finanzfragen ein Vetorecht hat.

Nachdem sich die politischen Verhältnisse in meiner Stadt verändert haben, wird nun erwogen, die Bürgerzentren - wie sie zumeist in Köln genannt werden - zu schließen, angeblich wegen Geldmangels. Übrig bleiben würden im Wesentlichen die Einrichtungen der Kirche und die der Wohlfahrtsverbände. Ich kann nur hoffen, dass von diesen Plänen Abstand genommen wird.

III

Heute feiern wir das 50-jährige Bestehen des „Verbandes für sozialkulturelle Arbeit“, des Dachverbandes von ca. 50 Einrichtungen in der beschriebenen Art, davon ca. 15 Mitglieder in Berlin und 4 in Köln.

Die Ziele des Verbandes der in Berlin vor 50 Jahren begründet wurde, waren und sind im wesentlichen drei:

1. gemeinsame Interessenvertretung, insbesondere der Landesgruppe Berlin gegenüber dem Senat, vor allem in Fragen der Finanzierung;

2. Erfahrungsaustausch und fachliche Weiterbildung durch gemeinsame Veranstaltungen der Vereinsmitglieder auf Tagungen, Seminaren, Mitgliederversammlungen usw.

3. Verbreitung der Idee bürgerschaftlich getragener, sozialkultureller Zentren, die nach den geschilderten Grundsätzen arbeiten

Ich sagte, dass ich 1956 in die Mitgliederversammlung des Verbandes von Köln delegiert und später in den Vorstand gewählt wurde. Nach meiner Wahl als Beigeordneter für Jugend und Soziales in der Stadt Köln bin ich des guten Stils wegen aus dem Kölner Vorstand und dem Vorstand des Verbandes ausgetreten. Seitdem gehöre ich dem Beirat des Verbandes an.

In der von mir überblickten Zeit von 45 Jahren gab es viele Höhen und Tiefen in der Entwicklung des Verbandes. Meist ging es ihm finanziell schlecht. Es gab Zeiten, in denen die Zahl der Mitglieder auf unter 15 gesunken war, von denen ein Teil nicht einmal ihren Beitrag zahlen konnte oder wollte. Die Aufwendungen für den Unterhalt der Geschäftsstelle waren kaum noch aufzubringen. Das, und der Umstand, dass in Köln 4 Mitglieder angesiedelt waren und damit Köln die Stadt mit den zweit meisten Mitgliedern war, sowie der Umstand, dass ich ein sehr preiswertes Domizil in einem städtischen Gebäude zur Verfügung stellen konnte, führten zur Übersiedlung der Geschäftsstelle des Verbandes nach Köln.

Wenn ich in die Geschichte zurückblicke, gab es in den 50er bis in die 60er Jahre hinein häufig Spannungen zwischen dem Berliner Landesverband, der nach Meinung der westdeutschen Mitglieder einen Hegemonial-Anspruch erhob, und eben diesen westdeutschen Mitgliedern, die zahlenmäßig insgesamt geringer und auf mehrere Städte verteilt waren. - Ich erinnere mich 1956/57 an langwierige Verhandlungen über Satzungsfragen mit Hans-Joachim Cahn, dem damaligen Verwaltungsdirektor des Pestalozzi-Fröbel-Hauses und langjährigem Vorstandsmitglied des Verbandes. Er lebt heute in nicht gutem Gesundheitszustand in einer Seniorenresidenz in Brühl bei Köln. Ich besuche ihn öfter, und er bat mich, Ihnen zu dieser Feier seine besten Glückwünsche zu übermitteln. Ich schließe mich selbstverständlich diesen Glückwünschen sowohl für das Pestalozzi-Fröbel-Haus wie für den Verband an.

Rückblickend kann ich sagen, dass nach meiner Meinung dieser Verband in den letzten 50 Jahren mit geringen Mitteln hervorragende Arbeit geleistet hat. Ich bin davon überzeugt, dass er auch in Zukunft seine Aufgaben erfüllen wird, wenn seine Mitglieder sich für die gemeinsame Ziele auch engagieren.

Dr. Torsten Bischoff: Grußbotschaft des Bundespräsidialamtes

Der Bundespräsident schätzt die wichtige Arbeit sehr, die der Verband für sozial-kulturelle Arbeit leistet. Bürgerschaftliches Engagement und Nachbarschaftshilfe sind ganz wichtige Elemente einer lebendigen Demokratie. Sie fördern den sozialen Zusammenhalt und das friedliche und gedeihliche Miteinander in unseren Städten und Gemeinden.
Wenngleich der Bundespräsident an der Veranstaltung zum 50-jährigen Bestehen des Verbandes nicht teilnehmen wird - die Tage sind in seinem Terminkalender übrigens schon seit längerem mehr als wohl gefüllt -, würde er sich sehr darüber freuen, wenn die Mitglieder des Verbandes der Nachbarschaftsheime, Bürgerhäuser und Stadtteilzentren ihre gute Arbeit noch mindestens weitere 50 Jahre so fortsetzen würden, wie sie das in den vergangenen Jahrzehnten getan haben.
Der Bundespräsident wünscht den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Jubiläumsveranstaltung alles Gute.

Rückblick in die Zukunft II
Kontinuitäten und Visionen

Prof. Dieter Oelschlägel, Universität Duisburg

Für die Einladung, hier zum 50. Geburtstag des Verbandes zu sprechen, danke ich Ihnen sehr herzlich, war ich doch knapp 25 Jahre in diesem Verband in unterschiedlichen Funktionen ehrenamtlich tätig. Und ich freue mich sehr, heute Nachmittag an den Beginn dieses Weges, nach Heerstraße Nord, zurückzukommen.

Mein Part ist der Rückblick auf die 50 Jahre Verband. Und als ich mich damit intensiver befaßte ließ meine Dankbarkeit schlagartig nach: 50 Jahre in 40 Minuten? Oder nur die Highlights - welche waren das? Und eigene Erfahrungen sollte ich einbringen! Dabei habe ich gemerkt, wieviel ich inzwischen vergessen habe, oder verdrängt, oder schönerinnert. Meine eigene Lebens- und Berufsgeschichte hat mich in den letzten 10 Jahren vom Verband entfernt, so dass ich mir auch nicht anmaßen möchte, Verknüpfungen zu Gegenwart herzustellen, zumal ich ohnehin skeptisch bin, ob wir aus Geschichte lernen können.

Also bleibt mir nur übrig, einige Stationen Verbandsgeschichte kurz zu streifen, wobei es mir weniger auf Höhepunkte als auf Kontinuitätslinien ankommt.

Am 20.9.1951 schlossen sich zwölf Nachbarschaftsheime in Westberlin und Westdeutschland zum Verband Deutscher Nachbarschaftsheime zusammen. In Berlin gab es bereits eine Arbeitsgemeinschaft der Berliner Nachbarschaftsheime und auch die Quäkernachbarschaftsheime hatten sich zur „Konferenz deutscher Quäker-Nachbarschaftsheime“ zusammengeschlossen. Beide Gruppierungen kamen in mehreren Konferenzen in Kranichstein bei Darmstadt überein, sich zu einer gemeinsamen Dachorganisation zusammenzuschließen.

Eine Voraussetzung war, zu definieren, was ein Nachbarschaftsheim ausmacht, d.h. „allgemeine Standards“ - heute würde man sagen: Qualitätsmerkmale - für Nachbarschaftsheime zu formulieren. Der damals aufgestellte Katalog lautete:

* eine demokratische Organisationsstruktur

* zielgruppen- und generationenübergreifende Arbeit, „jedenfalls grundsätzlich, wenn auch manchmal aus praktischen Gründen nicht alle Gruppen programmäßig erfaßt werden“

* „Ein Nachbarschaftsheim will ergänzende Dienste in einer Nachbarschaft leisten, aber nicht anderen Stellen und Organisationen Arbeitsgebiete wegnehmen. Es will bestehende Lücken füllen.“

* fachliche Ausbildung der im Heim Arbeitenden und angemessene Bezahlung aller Angestellten des Heimes.

Der letzte Punkt weist auf einen entscheidenden Wandel der Nachbarschaftsheimarbeit zu Beginn der 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts hin, der in der gesamten sozialen Arbeit zu verzeichnen war: Ehrenamtliche Arbeit wird zunehmend durch bezahlte berufliche Arbeit ersetzt. Zwei Gründe mögen dafür eine Rolle gespielt haben:

* das Wirtschaftswunder mit seinen Einkommenszuwächsen begünstigte einen Rückzug der Menschen aus dem öffentlichen Leben. Ihre Probleme konnten zunehmend wieder individuell gelöst werden

* soziale Arbeit musste nicht mehr unmittelbare Not bekämpfen, sondern persönliche Hilfen, pädagogisches Arbeiten drängten in den Vordergrund; damit auch methodisches Arbeiten. Die Nachbarschaftsheime und ihr Vorstand übernahmen eine führende Rolle bei der Einführung der Methoden der Sozialarbeit in Deutschland, insbesondere der Sozialen Gruppenarbeit.

1953 hat die Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Nachbarschaftsheime als einen Grundsatz formuliert:

* „...der Einsatz fachlich qualifizierter Mitarbeiter, deren Fortbildung der Verband sich angelegen sein läßt. Die Bemühung um eine sorgfältig durchdachte und gehandhabte gruppenpädagogische Arbeit, die darauf abzielt, die Kontaktfähigkeit, das Verantwortungsbewußtsein und die Initiative des einzelnen zu wecken und zu pflegen“

Wenn wir dem einige Sätze aus dem Resümee des Projekts Pro Bürgerschaftliches Engagement (PROBE) gegenüberstellen, das von 1998 - 2000 gefördert vom BMSFJ vom Verband durchgeführt wurde, können wir erkennen, dass wir nach dem Motto „Gute Jahre - schlechte Jahre“ in der Gesellschaft und durch mancherlei Konflikte bei den Fragen der zitierten Gründungsprinzipien wieder angelangt - oder vielleicht doch geblieben? - sind.

Ich zitiere:

„Es gibt den originären Auftrag der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in sozialkulturellen Einrichtungen. Dieser Auftrag beinhaltet Zielsetzungen wie das Lernen der Demokratie, Aktivierung, Motivierung und Unterstützung zu Beteiligung, Mitgestaltung und Mitbestimmung der Bürgerinnen innerhalb der Einrichtungen und des Stadtteils“(Rundbrief 2/200).

Verkürzt gesagt: Jede Krise bringt das Ehrenamt zurück.

Das Zitat von 1953 weist auf eine weitere Kontinuitätslinie des Verbandes hin: er war immer wieder treibenden Kraft in der Methodenentwicklung sozialer Arbeit. War es in den 50er Jahren die soziale Gruppenarbeit, so spielte schon 10 Jahre später der Verband Deutscher Nachbarschaftsheime eine wichtige Rolle bei der Einführung der Gemeinwesenarbeit. Das geschah insbesondere durch bedeutsame nationale und internationale Tagungen. Ich nenne hier nur:

1965 Nachbarschaftsheime und Gemeinwesenarbeit

Damals gab es, vielleicht mit der Ausnahme Baunatal bei Kassel, noch keine Projekte der GWA in der BRD. Die Rezession von 1966 änderte das. Armut und soziale Probleme wurden wieder sichtbar. Zuerst in Obdachlosensiedlungen, dann in den Neubausiedlungen „am Rande der Großstadt“, wie ein Bericht von Christine Raiser hieß.

1969 Die Stadt als Raum des denkenden Aufstandes

und Gemeinwesenarbeit und Kommunalpolitik, auf der die Sektion Gemeinwesenarbeit gegründet wurde, der erste bundesweite Zusammenschluß der GemeinwesenarbeiterInnen, dem erst viele Jahre später FOCO (Forum für Community Organization) folgte, auch wieder unter aktiver Beteiligung von Kolleginnen und Kollegen aus dem Verband.

1975 führt der Verband noch einmal ein internationales Seminar in Berlin durch, in dessen Verlauf unter dem Eindruck der Rücknahme vieler sozialpolitischer Vorhaben als Folge der „Ölkrise“ von 1972773 und der innenpolitischen Restriktionen (Berufsverbote) in der „Kleinen Weltlaterne „ am Lehniner Platz die bekannte „Todesanzeige“ für die GWA aufgegeben wurde - vorschnell, wie wir heute wissen.

Aber auch eigene Projekte und Modelle des Verbandes trieben die fachliche und politische Diskussion um Gemeinwesenarbeit voran: Märkisches Viertel, Tegel-Süd, Heerstr.-Nord, Frankfurt Bockenheim....

Der Rundbrief, der seit 1965 regelmäßig erschien, war mit seinem Sektionsteil über weite Strecken die einzige Fachzeitschrift für GWA in Deutschland.

Gerade im Zusammenhang der GWA gab es im Verband heftige Kontroversen darüber

* was die Struktur der Gesellschaft betraf und wie sie theoretisch zu fassen sei

* und was denn dann die Aufgabe der GemeinwesenarbeiterInnen zu sein habe.

Einig war man sich noch im Fazit der Tagung „Gemeinwesenarbeit und Kommunalpolitik“ von 1969:

„Der kritische Gemeinwesenarbeiter muss notwendigerweise den lokal begrenzten Rahmen des Gemeinwesens überschreiten durch Herstellung der Vermittlung und Übernahme politisch relevanter Rollen in Kommune und Arbeitsplatz, d.h. heute vor allem durch Motivation zu politischem Engagement“. Für viele Kolleginnen und Kollegen aus den Nachbarschaftsheimen war das damals schon ein großer Schritt, heute könnte man das auch dem Quartiersmanager ins Stammbuch schreiben.

Wirklich heftig wurde es dann, als die Studentenbewegung die sog. Organisationsfrage stellte und in viele kleine Aufbauorganisationen künftiger proletarischer Parteien zerfiel, die sich dogmatisch und verbissen bekämpften. Dies verschärfte auch die Auseinandersetzungen in der Gemeinwesenarbeit des Verbandes, wie Sie sich sicher vorstellen können, wenn Sie den folgenden Satz aus dem ersten Rundbrief des Jahres 1971 hören:

„Aufgrund ihrer Schlüsselstellung im Brennpunkt der verschiedensten sozialen Konflikte kann aber gerade Gemeinwesenarbeit zu einem wichtigen Hilfsinstrument bei der Organisierung der Werktätigen und ihrer Bündnispartner werden.“

Solche Töne hat man in Rückblicken gern verallgemeinert, wenn etwa Wolfgang Hinte von der „wilden Zeit der GWA“ schrieb oder Georg Zinner 1988 den Gemeinwesenarbeiter der 70er Jahre als einen Typ beschrieb „der abstraktes politisches Agieren der konkreten sozialpädagogischen Arbeit vorzog“.

Etwas aber ist richtig an Georgs rückblickender Vereinseitigung. Unsere Konflikte waren damals nicht die - wie es andere Autoren später glauben machen wollten - zwischen Leuten, die die Menschen an die Hand nehmen und bevormunden wollten und denen, die die Menschen zum alleinigen Subjekt ihres eigenen Handeln machen wollten - der Konflikt kam später - sondern es waren Konflikte zwischen denen, deren Leine für die „Betroffenen“ Politik hieß, also agitieren und organisieren, und denen, deren Leine Pädagogik hieß, also erziehend verändern zur individuellen Selbsthilfe.

In der Realität dieser Jahre standen allerdings unterschiedliche Konzepte der GWA nebeneinander:

* GWA als Koordination traditioneller Methoden der Sozialarbeit sowie der im Feld arbeitenden Verbände und Organisationen zur gegenseitigen Unterstützung aller im Gemeinwesen tätigen. Wir würden heute Vernetzung sagen.

* Gemeinwesenarbeit als sozialpädagogische Befriedung: „Bürger werden durch den Einsatz des Gemeinwesenarbeiters in die Lage versetzt, selbständig eigene Bedürfnisse (Kita, Altenclub, Feizeitzentren - das waren damals die Bedürfnisse) zu befriedigen. Heute würde man das wohl als Empowerment bezeichnen.

* Aggressive Interventionen, um eine mögliche Veränderung des Machtpotentials im Stadtteil, in der Gesellschaft zu erreichen. Hier frage ich mich, ob wir heute noch einen Begriff dafür haben. Vielleicht steckt in der Wiederentdekkung von Communty Organization durch FOCO etwas von dieser Perspektive. Die aggressive Komponente der GWA - auch das ist eine Traditionslinie des Verbandes - ist immer verdrängt worden.

Wichtig aus meiner Sicht ist, dass diese Positionen über lange Zeit im Verband als „gleichwertige Prozessschritte, die parallel laufen können“ gesehen wurden - so wurde auf der 69er Tagung gesagt. Ich weiß aus eigener Erfahrung aus dieser Zeit, u.a. in Heerstraße Nord, dass VertreterInnen unterschiedlicher Positionen in fruchtbarem Dialog in den Projekten zusammen arbeiteten.

Problematisch wurden diese Auseinandersetzungen im Verband - und auch verletzend - wenn die Kontroversen auf dem Hintergrund von Machtinteressen geführt worden sind oder gar nicht mehr zugelassen werden sollten. Über diese Traditionslinie will ich heute schweigen.

Allerdings fehlt bis heute eine systematische Aufarbeitung dieser wichtigen Zeit der Nachbarschaftsheime, in der - da bin ich sicher - auf die eine oder andere Art jede Einrichtung nachhaltiger Veränderungen erfahren hat. Während die einen - wie Georg Zinnern und Herbert Scherer- das Scheitern der Gemeinwesenarbeit des Verbandes konstatierten, beklagten andere - wie ich - den Verlust von Veränderungsutopien und kollektiven Strategien einer Berufsgruppe.

Die gesellschaftliche Entwicklung und auch die Entwicklung in den Nachbarschaftsheimen hat andere Diskurse hervorgebracht, so den um die Rolle der Kulturarbeit in unseren Einrichtungen, die jetzt auch nicht wieder aufrollen will.

Eines war aber immer, nicht unumstrittene, Kontinuität in der Geschichte des Verbandes, soweit ich sie miterlebte: Er setzte sich auseinander mit politischen Phänomenen der jeweiligen Gegenwart, ganz in der Tradition der Sediments.

Zwei Beispiele will ich herausgreifen:

Anfang der 70er Jahre, mit Beginn eines wirtschaftlichen Einbruches in der Republik (Stichwort „Ölkrise“), wurde auch die innenpolitische Situation verschärft. Die Landesgruppe Berlin der Verbandes formulierte das so: Der Staat nimmt zunehmend die politische Gesinnung und Betätigung von Auszubildenden, Arbeitern, Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes zum Anlaß, Einstellungen abzulehnen und Entlassungen vorzunehmen. Die Rede ist von dem sog. Radikalenerlaß von 1972 und den damit verbundenen Berufsverboten. Übrigens: im Jahre 2001 ist in Deutschland wieder der Versuch gemacht worden - ob er endgültig Erfolg hatte, weiß ich nicht - einen Lehrer aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen, weil der die Militäreinsätze der USA in Afghanistan und die Haltung der Bundesregierung dazu auf einer Kundgebung kritisierte.

Im Geschäftsbericht 1975 des Verbandes - die Berufsverbote wurden immer noch verhängt - berichtet Lore Horn, die damalige Geschäftsführerin, der Vorstand habe - einem Beschluß der Mitgliederversammlung folgend, sich zu sozialpolitischen Fragen zu äußern - eine Stellungnahme des Verbandes gegen den Radikalenerlaß entworfen. „Dieser Entwurf hat jedoch innerhalb des Vorstandes und des Beirats kontroverse Diskussionen ausgelöst“. Hinter diesem trockenen Satz stehen für mich unvergeßliche Auseinandersetzungen für und wider eine solche Resolution, die bis zu Austrittsdrohungen von Einrichtungen des Verbandes führten, sollte eine solche Resolution beschlossen werden. Die Mitgliederversammlung hat schließlich keine Resolution verabschiedet.

Anders war es 1979. Da verabschiedeten die Teilnehmer der Jahrestagung am 2511.79 eine Erklärung zu Rechtsradikalismus und Neofaschismus, aus der ich einige Passagen zitieren will. Ich weise daraufhin: das ist 22 Jahre her!!!

„Der Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V. hat sich auf seiner Jahrestagung 1979 ausführlich mit der „Faschismusproblematik in der Kinder-, Jugend- und Elternarbeit“ beschäftigt....

Die Teilnehmer stellen fest,

* dass neofaschistische Tendenzen von politisch Verantwortlichen nicht weiter verharmlost werden dürfen

* dass der unverantwortlichen Vermarktung nazistischer Selbstrechtfertigung und Symbolik mit den bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten Einhalt zu gebieten ist - damals gab es noch kein Internet

* dass organisierte neofaschistische Aktivitäten strafrechtlich nicht mehr nachlässig verfolgt werden dürfen - neun Jahre hat es gedauert, bis die letzten Täter von Rostock vor einigen Tagen verurteilt worden sind!

* dass den Aktivitäten und Einrichtungen freier und staatlicher Jugend- und Kinderarbeit genügend finanzielle und personelle Mittel zur Verfügung zu stellen sind, um den aufgrund ihrer gesellschaftlichen Situation benachteiligten und perspektivlosen und daher besonders anfälligen Jugendlichen jene Angebote machen zu können, die sie davon abhalten, sich rechtsextremen Organisationen zuzuwenden oder mit ihnen zu sympathisieren.

Es wurden dann noch zeitbezogene Forderungen gestellt, die sich auf die Neufassung des JWG bezogen. Die Erklärung schloß mit der Selbstverpflichtung des Verbandes, mit all

seinen Mitteln dazu beizutragen, dass alle Formen des Neofaschismus in der Bundesrepublik energisch bekämpft werden.

Ich breche hier ab. Vieles hätte ich noch berichten müssen, vieles wird den „alten Hasen“ des Verbandes gefehlt haben:

* Die Auseinandersetzung um den Namenswechsel von „Verband Deutscher Nachbarschaftsheime“ zu „Verband für sozial-kulturelle Arbeit“ und die darauffolgenden Satzungsdebatte, die 1974 abgeschlossen wurde und einen Politikwechsel des Verbandes bedeutete und die Debatte der frühen 90er Jahre um Dachverband oder Fachverband, die zu mehreren Rücktritten von Vorstandsmitgliedern auf der Mitgliederversammlung 1992 und zu quälenden Klausurtagungen führte. Jetzt, knapp 10 Jahre später, stehen wir in der BRD vor einer Gründung eines Fachverbandes für GWA aus verschiedenen Initiativen heraus. Ich hoffe, dieser Verband ist dabei.

* Die Kontinuität und Qualität der Fortbildungen des Verbandes seit seiner Gründung. Auch dazu gäbe es viel zu erzählen.

* Und schließlich auch das, was mich als Hochschulangehörigen immer am Verband fasziniert hat, dass er auch eine Kontinuität eigener Forschungstätigkeit vorzuweisen hat. Ich nenne nur vier Projekte beispielhaft:

1970 Sozialkulturelle Bedürfnisse älterer Menschen in ländlichen Gemeinden - Mittelstädten - Großstädten. Insbesondere die Untersuchung von Norton Paine über die Lage der älteren Menschen im Landkreis Göttingen nimmt vieles vorweg, was seit den 80er Jahren in der Altenplanung geschehen ist.

1975 Untersuchung des pädagogischen Geschehens in Eltern-Kind-Gruppen, unterstützt vom BMBW 1987 Modellprojekt Ambulante sozialpädagogische Betreuung weiblicher Straftäter

1995 ff. wissenschaftliche Begleitung der berufsbegleitenden Fortbildung für haupt- und ehrenamtliche MitarbeiterInnen aus sozial-kulturellen Einrichtungen.

Auf sehr unterschiedliche Weise habe ich den Verband als ein Forum kennen gelernt wo - wie auch immer - Kontroversen nicht nur über methodische Fragen der sozialen Arbeit geführt wurden, sondern auch über die politischen Fragen der Zeit gestritten wurde. Wir hatten Visionen, und wir hatten Gegner. Beides hat uns vorangetrieben, und beides wünsche ich Ihnen und dem Verband für sozial-kulturelle Arbeit als Bedingungen für weiteren Erfolg.

Dr. Wolfgang Linckelmann: Grußwort des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ich freue mich, Ihnen die Glückwünsche von Frau Bundesministerin Dr. Christine Bergmann zum 50jährigen Bestehen Ihres Verbandes sowie dieses Hauses, in dem wir uns befinden, zu übermitteln.

Sozial-kulturelle Arbeit prägt das Nachbarschaftsleben in unseren Städten nachhaltig. Zurecht nennen Sie Ihre Tätigkeit auch „gelebte Demokratie“, weil es um die Wahrnehmung von Mitverantwortung für das Gemeinwesen geht.

Nachbarschaftsheime, Bürgerzentren, Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen gestalten Tag für Tag Chancen der Begegnung, der sozialen Hilfe und der menschlichen Nähe im Stadtteil, sie bieten Hilfe zur Selbsthilfe.

Zugleich steht er angesichts der gesellschaftlichen Entwicklungen vor neuen Herausforderungen, von denen ich nur einige nennen möchte:

Welches sind die Antworten auf die Bedürfnisse einer alternden Gesellschaft?

Wie können die sozialen Netzwerke so gestaltet werden, dass sie der Vereinzelung der Menschen und der Ausgrenzung so mancher Gruppen wirksam begegnen?

Welche Ansätze und Angebote der Integration an Migrantinnen und Migranten können am ehesten sowohl soziale Konfliktlagen verhindern wie die gegenseitige kulturelle Bereicherung ermöglichen?

Ich bin überzeugt, dass Ihrem Verband und seinen Mitgliedseinrichtungen vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen eine besondere Bedeutung zukommt. In diesem Sinne wünsche ich Ihrem Verband und seinen Mitgliedern eine erfolgreiche Aufnahme der neuen Herausforderungen und Ihrer heutigen Tagung viele Impulse aus dem „Rückblick in die Zukunft“ für Ihre künftige Arbeit.

Rückblick in die Zukunft III

Aktuelle Herausforderungen sozial-kultureller Arbeit

Thomas Krüger,
Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung

Ich freue mich sehr, dass sie mich eingeladen haben. Es tut immer gut, wenn man nicht ganz vergessen wird und ich will Ihnen zunächst erst einmal sagen, dass ein wichtiges Motiv, hierher zu kommen, nicht ganz uneigennützig ist: Der Verband für sozial-kulturelle Arbeit, der 50 Jahre alt wird, hat genau wie mein derzeitiger Arbeitgeber, die Bundeszentrale für politische Bildung, einen gemeinsamen Ursprung, nämlich die re-education nach dem 2. Weltkrieg, aus der auch die Aufgabe der staatlich verfassten Bildung hervorgegangen ist und wir werden nächstes Jahr ebenfalls 50 Jahre alt. Ich will schon mal schnuppern, welche Atmosphäre kommt auf so einem Familienfest rüber, wie geht so etwas, wie macht man so etwas. Natürlich haben wir in unserer Behörde das Konzept für nächstes Jahr festgelegt - und was soll ich sagen, es ist genau auch Ihr Thema, nämlich in die Zukunft gucken und sich nicht nur in Rückblickszenarien aufhalten. Die sind wichtig für das Selbstverständnis, für das Kontinuum der entsprechenden Arbeit. Dieses Kontinuum geht ja quasi in das Herz der Arbeit ein. Aber den aktuellen Veränderungen Rechnung tragen und deshalb Strategien für die Zukunft entwickeln, ist genauso wichtig. Und hier muss ich zunächst ein Kompliment an den Träger, den „Verband für sozial-kulturelle Arbeit“ machen, den ich Anfang der 90-er Jahre in einer Situation des Aufbruchs hier in Berlin kennen und schätzen gelernt habe. Weil es in dieser Aufbruchssituation notwendig war, über den Tellerrand zu gucken, eben zu gucken, wie vernetzt man sich, wie versucht man die Arbeit so in der Stadt hinzubekommen, dass man den kulturellen Unterschieden, die ja die Stadt bis heute zutiefst prägen, gerecht wird. Und das ist gar nicht so schwer, wenn man die Leute einbezieht, mitgestalten lässt und darauf verzichtet, alles schon vorher konzeptionell besser zu wissen. Das hat mich immer beeindruckt an der Strategie des Trägers, offen zu sein für Entwicklungen, sich auch auf Ungewisses, auf einen Prozess einzulassen.

Und der zweite Punkt: Anfang der 90er Jahre haben wir das noch anders genannt, heute ist das Schlagwort: „cross over“.

Cross over gehört zum Instrumentenkasten des Verbandes für sozial-kulturelle Arbeit. Man kann heute nicht mehr in den Disziplinen für sich arbeiten, das ist unmöglich. Ich sage immer, guckt mal, was sozusagen im Feld der Sozialpädagogik, der sozial-kulturellen Arbeit, der sozio-kulturellen Arbeit passiert, da könnt ihr euch etliche der Strategien, die praktisch schon über eine lange Zeit von Jahren erprobt sind, abgucken und in euren Instrumentenkasten einsortieren. Bis heute, das muss ich sagen hat mich, der Verband für sozial-kulturelle Arbeit , was die Erfahrungsvielfalt im Kontakt mit den vor Ort tätigen Kolleginnen und Kollegen angeht, schon sehr geprägt. Ich merke das immer, wenn ich Beispiele in Diskussionen finden muss , dass ich sehr schnell auf konkrete erprobte Praxis-Beispiele aus den ebengenannten Arbeitsfeldern zurückgreifen kann. Und das zeigt eigentlich, dass sie sich sehr gut eignen, wie man auf solche Veränderungen, die in den 90er Jahren mit uns allen passiert sind, reagieren kann.

In der politischen Bildungsarbeit diskutieren wir zur Zeit über einen Begriff, über einen bildungspolitischen Begriff im Kontext von Nachhaltigkeit, nämlich die Gestaltungskompetenz. Es wird Sie vielleicht wundern, dass die graue Maus der politischen Bildungsarbeit sich mittlerweile auch der Nachhaltigkeitsdebatte annimmt.

Politische Bildungsarbeit geht ja einer Konjunktur entgegen, nicht erst seit dem 11. September, sondern durch die allgemeinen weltpolitischen Veränderungen - durch den Globalisierungsprozess .Wir brauchen eine Evidenz politischer Bildungsarbeit, die nicht mit klassischen Buchpublikationen daherkommt, sondern die Kommunikation, Interaktion und Information neu miteinander verschränkt so dass es spannend wird, sich auf solche Diskussionen einzulassen. Politische Bildungsarbeit muss sich mit anderen Handlungsfeldern vernetzen. Ich habe vor zwei Tagen gerade mit Berliner Sozialpädagogen - Sie kennen alle Herrn Heitmann - ein spannendes Projekt in Brandenburg auf die Schiene gesetzt, da geht es um politische Bildungsarbeit in Knästen. Da kriegt man zuerst mal einen Schreck .Was macht denn eigentlich politische Bildungsarbeit im Knast? Aber in den Knästen entstehen Handlungsvakuen für Bildungsarbeit insgesamt; und auf diese Vakuen muss man doch reagieren. Auch im Sportbereich kann politische Bildungsarbeit eine gewichtige Rolle spielen. Viele von den ehrenamtlich arbeitenden Jugendtrainern haben beispielsweise oftmals gar nicht das Rüstzeug , auf rechtsextreme Parolen zu reagieren. Da ist Training angezeigt - und es gibt ein super feedback auf unsere ersten Veranstaltungen . Trainer sind - das will ich ganz deutlich sagen - gegenüber solchen Jugendlichen oft viel größere Autoritätspersonen, als das Lehrer in Schulen zu sein vermögen. Das hängt auch mit grundsätzlichen Musterverschiebungen zusammen, auch mit dem Alleingelassensein von jungen Leuten, die sich anders, sich selbst organisieren, selbst managen müssen. Und diese Potenziale von Jugendtrainern sind notwendig, weil sie neue strategische Allianzen für das sozial-pädagogische, überhaupt für das pädagogische Geschäft sein können. Voraussetzung ist, dass man ein Stück aus dem Elfenbeinturm der Pädagogik und Sozialpädagogik herauskommt und sich auf Praxis einlässt.

Jetzt haben Sie mir ja sozusagen das Thema Zukunft in meine Rede hineingeschrieben und ich will da anknüpfen

an ein Projekt, was ich bis 2000, also bevor ich meine neue Arbeit angetreten habe, mitgestaltet habe, nämlich die Berlin-Studie, die hier in Berlin als europäische Studie unternommen worden ist. Es gab so Städte-Studien, die im Grunde untersucht haben, welche Strategien, welche politischen Strategien in Metropolen sind eigentlich notwendig, um auf aktuelle Veränderungen zu reagieren. Diese Studie ist sofort in den Schreibtischen der Senatskanzlei verschlossen worden, habe ich so ein bisschen den Eindruck, ich hoffe, dass die irgendwann mal wieder heraus geholt wird. Weil ein paar ganz wegweisende Empfehlungen in ihr stehen, finde ich. Ich will mich jetzt sozusagen angreifbar machen, indem ich das, was ich in dem Kapitel „Soziale Kohäsion" zur Jugendhilfe versucht habe beizutragen, Ihnen kurz skizziere und vorstelle, weil das sozusagen ein Griff in die Visionskiste ist. Also die Praktiker werden mir sofort sagen: alles unrealistisch, vergiss das mal, da gibt's nur Ärger, die halbe Stadt steht Kopf. Aber ich finde, wir müssen ja auch über Visionen reden, um uns an ihnen abzuarbeiten. So möchte ich jetzt bitte verstanden werden - nicht alles auf die Goldwaage legen. Die Philosophie dieser Berlin-Studie, das will ich vorausschicken, ist, dass die Stadt im Grunde einen Mentalitätswandel durchlaufen muss von der gemanagten subventionierten Stadt hin zur selbstaktivierten Stadt. Das ist ein immer wieder beschworenes Thema in den 90er Jahren gewesen, aber nie radikal inszeniert worden, erst recht nicht von der Politik. Ich glaube, Politik und Wirtschaft in Berlin gehören gerade nicht zu den Avantgarden dieses Empowerment-Diskurses. Ich sage das auch ganz selbstkritisch - ich habe da ganz eigene Erfahrungen sammeln können (Zuhörer lachen).

Was heißt das für die Jugendhilfe? Ein paar Punkte: Ich will mich hier nicht auf Jugendhilfe, sondern auf die Bereiche, mit denen Jugendhilfe zwangsläufig zu tun hat, konzentrieren. Ich beginne mal mit dem Thema Schule. In der Schule haben wir es für meine Begriffe mit einer überproportionalen Bedeutung kognitiven Lernens zu tun. Bei allen Bewegungen auf der Stundentafel, die es in Deutschland in den letzten 15 Jahren gegeben hat, haben die Fächer des sozialen und kreativen Lernens im Vergleich zu denen des kognitiven Lernens, Einbußen erlitten, und das sozusagen exponentiell.. Das hängt leider auch mit der Dominanz von Bildungspolitikern zusammen, die ständig über neue Themen , Momente des kognitiven Lernens in diese Stundentafel hineinlancieren. Nicht selten wird von der kognitiven Fraktion sofort wieder ein neues Unterrichtsfach vorgeschlagen , anstatt zu überlegen, wie das denn eigentlich als Querschnittsfunktion in alle Fächer implementiert werden kann . Natürlich kann man im Physikunterricht oder in anderen Fächern Fragen der Medienkompetenz behandeln. Man muss sich sozusagen didaktisch und methodisch ein Stück nach vorne bewegen. Und das ist - so glaube ich - der entscheidende Defizitpunkt, dass die kognitive Fraktion aufgehört hat, über methodische und didaktische Strategien zu reden. Im Bereich des sozialen und kreativen Lernens finde ich viel mehr Bewegung, übrigens auch gespeist aus der Erfahrung aus der konkreten Alltagspraxis der sozial-kulturellen oder sozio-kulturellen Arbeit. Die Diskussion, der Streit über den Stellenwert, über die Gewichtung von sozialem Lernen und kognitivem Lernen, muss neu und viel grundsätzlicher als bisher geführt werden, weil es nicht sein kann, dass musische Fächer, auch motorische Fächer, denn der Sportunterricht leidet genauso darunter, im Grunde hinten angestellt werden und wir gleichzeitig eine Nachhaltigkeitsdebatte führen, in der wir die Gestaltungskompetenz beschwören. Und da, wo wirklich gestaltet werden kann, wo man Lernen lernen kann, wo man kreativ lernen kann, da wird sozusagen in der Stundentafel gekürzt, da wird sozusagen zurück geschnitten. (heftiger Beifall aus dem Publikum) Also ich finde, wir brauchen diese Diskussion um der Schule willen, aber auch um strategischer neuer Allianzen, um des Empowerment in den Städten selber willen.

Zweiter Punkt: Wir müssen verstärkt von dem Thema Schule-als-Selbstzweck-Lernen , hin zur Verzahnung mit nachschulischem Lernen kommen. Also schulisches Lernen, Berufsorientierung, das erste Wohnen, Fragen von Ausbildung miteinander so zu vernetzten und zu verzahnen, dass man den Schüler selber, den sich Orientierenden in den Blick nimmt und unterstützt und nicht angebots- und disziplinorientiert verfährt. Ich glaube, da ist die Berliner Jugendhilfe Wegbereiter einer progressiven Entwicklung, übrigens auch, nachdem ja hier die Ressorts Jugend und Schule zusammen gelegt wurden. Das darf man immer wieder in Erinnerung rufen. Da gab es ganz harte Auseinandersetzungen, gegen eine Strategie, über Kursangebote für arbeitslose Jugendliche Warteschleifen nach der Schule einzubauen. Die Alternative war, eben Jugendhilfeangebote an diese Stelle zu rücken und zu sagen, Warteschleifen brauchen wir nicht, wir brauchen für diese Jugendlichen eine Verzahnung von Berufsvorbereitung, Berufsorientierung mit dem ersten Wohnen, mit lebenskulturellen Angeboten. Deswegen verdienen es Träger, die in diesem Bereich in der Stadt unterwegs sind - und Sie selbst haben da auch Ihre Erfahrungen -, in dieser Debatte herausgehoben und gewürdigt zu werden. Wenn wir junge Leute an der Befähigung und Aktivierung, an dem Empowerment, was heute alle besingen, beteiligen, darf dies eben nicht aus dem Blick der Erwachsenengeneration geschehen.

Ich weiß nicht, ob das jetzt ein Griff in die Mottenkiste ist, aber damals haben wir bei der Debatte um das erste Wohnen, im Kontext der Debatte um die Erziehungshilfen, festgestellt, dass z.B. viel zu viel Volljährige in Heimen untergebracht sind mit einem hohen Erzieherschlüssel. In dem Zusammenhang stellte sich die Frage, ist es nicht viel sinnvoller, volljährige Jugendliche mit einem ersten Wohnangebot zu versehen. Stellt dieses Angebot nicht eine viel wirkungsvollere Hilfe auf dem Weg in die Selbständigkeit, in die Eigenbestimmtheit dar, als wenn der Übergang aus dem Kinderheim sozusagen erst mit 26 vollzogen wird. Wir haben damals überlegt, ob man z. B. eine Wohnungsbaugesellschaft treuhänderisch beauftragt, einen Wohnungspool zu ganz normalen Mieten für diese Jugendlichen zu reservieren . Wenn man jetzt mal entsprechend gegenrechnet mit den hohen Pflegesätzen in den Erziehungshilfeangeboten, kommt man bei weitem billiger weg und - mit Verlaub - man wird den jungen Leuten und ihren Bedürfnissen viel mehr gerecht. Man nimmt sie ernst. Man versucht sozusagen,

ihren Weg in eine Eigenbestimmtheit zu unterstützen. Wir brauchen solche, ich sage mal, unterstützenden Instrumente, um das Management der jungen Leute, das auch in großen Teilen ein Selbstmanagement geworden ist, zu fördern.

Nächster Punkt und altes Steckenpferd von mir: die Jugendkulturarbeit. Die Jugendhilfe ist in gewissem Maße in einer Sackgasse, indem sie sich darauf eingelassen hat, in den 80er Jahren beginnend aber auch in den 90er Jahren, defizitorientiert zu sein, d. h. man markiert und definiert Defizite und entwickelt von daher Strategien und Angebote, die mit diesen Defiziten umgehen. Ich will an dieser Stelle noch einmal ein Plädoyer halten, bei den Stärken junger Leute anzusetzen, bei ihren Potenzialen, bei ihrer Kreativität. Jugendkulturarbeit ist nicht sozusagen ideologisch gegen Jugendsozialarbeit ausgerichtet, man kann auf Jugendsozialarbeit nicht verzichten, man kann auch auf bestimmte Grundangebote nicht verzichten, aber müssen die denn flächendeckend sozusagen überall defizitorientiert arbeiten oder kann man nicht viel mehr diese kulturelle Dimension in die Strategien der Jugendhilfe einbeziehen. Wir haben es hier mit einem ordnungspolitischen Problem zusätzlich zu tun: Einerseits haben wir sehr viele gesetzliche Leistungen, über die die Mittel verwaltet und organisiert werden, andererseits sehen wir einen kleinen schmalen Korridor der sogenannten freiwilligen Leistungen. Die Jugendkulturarbeit findet sich hier auf dem „freiwilligen Korridor“ wieder und kann nur hier in diesem Rahmen qualifiziert, organisiert bzw. gemanagt werden. Ich schlage deshalb vor, zwei Debatten zu führen.

1. Wie bekommt man Dimensionen der Jugendkulturarbeit auch in den Katalog der gesetzlichen Leistungen integriert? Da gibt es gute Ansätze im Bereich der frühkindlichen Erziehung.

2. Wie kann zwischen den freiwilligen und den gesetzlichen Leistungen vernünftig gewichtet werden?

D. h. in letzter Konsequenz, wenn jugendkulturelle Arbeit stärker gemacht werden soll, wenn der freiwillige Korridor stärker gemacht werden soll, müssen wir auch über die Standards bei den gesetzlichen Leistungen diskutieren und zwar im Namen der jugendkulturellen Arbeit.

Jetzt zum Thema Zukunft des Jugendamtes. Für meine Begriffe muss sich das Jugendamt in der Zukunft als Leistungsbehörde mit Planungs- und Steuerungskompetenz profilieren und alle weiteren Dimensionen versuchen abzustoßen Das hat zur Konsequenz: Die volle Abgabe öffentlicher Angebote an freie Träger, weil die Kompetenz des Jugendamtes als Planungs- und Steuerungsbehörde doch viel besser mit den Angeboten der Jugendhilfe umgehen kann,, wenn alles in freier Trägerschaft organisiert ist. (heftiger Beifall)

Und ich bitte, das nicht als Privatisierungsdiskussion zu verstehen. Und der zweite Punkt der Dimension Jugendamt: Die Interventionsangebote, also Interventionsdimension des Jugendamtes, die mit dem Kinder- und Jugendhilfegesetz zurückgeschnitten worden ist, sollte dann auch anders organisiert werden. Beispielsweise durch die Instanz eines Kinder- und Jugendanwaltes, wo man dann überlegen muss, wie denn die Intervention, die bisher über die Familienfürsorge passiert ist, neu organisiert werden kann. Wir haben immer noch das Problem, dass die Leute bei der Begegnung mit dem Jugendamt, wenn es um Interventionsfragen geht, den Verdacht mit sich tragen, auch wenn das sozusagen völlig irrelevant ist, da kommt der Staat und nimmt mir mein Kind weg. Wir müssen die Akzeptanz der Jugendhilfe weiterhin verbessern helfen .Vielleicht ist die dritte Gewalt im Staat doch eine viel bessere Folie, auf der man das organisieren kann. Und ich glaube auch, die Kompetenzen im Bereich des Familienrechts, der ganzen Familiengesetzgebung, da gibt es mittlerweile sehr viele kompetente Leute, auf die man zugreifen kann, mit denen man Allianzen schließen kann und hier sozusagen eine neue Interventionsstrategie in Kooperation mit den Jugendämtern entwickeln kann.

Der Jugendhilfe-Gutschein: Es gibt ein Problem in der Jugendhilfe, nämlich das Problem, dass wir es zu tun haben mit einer Angebotsorientierung im Bereich der Jugendhilfe. Junge Leute greifen auf diese Angebote zurück oder nicht, meistens nicht. .(Zwischenruf: Hört. Hört) Das Problem der Jugendhilfe ist, dass die meisten Jugendlichen von den Angeboten der Jugendhilfe gar nicht erreicht werden. Selbst die hochbesungenen Jugendklubs erreichen laut statistischen Erhebungen etwa 7 %, wenn ich das richtig in Erinnerung habe - auch in Berlin, mehr nicht. Was machen wir mit den vielen anderen Jugendlichen. Muss sich nicht Jugendhilfe auch an diese anderen Jugendlichen wenden, um unterstützend tätig zu werden? Oder ist das eine private Geschichte von den Eltern und den Jugendlichen selber? Entzündungen passieren genau auf der Schwelle zwischen denen, die wir nicht im Blick haben als Klientel, und denen, die dann zu unserem Klientel werden. Und deshalb mein Plädoyer: Wir müssen umstellen von Angebotsstrategien auf Nachfragestrategien. Und das Stichwort Jugendhilfegutschein - könnte man jetzt sozusagen flott daher formulieren - wäre so zu managen, dass man die vielen Gelder im Bereich der Jugendhilfe sozusagen einfach an die Jugendlichen selber transportiert und ihnen sagt, in einem gewissen Maße, nachdem auch eine Infrastruktur grundsätzlicher Art bereitgehalten wird, könnt ihr über den Rest der Gelder in Form dieser Gutscheine selber entscheiden, welche Angebote ihr nachfragt. Und meine These: Es wird eine Hochkonjunktur geben für die kulturellen, musischen und motorischen Angebote. Und das wäre doch gut für diese Stadt, wenn wir Aktivierung mit einem Riesenschub der Mündigkeit von jungen Leuten versuchen zu verbinden und zu verknüpfen und hier richtig was losmachen in der Stadt. Wir müssen uns hier nur ein Stück bewegen und schon die kleinsten Schritte werden hier eine enorme Dynamik auslösen. Letzter Punkt - Partizipation: Das ist, glaube ich, eines der entscheidenden Stichworte neben dem sozialen Management, das wir in der Zukunft zu verfolgen haben. Die Debatte um das soziale Management, um das Quartiersmanagement, die wird ja auch in dieser Stadt heftig geführt, die um die Partizipation, die Teilhabe, die stolpert noch ein bisschen daneben her. Aber wenn man Jugendliche nicht als Partner begreift, sondern immer nur als Objekte, als Fürsorgefälle, dann wird man zu kurz springen. Ich

glaube, junge Leute, Kinder müssen als Partner in der Gesellschaft begriffen werden, um einen würdigen Generationenvertrag abzuschließen. Und das hat mehrere Konsequenzen: Erstens, mit Teilhabe muss Ernst gemacht werden in Quartiersmanagementfragen, d. h. junge Leute müssen ein Mitsprache-, ein Mitgestaltungsrecht haben, Kompetenzen erwerben können. Zum zweiten geht es darum, die ganze Frage von Demokratie in der Schule neu zu thematisieren. Hier erwarte ich eine Streitkultur der Jugendhilfe im Namen ihres Klientels gegenüber den Bildungsinstitutionen, gerade auch in dieser Stadt. Demokratie in der Schule ist ein Jugendhilfethema, ist ein Thema der Kinder und Jugendlichen, die hier lernen. Und Demokratie in der Schule kann eine wichtige Wegmarke sein, um auch ein Stück aus dem Elfenbeinturm des kognitiven Lernens herauszukommen. Und letzter Punkt: Politisch ist es das Wahlrecht für Minderjährige, das zur Debatte steht. Auch eine alte Kamelle, die ich immer mal wieder versuche aufzugreifen, aber ein ganz wichtiger Punkt. Es ist leider so, dass die jungen Leute, die diese Debatte führen, recht haben. Weil das Gegenargument, Kinder und Jugendliche können mit Politik noch nicht so richtig umgehen, deshalb soll man sie erst ab 18 wählen lassen, dieses Argument kann man natürlich mit gleichem Recht gegen die Erwachsenengeneration anwenden. Wie viele Leute können eigentlich mit Politik oder mit politischen Fragestellungen überhaupt nicht umgehen und können mit Fug und Recht als etwas dümmer bezeichnet werden als ein 16jähriger, der sich ein bisschen mit diesen Fragestellungen beschäftigt. Und das hat für meine Begriffe zur Folge, dass wir erstens zu einer Veränderung der politischen Agenda kommen, das wird auch Zeit; denn wenn Minderjährige wählen dürfen, können Sie sicher sein, dass die Themenfelder der Jugendhilfe und der Bildungspolitik schon wegen des Marketings in der Politik anders bewertet werden. Wenn die Wählerstimmen abgeben können, dann ist das natürlich sozusagen eine relevante Größe, auf die ich auch in der Politik in Wahlkämpfen reagieren muss, da muss ich mich natürlich auch politisch festlegen. Mit diesen Bereichen so antizipatorisch umzugehen, dass die mich wählen und ich ihnen dann auch etwas zurückgeben kann. Und ich glaube, dass allein das Öffnen dieser Schleuse zu einer Veränderung in der politischen Agenda führt und man letztendlich dazu kommt, das Thema der Jugendhilfe und der Bildungspolitik nicht länger auf der Hinterbank liegen zu lassen. Allerletzte Bemerkung: Empowerment, Befähigung, Aktivierung ohne junge Leute ist nicht zu machen. Mit dieser Stadt nicht und überhaupt nicht. Wir brauchen den Generationenvertrag, wir brauchen Leidenschaft für die nächste Generation und wir müssen ein Stück verzichten, immer alles vorher besser zu wissen. Vielmehr müssen wir Beteiligungsszenarien, Mündigkeit für junge Leute organisieren und unterstützen helfen. Sie sind da auf einem blendenden Weg. Ich trage hier Eulen nach Athen, Entschuldigung, aber vielleicht war das auch meine Rolle.

Klaus Wowereit:
Glückwünsche des Regierenden Bürgermeister von Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren, ich teile Ihre Freude zu Ihrem 50-jährigen Jubiläum von Herzen und beglückwünsche Sie zu Ihrer seit vielen Jahren beeindruckenden Leistung für Menschen, die Hilfe brauchen. Die Jüngeren unter uns wissen nur vom Hörensagen von den immensen Problemen, die sich noch Anfang der 50er Jahre vor jedem auftürmten, der neu beginnen musste. Vor diesem Neuanfang standen die meisten in Deutschland, und nicht jeder hatte dabei eine glückliche Hand oder konnte auf andere zählen. Die Nachkriegszeit war noch längst nicht vorbei, Hilfe und Zuspruch von anderen waren vielfach notwendig. Wer jemanden hatte, der ihm unter die Arme greifen konnte, schätzte sich glücklich. Der Verband für sozial-kulturelle Arbeit hatte es in dieser schwierigen Zeit übernommen, für Menschen als Orientierungshilfe da zu sein. Er gab jungen und alten Mitbürgern Halt viele Menschen unverzichtbar, wenn auch aus ganz anderen Gründen als vor 50 Jahren. Mit ihrer Fürsorge haben sich die Nachbarschaftsheime Ihres Verbandes in dem zurückliegenden halben Jahrhundert einen Namen erworben, der für professionelle Hilfen, für bürgerschaftliches Engagement und auch für geistige Unterstützung steht. Bei Ihrer Arbeit können Sie auch auf viele ehrenamtliche Mitarbeiter zählen, durch die so manche Erfolge wahrscheinlich erst möglich gemacht werden konnten. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den hauptberuflichen sowie den ehrenamtlichen, sage ich herzlichen Dank für die geleistete Arbeit und wünsche Ihnen allen, dass Sie die gesellschaftspolitisch wichtige Aufgabe, Menschen Boden unter den Füßen zu verschaffen, weiterhin mit Motivation und Profession erfüllen.

Global Values, Local Action

Agnès van ,t Bosch, Executive Director

International Federation of Settlements and Neighbourhood Centres (IFS)

Eine deutsche Übersetzung der wichtigsten Passagen

dieses Textes finden Sie im Internet unter

www.stadtteilzentren.de/publikationen

INTRODUCTION

Before I delve into the concepts of global values and local action, I'd like to share with you a personal anecdote about my first, what could be called, „settlement" experience that helped me situate Canada in a world context.

When I was still a green-eyed university student in Quebec City, Canada, I trundled off to Niger, West Africa for one summer to work as a volunteer with a non-profit, non-governmental organisation called Canadian Crossroads International.

We weren't involved in aid, per se. Our focus was to give a few lucky Canadians, myself included, some deeper cultural insights into what it meant to live in modern-day Africa, and to participate in a low-key way in local development or improvement projects such as tree-planting or construction. What was unique about this experience was that the eight of us lived in a rural village: together with the villagers, we ate, slept, worked, got sick, laughed, partied and, sometimes, shared in the mourning of a dying child. For most of us, it was our first experience of being a visible minority, totally out of our element, with no relevant skills or useful experience to bring to the life of a West African village. I came to love and admire the villagers who befriended us: their courage, their generosity and hospitality to strangers, their efficient use of natural resources without waste, their strong cultural and religious traditions and, their continual hope in a better future for their children.

This organisation and my experience overseas changed my career plans to become a university professor, and I ended up returning to Africa for a number of years. My career in international development has led me to meet other committed people from Cambodia to Lithuania, from Chile to many of the people here today, working so hard for social justice.

Now, the relevance of my story to the settlement movement is this: no amount of reading or university courses or lectures could have replaced what I learned when I was living the daily life of the peasant farmer in Niger. That summer was a coming-of-age for me, when I first came to question my values and my assumptions about the world. My personal experience led me to a „new way of thinking."

In these remarks, I'll be discussing how, in the settlement movement and within IFS, we are shaping the world by promoting value based human development, creating empowered citizens in our own cities and towns, and strengthening partnerships between communities in the North, the South, the East and the West. I would like to address two questions:

1. In what way do the founding principles of the settlement movement have relevance in today's world?

2. What are the issues and challenges that neighbourhood centres and an international network like IFS face to become a positive force for change?

BEGINNINGS OF THE SETTLEMENT MOVEMENT

First, a little history to set the context:

The settlement movement was started more than 100 years ago in London by a group of social reformers and intellectuals, dismayed by the effects of the industrial revolution and urbanisation, which had created slums where workers lived in poverty and abysmal living conditions. In 1884, an Anglican curate, Samuel Barnett, and his wife, Henrietta Rowland, created the first residential Settlement House in East London and named it Toynbee Hall after the great historian and economist. They recruited young, bright university students and graduates to „settle" amongst the poor and the working class. The idea to live in the midst of the poor was truly radical in the segregated urban society of the time, where the different social classes lived in their own neighbourhoods with no more experience of each others' lives than most of us now have with villagers in Africa or Afghanistan. The social goal of the settlement was to bridge the gap between different social groups while offering middle-class young people opportunities for doing worthwhile work and an alternative lifestyle.

Toynbee Hall became a social experiment that inspired social reformers around the world. Settlement houses were established in Europe, Canada, the United States, and even as far away as Japan. Some of the movement's greatest achievements were its influence on the national policy arena including:

- legislative reforms that recognised the child as a person with rights

- the concepts of juvenile court and probation programmes

- minimum wage standards

- the creation of legal aid, called the „poor man's lawyer"

- the founding of adult education

- promotion of the arts, music and recreation as elements of human fulfilment

VALUES OF THE SETTLEMENT MOVEMENT

But what of today?

Can the ideas of 19th century England contribute to social development in our world, our „global village“ in the 21st century? I believe they can, that the settlement house traditions are relevant today because the settlement movement was, and is, first and foremost a value based approach. I‘d like to highlight four of the core values that neighbourhood houses demonstrated yesterday and today and that are becoming „in fashion“ again.

1. One of the most important values Barnett focused on was a radical one: it was the idea of „equal capacity of all to enjoy the best in society“. Barnett believed that the moral, intellectual and aesthetic ends of life should be enjoyed by all. The arts and culture became a symbol of the full life of the individual. Certainly, we know that poverty and inequity in most of the developing world prevents most people from gaining the opportunity to enjoy the best that this world offers. However, even in Canada, the country that was listed for several years as number one on the UNDP Human Development Index, we don‘t always agree on who should enjoy what. Let me share with you a recent incident that raised the indignation of many Canadians in very different ways.

Last spring the case of a woman living on social assistance hit the newspapers. Ms. D‘Amour, was convicted of welfare fraud and sentenced to 90 days in jail after she admitted to having bilked the Ontario government of $5000 by taking a minimum wage job while continuing to receive Family Support Benefits. Now the reason this case became public was because D‘Amour, a single mother, had taken the job to pay for her daughter‘s classical ballet lessons, and what‘s more, she informed the presiding judge that she would do it over again if it meant that her daughter would be able to get out of the cycle of poverty her mother was in. In fact, her daughter is now an accomplished dancer working with dance companies in Europe. But Judge Gloria Epstein, in sentencing D‘Amour, expressed her indignation at her „lack of remorse“, that she was defrauding the taxpayer of money that should be used for people in „real need“. This story inspired many indignant taxpayers to write letters to the editor, either for or against the verdict; most writers sided with the judge, one claiming that welfare assistance should be used for „basic needs“ such as lodging, food and clothing and not for „luxuries“ such as dance lessons.

This reaction shows that we are very far from Barnett‘s vision of what constitutes human development, he said „ the nationalisation of luxury should be the goal of social reformers“. I hasten to add that not all Canadians take this short-sighted view! The Canadian political philosopher C. B. Macpherson directed much of his thinking to the theory and practice of democracy. He stated that „the universal endowment of life chances is the core of democracy“ and that any modern theory of democracy must „must assert an equal effective right of the members to use and develop their human capacities; each must be enabled to do so, whether or not each actually does so.“

2. Barnett believed that society was organic. He had a sense for „wholes“ made up of the family/the neighbourhood/the city/the nation. This perspective aimed at combating poverty in a holistic way and not split up families or communities into problem „pieces“ that needed to be „improved“.

Over the years, in many Western countries, social services aimed at the poor have become increasingly compartmentalized. Housing, immigration policy, local integration of newcomers, public education, early child education and care, support to youth, integration of the disabled, care of older persons, etc. are often managed under the jurisdiction of different levels of government which sometimes have competing agendas or, very often, do not talk to each other at all.

But, more and more, national and multi-lateral agencies are joining social activists in re-discovering that society is organic, that you can‘t combat poverty using a „silo“ approach, that you need to work with „the wholes“. At the international level, the OECD states that „poor people do not live in sectors. Poverty cuts across sectors and needs to be tackled in an integrated manner“. The World Bank now speaks of the „multidimensional nature of poverty“. And, finally, a recent paper by Social Watch in a UNDP publication (Cooperation South, Development Policies and Performance. 2000) lays out four basic premises about poverty that are particularly pertinent today:

- people living in poverty are more prone to be victims of violations of their civil and political rights

- poverty results from a complex interaction of domestic and international causes

- the persistence of poverty in a world that has the resources to provide for the basic needs of all is a threat to international peace and security

1.3 Barnett also placed an emphasis on character, a word that is less used nowadays than „excellence“. Barnett believed that the causes of poverty were basically moral, another word that seems dusty and old fashioned today. By character, Barnett believed that individuals in society had to fulfil certain obligations, imposed on them by their humanity, their talents and their occupation. These obligations were interpersonal, binding classes by friendship, using one‘s possessions for action for the common good.

Today this sense of responsibility for one‘s community is often reflected by volunteerism. This year we celebrate the International Year of Volunteers with the thousands who give their time to their neighbourhoods. Volunteerism is active citizenship in democracy where people take action of their own free will to shape their community and accept responsibility for civic affairs and helping others.

Let me give you an example of an IFS member in Poland called the Centre for Local Activities or „CAL“. The Poles have been members of IFS for several years and through these contacts and other exchanges have built up a very interesting project throughout Poland. In a nutshell, CAL has organised a training course and mentoring programme

in community development. But what I found fascinating about the Polish experience is that they are working from „within“ to change existing structures and institutions left over from communist times, such as the Culture Houses and the Welfare Institutes, to become promoters of citizen empowerment and social inclusion. For instance, I visited a centre in Gdansk that is officially a centre for handicapped children and adults. Now that disabled people are no longer kept isolated from society in institutions, the mandate of the centre is to teach certain skills and to integrate the participants into the community. However, the centre itself is located in a very poor area of the city, rife with problems of unemployment, alcoholism and mistrust amongst residents and certainly of disabled persons who have been marginalized for so long. The Director of the centre took the CAL training course which made her realise that integrating the persons attending the centre would be impossible unless the whole community worked together. But with so many problems that seemed insolvable, how could she hope to mobilise residents for such a project? Using the concepts she had learned of participation and partnerships, she set about winning over the neighbourhood. First, she decided she needed to bring the neighbourhood into the centre and break the segregation between the disabled and the non disabled. So she broadened the activities of the centre to offer child care to other children of the neighbourhood. As more children from the community began to play with the disabled children and go on outings with them, they became friends and transcended their differences. The kids took home their stories to their parents who also began to change their perception of disabled children and adults. Soon, she started to work with these parents and to look for other partners in the neighbourhood to organise a folk festival, which she felt could act as a mobilising force in the community. She involved the local Roman Catholic church and other government structures, and with the parents organised a very successful festival. Through this success, more residents have begun to get involved in community activities that are helping to break down the barriers of mistrust in the neighbourhood.

Those who have taken the CAL training and have implemented this kind of outreach approach are enthused and motivated by the power of community development. The original groups of CAL trainees also act as mentors to others, despite the ongoing problems they experience with some of their superiors in the government structures who seem to feel threatened by this participatory model.

1.4 Fourth and finally, a settlement value that resonates loudly today, a month and a half after thousands lost their lives on Sept. 11th: the need for a „social commons“, the settlement house as a community living room.

Two weeks ago, I attended a conference in Ottawa on social inclusion in Canada. One of the inspiring speakers at the conference was the former Human Rights Commissioner of Ontario, Catherine Frazee, a disabled person. What she said about the access to society and the inclusion of the disabled defined for me the deep human values behind the community living room concept. She said: „access [for the disabled] is about making our way into the human community... social inclusion is access to human relationships“.

At the most basic level, it is through human relationships that we learn to appreciate rather than fear our differences and develop an understanding and empathy for each other that transcends our differences. Let me tell you two stories that illustrate the community living room in action, one from the Czech Republic, the other from New York.

When I was in the Czech Republic last year I visited two community centres in Pilsen and Tabor. Both centres were only a few years old, headed by very charismatic women, Jirina and Sacha, neither of whom had any real social work background. Interestingly, both had been inspired to start their centres after a course they had taken with a psychiatrist and professor at Charles University, Dr Zusanna Havrdrova, who had learned about the settlement house approach in the early 90‘s through IFS members from Holland.

Sacha was so moved by the plight of the Roma population in Pilsen that she decided to leave her secure job as a nurse to start a centre, focusing first on early child education and care. In Pilsen, the Roma population had inhabited run-down houses and buildings in the Old Town which no one else wanted until the early 90‘s. Then, as Pilsen restored the centre of town and renovated the historic buildings, they shunted the Roma to housing estates in the suburbs. As elsewhere, Roma are generally not accepted by the non Roma population and I heard many horror stories of discrimination, even by the state. One of the many problems is that children have immense difficulties in primary school: many speak little Czech and do not have the pre-school skills other children have. There were no Roma teachers or teaching assistants in the school system. Sacha begged a few rooms on the ground floor of a housing estate and started to recruit parents to start a kindergarten. At the kindergarten, some mothers are assisted by Sacha and university student volunteers she has recruited to train them in early childhood education skills. With their help, a few will be qualified soon to be employed as teaching assistants in the primary school system. Besides the kindergarten, the centre has an after school programme for children and teen-agers, with sports, a computer club, music groups and homework activities. With an unemployment rate of 90% and a long history of exclusion, Sacha learned that many of the parents are dealing with problems of addictions and domestic violence. Through the children in the after school programmes, Sacha and some specialised staff have slowly started to work with parents suffering from addictions. Ironically, one of the challenges they are facing, is that after finally convincing certain adults to seek help in de-tox centres, these very government funded centres often refuse to give access to any Roma, saying they make trouble. Indeed this points to the major challenge that Sacha has not yet been able to surmount, that is, to create a real community living room where both Roma and non Roma people mix. Up to now, although the child programmes are open to all, non Roma parents have refused to send their children.

In Tabor, the community centre headed by Jirina has been somewhat more successful in this regard. Here, what I found very interesting is that the centre was established only after 2 years of discussion with the community and youth and an old building they acquired was totally renovated by the residents themselves. The centre holds a wide variety of programmes for all and is a real community living room, probably the only centre in the Czech Republic that has both Roma and non Roma children and teen-agers playing together. However, Jirina, contrarily to Sacha, has her lot of political problems as the local authorities seem determined to block the community movement at every turn. Luckily, the centre has found some external donors to help up to now.

Now, turning to the U.S. In the aftermath of the terrorism at the World Trade Centre, the 36 settlement houses throughout New York City have been responding to critical community needs, especially the six houses in Lower Manhattan. Significant mental health service needs are emerging in these neighbourhoods; settlements provide an array of culturally sensitive services including nine houses with fully licensed clinics. An employment initiative coordinated by the New York federation, United Neighbourhood Houses of New York (UNH), provides a mechanism for supporting the economic recovery of individuals and families whose employment is directly or indirectly affected by the September 11th disaster. The response is critical in communities where many are employed in low-wage entry-level jobs in the service sector that are especially vulnerable to economic downturn. For example, the Chinese American Planning Council, a settlement house in Lower Manhattan, is confronted with the devastation of the hospitality industry. But most off all, the New York settlements are concerned by the anti-ethnic backlash. UNH Director told me that tensions have increased significantly and that settlements are concentrating on programmes focused on tolerance and anti-violence such as the following:

- community outreach such as community forums bringing together Catholic, Jewish, Muslim and Protestant religious leaders

- work with youth to help them deal with fear and anxiety and to resolve conflict among peers. One house holds special meetings, especially targeting youth gang members, to provide a forum for discussing fears, anger and concerns that youth are experiencing, attempting to channel these emotions into positive dialogue rather than violent acting out

- identifying and responding to increased incidents of domestic violence and abusive interactions among community residents

- developing escort services for community residents who are the subject of anti-Muslim, anti-Arab or anti-immigrant sentiments. For instance an organisation called SCAN New York (Supportive Children's Advocacy Network) realised that many Muslim children had stopped going to school out of fear of violence and established an escort process.

WHAT ARE THE ISSUES AND CHALLENGES WE FACE TODAY?

This recent crisis brings me to talk about the challenges we face together.

A recent survey of the IFS membership asked what priorities neighbourhood centres and the IFS network around the world should be working on over the next few years. Almost unanimously, members responded with the following key issues:

- conflict resolution in inter-ethnic and inter-religious societies

- international migration and local integration

- building civil society and strengthening new democracies

- youth issues

- combating poverty

We know now, more than ever, that we live in a common world, that we are only a plane flight away from the lives of people in other countries. In the past few years we have seen an uprising of ordinary people who make this connection, who have understood that closed-door decisions made in Seattle or Davos or Quebec City influence their livelihoods, their natural resources and their health. People have understood that poverty, inequity and oppression create a breeding ground for extremism and even, terrorism.

Often, the very young surprise us by their passion for equity and justice. In 1997, the New York settlement houses organised a NIKE Give Back campaign. As an expression of their rejection of the NIKE exploitation of foreign workers in the production of expensive sneakers, advertised to capture the teen market, teens joined the demonstration to return the overpriced sneakers to the NIKE headquarters. During the demonstration, a reporter approached a 10 year old from the Bronx and asked her why she was there. She said to him that she thought it was terrible that mothers in Viet Nam worked for such small wages in Nike factories that they could not get housing to keep their children with them but had to leave them behind with relatives. The reporter seemed startled at her understanding.

But often, people feel powerless at the local level. They feel that not only do they not have power to change things, but often they do not even have the power to understand how decisions are made. They are asking: hey! Who's in charge anyway? What about the „public good"? „who's looking out for me?"

IFS represents thousands of neighbourhood centres around the world. We have members at the national level, our national federations, at the regional level and at the local level. But to be a force for change, we must::

1. Build our network and expand our exchanges to strengthen emerging civil society structures. By strengthening North-South and East-West relations we also help refocus world attention on social development and human rights.

2. Reinforce our programme approach to integrate policy issues. IFS and its national and local members must make the most of current opportunities to show leadership in the promotion of social inclusion. We should strengthen our partnerships with other social policy networks doing national and international research and get more grassroots participation in international forums.

There is a natural synergy in such partnerships because, to quote again Catherine Frazee, „those who traffic in the conceptual need to get real". The strength of IFS is to ground policy goals in practical on the ground experience asserting citizens' interest in the issues of the day

3. We need to share our stories.

I've been telling you some of the stories of what I've seen in my travels throughout the IFS network. During my visits to Lithuania, Bulgaria, Poland and the Czech Republic, I've been inspired by the boundless enthusiasm and determination of the community leaders I've met. Many of them have told me how important it has been for them to meet with other IFS members working in neighbourhood centres. Not only to acquire expertise or much needed financial support but also to connect, to belong to a world community. After our recent EuroGroup seminar on Volunteerism in Vienna, I received emails from new members in Hungary, Lithuania and Romania who expressed their appreciation for the opportunity to participate. Interestingly, each of them mentioned that they had felt they were part of a family.

Beyond the modern buzz words like „social capital" and „social inclusion" we all know intuitively that this building and maintaining human relationships is what is most important. On that terrible morning of September 11th in New York City, we learned that people in the twin towers of the WTC reached for their cell phones, not to call their stock broker, but to reach out to their loved ones, their mothers, their husbands, their friends. To connect to their human community.

CONCLUSION

In the beginning of this talk, I told you about my life changing experience in an African village and how I went back there for four years. Since then, Africa can never again be a „dark continent" to me, unconnected to choices I make in my life or the political decisions made by my country or the International Monetary Fund, because African men, women and children have been, for a little while at least, my neighbours.

In this room are 50 years of stories.

Let's celebrate your next fifty years by telling your stories. The ones that demonstrate the power of neighbour helping neighbour, of global values acted out at the local level.

Das Nachmittagsprogramm

LOKALTERMINE STADTWEIT

„Stationen und Sternstunden aus 50 Jahren erlebter und mitgestalteter Sozialgeschichte“

(1) Migranten im Stadtteil

(2) Aufbrüche und Krisen der Gemeinwesenarbeit

(3) Neues Leben in alten Fabriken

(4) Selbsthilfeprojekte und Nachbarschaftsarbeit

(5) Soziale Dienste: Professionalität und Bürgernähe

(6) Freiwilliges Engagement - Neugründungen im Osten

(7) Stadtteilarbeit in der „Platte“

(8) Tauschringe und lokale Ökonomie

(9) Jugend als Störfaktor im Gemeinwesen?

(1)

Migranten im Stadtteil „Wir waren die ersten ...“

60er Jahre: Das Gebiet um den „Kotti“, das Kottbusser Tor, ist bundesweit verbunden mit dem „Mythos Kreuzberg“. Für die einen „Klein-Istanbul“, für die anderen multikultureller Schmelztiegel. Hier lässt sich in verdichteter Form erkennen, welche Probleme und welche Chancen im interkulturellen Zusammenleben liegen und wohin gelungene oder misslungene Integrationsansätze führen können. Mitten drin in diesem Quartier, das heute als eines der derzeit 15 Berliner Quartiersmanagementgebiete ausgewiesen ist, hat der Kotti-Nachbarschaftsverein seinen Sitz, der im Zuge der „behutsamen Stadterneuerungspolitik“ der 80er Jahre entstanden ist und seinen Schwerpunkt in der Arbeit mit Migranten hat. Für die Fachtagung bietet das Kotti eine thematische Führung durch den Stadtteil an, bei der es um Migration, Sanierung und Soziale Stadt gehen wird. Den Abschluss bildet eine Kaffeezeremonie im „Familiengarten“ des Kotti, der Bestandtteil des Nachbarschaftshauses für interkulturelle Begegnung Ora 34 ist.

Ort: Kotti, Dresdner Str. 10, 10999 Berlin-Kreuzberg

(2)

Aufbrüche und Krisen der Gemeinwesenarbeit

1971: Die 68er Bewegung hat sich in diverse Richtungen aufgelöst, etwas davon ist auch in der Sozialarbeit angekommen. Die jungen Sozialarbeiter/innen schreiben die Gemeinwesenarbeit auf ihre Fahnen, rufen ihre Zielgruppen zur Rebellion gegen ungerechte gesellschaftliche Zustände auf und wollen nicht mehr Handlanger des Systems sein. In Berlin gibt es zwei vielbeachtete Praxisprojekte, im Märkischen Viertel und im Neubaugebiet Heerstr. Nord. Einige Jahre später erklären die Protagonisten die Gemeinwesenarbeit für (vorerst) gescheitert, aber das Projekt in Heerstr.-Nord bleibt am Leben. Wie ist es dazu gekommen? Wie ist es damals weitergegangen? Welche Kursveränderungen wurden im Laufe der letzten dreißig Jahre vorgenommen? Und: Wo steht der Gemeinwesenverein Heerstr.-Nord heute? Antworten gibt es beim Projektbesuch des Gemeinwesenvereins in der Obstallee in Spandau.

Ort: Gemeinwesenverein Heerstr. Nord, Obstallee 22d, 13593 Berlin-Spandau

(3)

Legal, illegal, scheißegal? Neues Leben in alten Fabriken

1981: Die Wohnungspolitik in West-Berlin ist in der Krise. Gegen den spekulativen Wohnungsleerstand

wehren sich Hausbesetzer. Mehr als 80 Häuser sind „instandbesetzt“. Die Besetzer wollen nicht nur für sich selbst preisgünstigen Wohnraum sichern, sondern auch Räume für verschiedene Gemeinschaftsnutzungen zur Verfügung stellen. Vieles ist anders gekommen, als es sich die damaligen Besetzer vorgestellt hatten, aber vieles ist auch bewirkt worden und manches ist bis heute geblieben. Es gibt sozial-kulturelle Zentren und Nachbarschaftseinrichtungen, die aus dieser Tradition kommen:

- z.B. die 1981 leerstehende Zündholzmaschinenfabrik A. Roller in der Weddinger Osloer Str. Zur Vermeidung einer Besetzung wurde gleich ein legaler Nutzungsvertrag vereinbart, der bis heute gültig ist und unter anderem die Räume für die Nachbarschaftsetage umfasst. Die Fabrik Osloer Str. bis heute ein Zentrum für soziale und kulturelle Arbeit. Viele der damals aufgebauten Projekte sind noch heute in der Fabrik ansässig

- z.B. das seinerzeit größte Berliner Besetzerprojekt, die ehem. Hutfabrik Gattel, ebenfalls im Wedding. Seit damals ist es die Heimat des „Nachbarschaftshaus Prinzenallee 58“ (PA 58).

Beide Projekte stellen sich und ihre Geschichte zusammen in einem Workshop in der Nachbarschaftsetage der Fabrik Osloer Str. 12 vor (Dokumentation, Zeitzeugenberichte). Im Anschluss gibt es einen kurzen Besuch in der PA 58, wo die Teilnehmer eine Ausstellung anschauen und einen Eindruck vom Gebäude bekommen können.

Ort: Fabrik Osloer Str., Nachbarschaftsetage, Osloer Str. 12, 13359 Berlin-Wedding

(4)

„Warte nicht auf bess‘re Zeiten“ -

vom Selbsthilfeprojekt zur Nachbarschafts- und Gemeinwesenarbeit

80er Jahre: Selbst anpacken / Vertrauen in die eigene Kraft / erst Handeln, dann (z.B. um Finanzierung) Verhandeln - die Selbsthilfebewegung weht frischen Wind in die soziale Landschaft der Bundesrepublik. Über den „Fink-Topf“ werden die unterschiedlichsten Selbsthilfeprojekte gefördert, einige bleiben nicht dabei stehen, sich selbstbewusst und selbstbestimmt um die eigenen Angelegenheiten zu kümmern, sie entwickeln sich zu Infrastruktureinrichtungen und Entwicklungsagenturen, die auch andere mit einbeziehen und ihnen einen Rahmen dafür geben, ihre Probleme, Interessen und Wünsche eigeninitiativ zu verwirklichen. Der Gemeinwesenverein Haselhorst hat sich von der kleinen Selbsthilfeeinrichtung zu einem wesentlichen Faktor der „sozialen Stadtteil-entwicklung“ gemausert und ist dabei gleichwohl den Impulsen seiner Anfangszeit treu geblieben: noch immer liegt die Leitung der Projekte in der Hand von freiwillig tätigen Stadtteilbewohnern, die Vorsitzende von heute gehört zum Kreis derjenigen, die vor 17 Jahren den Gemeinwesenverein ins Leben gerufen haben. Der Gemeinwesenverein Haselhorst wird zwei kleine Filme zeigen, die einen Rückblick in die frühen Jahre ermöglichen, er wird den gegenwärtigen Stand seiner Arbeit vorstellen und für alle Fragen zur Verfügung stehen, die sich auf die Spanne zwischen einst und jetzt beziehen.

Ort: Gemeinwesenverein Haselhorst, Burscheider Weg 21, 13599 Berlin-Spandau

(5)

Soziale Dienste: Professionalität und Bürgernähe schließen sich nicht aus

80er Jahre: Das generelle Umdenken in der Gesundheitspolitik (ambulant vor stationär, Selbsthilfe vor Klientisierung) fällt bei vielen Nachbarschaftsheimen auf fruchtbaren Boden. Einige werden Träger der neugegründeten Sozialstationen und Selbsthilfekontaktstellen. Nachbarschaftshäuser engagieren sich in der ambulanten häuslichen und Familienpflege, sie sind dabei, als es gilt, ein Netz ehrenamtlicher Betreuung nach dem Betreuungsgesetz zu schaffen, sie kümmern sich um hilfsbedürftige ältere Menschen in Tagespflegeeinrichtungen und unterstützen Menschen in der letzten Lebensphase mit Hospizdiensten. Pionier dieser Entwicklung bei den Berliner Mitglieds-einrichtungen des Verbandes war und ist das Nachbarschaftsheim Schöneberg.

Die Sozialstation in der Cranachstr. blickt auf eine inzwischen fast zwanzigjährige Erfahrung zurück. Das Nachbarschaftsheim Schöneberg bietet Besuchern der Fachtagung die Möglichkeit, diesen besonderen Aspekt einer ganzheitlich orientierten Nachbarschaftsarbeit näher kennen zu lernen, aber auch einen Blick hinter die Kulissen zu tun und etwas über Umdenknotwendigkeiten, Stolperfallen und Erfolge dieser Arbeit zu erfahren, die eine besondere Art von Professionalität erfordert.

Ort: Sozialstation des NBH Schöneberg, Cranachstr. 7, 12157 Berlin

(6)

Vom freiwilligen Engagement getragen: Neugründungen im Osten

1991: Aufbruch im Ostteil der Stadt. Die Wende führt nicht nur zur staatlichen Vereinigung sondern auch zu einem Aufbruch im Sozialen. Menschen engagieren sich freiwillig und erfolgreich, um alte Formen der Geselligkeit weiterzuentwickeln und neue leben zu können sowie eine selbstbestimmte soziale Infrastruktur zu schaffen. Zwei Projekte, die in dieser Gründerzeit entstanden sind, das Frei-Zeit-Haus in Weißensee und das Rabenhaus aus Köpenick gestalten gemeinsam einen Workshop unter dem Motto: „Ehrenamt - selbstverständlich oder schwer zu motivieren?“ Daneben gibt es die Möglichkeit, das Frei-Zeit-Haus und seine wechselvolle Geschichte kennenzulernen sowie Erfahrungen aus der ehrenamtlichen Arbeit auszutauschen.

Ort: Frei-Zeit-Haus in Weißensee, Pistoriusstr. 23, 13086 Berlin-Weißensee

(7)

Stadtteilarbeit „in der Platte“

90er Jahre: Nachbarschaftshaus Kastanienallee. Viele nachbarschaftlich orientierte Projekte im Ostteil der Stadt sind in den neunziger Jahren aus Maßnahmen der Arbeitsförderung entstanden. Ihr Anspruch ist bis heute, nicht nur Angebote für Nutzer aus dem Stadtteil zu schaffen, sondern auch bezahlte Jobs, um einen Beitrag zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit zu leisten. Beide Zielsetzungen sind nicht immer leicht miteinander zu verknüpfen, aber einige Projekte können als gelungene Beispiele gelten. Dazu gehört auch das Nachbarschaftshaus Kastanienallee mitten im Hellersdorfer Plattenbaugebiet. Eine ehemalige Kindertagesstätte beherbergt heute dieses Nachbarschaftshaus, in dem eine Reihe von Trägern unterschiedliche Angebote für die Bevölkerung im Wohnumfeld macht. Schwerpunkte der Arbeit des Nachbarschaftshauses: Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien (offene Kinderarbeit, „Spieliothek“ Kreativwerkstatt, generationsübergreifende sportliche und andere Aktivitäten, interkulturelle Kontakte).

Ort: Nachbarschaftshaus Kastanienallee 53-55, 12627 Berlin-Hellersdorf

(8)

Wandel und Handel

90er Jahre: Langzeitarbeitslosigkeit wird zum Massenphänomen. Manche sozialen Gruppen und manche Wohnquartiere sind in besonderer Weise betroffen. Nachbarschaftsheime sind gefordert, kreative Strategien zum Umgang mit den entstehenden Problemen mit zu entwickeln. Wie kann eine lokale Ökonomie gefördert werden, die aus den Selbstregulierungsprozessen unseres Wirtschaftssystems heraus nicht entsteht, sondern eher verdrängt wird? Welche Alternativen sind zum geldgesteuerten Austausch von Waren und Dienstleistungen denkbar?

Wo findet man seine lokalen Bezüge bei zunehmender Globalisierung? Welche Tätigkeitsfelder bieten sich für freiwilliges Engagement an, welche werden nachgefragt? Das Nachbarschaftshaus Urbanstr. hat sich diesen Fragen seit Jahren zugewandt und tätige Antworten gefunden: vom Schülerclub, welcher Verbindung von Schule zu Wirtschaft, Industrie und Handel herstellt, vom Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekt „Potporree“ über die Realisierung des ersten Berliner Tauschringes bis zur Freiwilligenagentur, die es in Partnerschaft mit anderen Trägern im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg betreibt. Im Rahmen der Fachtagung will das Nachbarschaftshaus Urbanstr. seine Erfahrungen vermitteln, seine Lösungsansätze zur Diskussion stellen, Probleme und Erfolge in der Arbeit vermitteln.

Ort: Nachbarschaftshaus Urbanstr., Urbanstr. 21, 10961 Berlin-Kreuzberg

(9)

Eingebunkert? oder: Jugend als Störfaktor im Gemeinwesen?

2001: Offen für alle, generationsübergreifender Arbeitsansatz, Grundparadigmen sozial-kultureller Nachbarschaftsarbeit. Aber was heißt das konkret? Wie verträgt sich das mit den Selbstorganisationswünschen und dem Expansionsdrang Jugendlicher? In Lankwitz ist kürzlich als joint venture des Jugendprojekts Outreach/ Hinausreichende Jugendarbeit und des örtlichen Nachbarschaftsvereins ein real existierender Bunker zu einem weitgehend selbstverwalteten Jugendtreffpunkt umgebaut worden. Ist das eine mögliche Lösung oder die Kapitulation vor einem unlösbaren Problem? Ein Workshop zur sozialräumlichen Jugendarbeit als Aufgabe von Nachbarschaftszentren im Lankwitzer BUNKER.

Ort: Bunker in der Malteser Str. 73-100, 12249 Berlin Lankwitz

Die Lokaltermine wurden trotz der dichten Programmfolge rege besucht. Während in einigen workshops die Veteranen untereinander nicht nur „in Erinnerungen schwelgten“, fanden sich in anderen Gruppen, Besucher wieder, die sich vorher nicht kannten und mit unterschiedlichen Erwartungen auf einander trafen. Insbesondere die Diskussionen auf den Treffen der „alten Hasen“ wurden teilweise mit derselben Leidenschaft wie eh und je geführt, wenn es um Unterschiede in den Positionen und um Sichtweisen, insbesondere bei der Rekonstruktion der Entstehungsgeschichte, ging. Wir stellen aus Platzgründen hier nur einen der Workshops vor, der aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet wird.

(a) Gedächtnisprotokoll (Frei-Zeit-Haus Weißensee)

Christoph Lewek, Leiter des Freizeithauses stellte nach einer kurzen Begrüßung und Vorstellungsrunde die Moderatorin vor und erklärte, wie wir den Nachmittag verbringen könnten, schließlich hat man/frau sich über den Verlauf dieses Workshops vorher Gedanken gemacht..

Eigentlich war ein Spiel geplant, in dem Teilnehmer versuchen, Ehrenamtliche überzeugend für sich zu werben. Aus Fragen und Antworten sollten Erkenntnisse gewonnen werden, die uns allen in der praktischen Arbeit von Nutzen sein könnten. Der Ablaufplan sah nun vor, zwei Arbeitsgruppen zu bilden.

Doch letztlich setzte sich das „wirkliche Leben“ durch, das ja bekanntlich immer anders verläuft, als man es sich vorstellt:

Die Teilnehmer wollten nicht getrennt werden sondern in einer Gruppe zusammenbleiben. Die Gäste aus Dreieich erklärten, dass sie diesen Workshop gewählt hätten, weil es der einzige sei, der für sie von Interesse sei. Sie wurden von ihrem Verein geschickt, um „möglichst viel von den Großstädtern zu lernen“ und erhofften sich viele Tipps.

Insgesamt waren 10 ehrenamtliche und 5 hauptamtliche Mitarbeiter (die in ihrer Freizeit auch ehrenamtliche Tätigkeiten leisten) anwesend. Es hätte immer noch das Spiel gespielt werden können, denn gerade Ehrenamtliche sollten andere Ehrenamtliche werben, um die Arbeit besser und weiter verteilen zu können. Aber die Gesprächsrunde entwickelte sich so selbstverständlich wie auch spannend, kam in einen „Fluss“, der nicht zu unterbrechen war und auch von keinem unterbrochen werden wollte. Obwohl eine Moderatorin anwesend war, musste sie sich kaum einbringen. Jeder in der Runde kam zu Wort, nahm sich aber auch zugunsten anderer zurück. Viele Fragen wurden gestellt und es wurde versucht, sie gemeinsam zu beantworten. Der Bogen der angesprochenen Themen reichte von der Frage des Verhältnisses von Ehrenamtlichen und Profis, der Motivierung Ehrenamtlicher, der Wirksamkeit bestimmter Formen von Öffentlichkeitsarbeit, Abhängigkeiten und Legitimationsdruck gegenüber dem Geldgeber, der Frage nach Erfahrungen über „Zugänge“ in der Migrantenarbeit usw. Eine richtig gute Arbeitsatmosphäre, wie man sie sehr selten (in Anbetracht der vielen Teilnehmer fast nie) erlebt: Eine große Offenheit, Vertrauen, Herzlichkeit und gegenseitige Achtung.

(b) Eindrücke/Erinnerungen zum Workshop in Weißensee (Rabenhaus-Team)

Wir haben im Team diesen Workshop ausgewertet. Die Frauen aus Dreieich waren uns sehr sympathisch. Unser ehrenamtlicher Mitarbeiter sagte, wenn wir das Spiel gespielt hätten: Von ihnen hätte er sich anwerben lassen. Warum?

Drei - unserer Meinung nach - gutwillige, hilfsbereite Frauen, deren Gutwilligkeit und Hilfsbereitschaft ausgenutzt wird. Sie hatten ursprünglich einen Treff für sich und Gleichgesinnte, doch durch Förderung und Direktiven und Maßstäbe änderte sich die gesamte Grundlage ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit. Sie wurden mit Problemen konfrontiert, auf die sie nicht vorbereitet waren, z. B. mit ausländischen Mitbürgern (Integrationsprojekt).

Sie bekamen hauptamtliche Mitarbeiter. Ihre Autonomie ist verlorengegangen.

Sie erzählten also von sich und ihrer Geschichte und wollten Tipps von uns haben. Wie man das Programm gestalten könne, wie man mit konkreten Problemen umgehen könne. Wir fragten sie immer wieder, ob sie diese Arbeit auch wirklich machen möchten, eben auch und besonders in dieser veränderten Form. Und je mehr und öfter wir das fragten, desto bestimmter wurden sie in den Antworten. Ja. Sie wollen. Na gut. Programme kann man u. E. nicht einfach übernehmen. Wichtig ist, was die Leute vor Ort wollen. Die Arbeit ist viel und vielseitig. Sie muss aufgeteilt, delegiert werden. Es wurde auch wieder deutlich im Gespräch, dass mit Ehrenamtlichen keine Sozialarbeiterkonzepte umzusetzen sind. Muss auch nicht. Die Ehrenamtlichen als Verantwortungsträger sind für das allgemeine Konzept zuständig, für die professionelle Sozialarbeit gibt es genug Einsatzfelder, die klar definiert werden sollten. Ganz besonders wichtig und aus unserer Sicht die beste Voraussetzung: gleichberechtigt im Team arbeiten. Wir haben über Motivation zur ehrenamtlichen Arbeit geredet. Dabei wurde deutlich, dass die persönliche Eitelkeit eine große Rolle spielt. Fast verschämt wurde das „zugegeben“. Aber warum denn nicht? Man ist doch wer, man kann doch was! Man hat einen „gesunden Menschenverstand“ - gerade der ist wichtig, wenn man mit Menschen arbeitet.

Die drei Kolleginnen haben sich letztlich überschwänglich bedankt, wir wussten nicht recht, wofür. Können uns nur aus dem eigenen Verständnis heraus erklären, was passiert

sein mag, was auch mit uns wieder passiert ist. Durch das Reden über die Zustände und auch Missstände und das Hinterfragen anderer wird einem manches plötzlich ganz klar, fühlt man, was „richtig“ ist; für uns Rabenhäusler gab es auch das Erlebnis des eigenen Teams in einer größeren Runde. Jeder von uns ist anders, hat auch andere Ansichten zu bestimmen Dingen. Aber uns verbindet ein gemeinsames Wollen und auch Können. Dies zu spüren, ist sehr schön und setzt neue Kräfte frei.

(c) Erzählen, zuhören, helfen (Eindrücke von Ellen Fritsch, Ehrenamtliche aus dem Frei-Zeit-Haus)

Unser Nachbarschaftshaus in Weißensee hatte man mit in die Veranstaltungsreihe „Lokaltermine stadtweit“ anlässlich der Fachtagung einbezogen, denn unser Verein Frei Zeit Haus e.V. ist das erste im Ostteil der Stadt Berlin gegründete Nachbarschaftshaus. Es hat die letzten zehn Jahre an der Geschichte dieser Einrichtungen mitgewirkt.

Das Jahr 2001 war das Jahr der Ehrenamtlichen. Und so kam es, dass mehrere ehrenamtliche Mitglieder unseres Vereins angesprochen wurden bei dieser Veranstaltung mitzuwirken. Zu Beginn der Veranstaltung bekam ich die Aufgabe, mich in einem Rollenspiel als Ehrenamtliche von unseren Gästen anwerben zu lassen.

Aufgeregt war ich, der Gedanke an das Rollenspiel machte mir Spaß. Was werden unsere Gäste für Ideen haben? Ich nahm mir jedenfalls vor, es ihnen nicht zu leicht zu machen. Die freiwillige Tätigkeit sollte mir Spaß machen, mich nicht überfordern und meine Mitstreiter sollten für die vorgeschlagene Aufgabe mindestens ebenso kompetent sein wie ich. Auch hatte ich mir vorgenommen mich nicht sofort einspannen zu lassen. Ich wollte mich noch etwas zieren.

Ja, aber es kam alles ganz anders. Im Nu warfen wir dieses theoretische Spiel über den Haufen. Warum? Wir trafen mit drei unglücklichen Kolleginnen aus dem Raum Frankfurt a.M. zusammen. Sie beklagten sich darüber, dass ihre gutgemeinte helfende Tätigkeit von den ausländischen Mitbürgern nicht angenommen würde. Sie wollten sich von uns Nachbarschaftsneulingen Rat und Hilfe holen.

Donnerwetter, das ist ja ganz etwas neues. Wir kennen doch nur die meist überheblichen, eingebildeten Wessis. Sie können doch alles viel besser als wir. Und jetzt sind wir von ihnen gefragt? Ich war platt, denn die ganze Veranstaltung versprach viel interessanter zu werden als geplant. Wie und was könnte ich ihnen sagen? Nach einigen Überlegungen machte ich folgenden Vorschlag: Die Frauen sollten diesen Menschen nicht unser Deutschtum versuchen überzustülpen, sondern das Besondere ihrer Eigenart und Einmaligkeit fördern und ihnen behilflich bei der Organisation sein.

Davon würden alle profitieren. Auch die Mitarbeiter und „Alteingesessenen“. Was für ein Gewinn, wenn wir künftig zusammen mit den ausländischen Nachbarn Programme für Veranstaltungen planen und durchführen könnten. Auch sollten sie für sich selber verantwortlich sein.

Dieser Weg wird ein Erfolg werden, erklärte ich ihnen, denn mir ist der Erfolg des Projektes INA der Jahresringe aus meiner jahrelangen Mitgliedschaft und Mitarbeit bekannt.

Wir haben uns alle sehr gut verstanden. Wir konnten echte Sorgen und Nöte unserer Besucher erkennen. Mir waren diese Frauen sehr sympathisch weil sie uns vertrauensvoll in ihre Arbeit einbezogen, denn wer gibt schon gerne Schwachstellen und Verunsicherungen in seiner Arbeit zu. Diese drei Frauen bewiesen ihre große Toleranz, viel Feingefühl und Weisheit, wie man sie leider nicht sooft trifft.

Es ist sicher ein Privileg des Alters, wenn von beiden Seiten erzählt und zugehört werden kann.

(d) Berlin bei Nacht.

(Ein Tagungsrückblick aus Dreieich Sprendlingen von Viktoria Liewerkus)

Es war schon Abend, als wir Berlin bei Nacht erblickten. Bereits um 19.00 Uhr war der erste Programmpunkt im Pestalozzi-Fröbel-Haus.

Am 20.9.1951 wurde der Verband für sozial-kulturelle Arbeit als Verband Deutscher Nachbarschaftsheime in Berlin gegründet. Ebenfalls 50 Jahre alt, wurde die Kiezoase in unmittelbarer Nachbarschaft zum Pestalozzi-Fröbel-Haus, deren Jubiläumstag heute mit einem Festvortrag und Kulturprogramm gefeiert werden sollte. Aus vielen Teilen Deutschlands waren Gratulanten angereist. Der Gedanke Hilfe zur Selbsthilfe wurde immer wieder in den Reden in den Vordergrund gestellt. Ohne die vielen ehrenamtlichen Helfer in allen Bereichen unseres sozialen Miteinander ist eine so anspruchsvolle Idee nicht zu bewerkstelligen. So werden auch die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter in Schulungen durch den Verband weitergebildet.

Die Kiezoase ist ein großer Komplex mit vielen Nebengebäuden. In dem großen Innenhof weisen viele Schilder zu den einzelnen Gruppenräumen. Vom Kleinkind bis zu Seniorenaktivitäten ist alles untergebracht. Ob Beratungen in allen Lebenslagen, Selbsthilfegruppen für alle Probleme, Kreativangebote und die Mensa, einfach alles unter einem Dach. Informationen konnten von allen Nachbarschaftsheimen mitgenommen werden. Wir konnten nur staunen, was Menschen für Menschen alles auf die Beine stellen.

Ganz besonders erstaunt waren wir über die vielen jungen Leute, die sich in diesen Einrichtungen engagieren und ihre eigenen Ideen einbringen können. Ob Musik, Tanz oder Theater spielen, alles ist möglich. Wir haben die Ergebnisse erleben dürfen. Aber davon etwas später.

Nach den vielen Festreden und Ehrungen waren wir doch recht ermüdet und waren froh, endlich die Beine ein wenig vertreten zu können und Gespräche im kleinen Kreis zu führen. Zurück in unser kleines Hotel. Es war schon nach 23.00 Uhr und Berlin bei Nacht -nein. Heute wird wieder nichts draus.

Am nächsten Morgen hieß es, früh raus den Federn und wieder zum Pestalozzi-Fröbel- Haus. Die Festveranstaltung des Verband für sozial kulturelle Arbeit stand an. Thomas Krüger, der Präsident der Bundeszentrale für politische Bil-

dung und ehemaliger Jugendsenator in Berlin hielt unter dem Thema „Rückblick in die Zukunft“ eine etwa halbstündige engagierte Rede aus dem Stehgreif. Eine Referentin aus Ontario/Kanada (Frau Agnes van t‘Bosch) gab eine längere Übersicht über die geleistete Arbeit der „International Federation of Settlements and Neighbourhood Centres“. Dieser Vortrag dauerte recht lange und war in englischer Sprache. Eine Übersetzung wurde angeboten.

Als das überstanden war, konnten wir in der angeschlossenen Mensa ein Mittagessen einnehmen. (Nudeln, Salat und Gulasch) Christel Kressner, Liesel Altmann und ich hatten Glück und fanden eine Mitarbeiterin, die uns zu unserem nächsten Veranstaltungsort, nach Weißensee brachte. Alleine hätten wir das so schnell nicht gefunden. Unsere beiden Mitreisenden hatten einen anderen Treffpunkt ausgesucht. Weißensee ist ganz weit im Osten. Wir waren sehr gespannt, was uns dort erwarten würde.

Und wir wurden nicht enttäuscht. Schon auf der Fahrt war die Diskrepanz zwischen West und Ost unübersehbar. Wir waren alle drei doch recht bedrückt. Aber als wir in dem dortigen Nachbarschaftstreff ankamen, wurden wir mit einer Herzlichkeit und Offenheit empfangen, so dass unsere Skepsis schnell verflog.

Man zeigte uns ganz stolz einen Teil der Räume. In anderen waren verschiedene Aktivitäten angesagt, die wir nicht stören wollten. Wir nahmen in einer Runde Platz und schon waren wir mittendrin in Gesprächen. Wir lernten, was es heißt sich nachbarschaftlich zu engagieren. Was vor der Wende von oben angeordnet wurde, bekam jetzt einen freiwilligen Charakter. Und mit welchem Schwung und Elan die Leute an die Arbeit gingen, ist zu bewundern. Alle stellten sich und ihre Arbeit vor. Sie erzählten so enthusiastisch und mit so viel Engagement, dass wir doch ein wenig beschämt waren. Was dort auf die Beine gestellt wird ist einfach unglaublich.

Nun sollten wir auch von uns etwas beitragen. Aber was konnten wir schon dagegenhalten. Unser kleiner Pluspunkt war: wir sind ja erst seit zwei Jahren an der Arbeit. Und in dieser Zeit hatten wir doch schon einiges erreicht. Und auf unsere Probleme angesprochen, wurden wir ein wenig mitleidig belächelt. Und trotzdem gaben sie uns Anregungen und Tipps, was wir noch tun könnten und/oder verändern könnten. Das Hauptcredo war eigentlich: Werbung, Werbung und nochmals Werbung. Angebote bringen. Z.B. Kurse anbieten, Kinderarbeit und Senioren aus ihrer Isolation holen. Aber wie? Da konnten sie uns nicht viel helfen. Aber ihre guten Wünsche begleiteten uns auf dem Rückweg. Gebt nicht auf. Bleibt bei der Stange. Ihr werdet sehen, eines Tages habt auch ihr eure Erfolgserlebnisse. Ja, sie hatten recht. Ich glaube, wir werden oft an diese Worte denken. Habt Dank, ihr Leute von Weißensee.

Schon wieder war es dunkel, als wir zum Hotel zurückfuhren und uns mit dem Rest unserer Gruppe trafen. Umziehen und zurück mit der S-Bahn in die UFA-Fabrik.

Eine Festveranstaltung mit dem Motto „50 Jahre quicklebendig“ erwartete uns. Und das war einfach großartig. Hunderte von Menschen drängten durch die Gänge, am Buffet vorbei in den Zuschauerraum. Und hier komme ich noch einmal auf die vielen jungen und alten Akteure zurück. So viel Freude und Spaß haben wir schon lange nicht mehr erlebt. Alle Mitwirkende waren aus den unterschiedlichsten Nachbarschaftsheimen und boten ein fast professionelles Programm. Es wurde viel gelacht, geklatscht und mitgesungen. Alle Anstrengungen des Tages waren vergessen und wir fühlten uns rundherum wohl.

In der Pause konnten wir noch interessante Gespräche führen und haben viel gelernt von Menschen, die sich und anderen Freude bereiten .

Und schon wieder war es fast Mitternacht, rein in die S-Bahn und zurück zum Hotel und noch ein wenig über den Tag geplaudert.

Berlin bei Nacht. Durch die Untergrundschächte der S- und U-Bahn. Berlin bei Nacht. Im Rückblick des Tages, einer so kurzen aber spannenden Zeit, mit so vielen Eindrücken, die noch lange nachwirken, davon bin ich fest überzeugt.

Abendfestveranstaltung in der UFA-Fabrik

50 Jahre -quicklebendig

Die Revue zum Geburtstag des Verbandes für sozial-kulturelle Arbeit

50 Jahre quicklebendig

eine Zeitreise mit musikalischen Appetithappen und kulturellen Leckerbissen aus Eigenproduktionen Berliner Nachbarschaftsheime

unter der Schirmherrschaft der Senatorin für Arbeit, Soziales und Frauen, Frau Gabriele Schöttler

Einlass ab 18.30 Uhr

Buffet ab 19.15 Uhr

Beginn des Kulturprogramms (20 Uhr)

Begrüßung durch Tanja Ries

Eastside Street-Moving: Tanz 50er Jahre (Frei-Zeit-Haus in Weißensee)

Kidöb-Saz-Gruppe: Lied (Kidöb-Frauenladen des Nachbarschaftsheims Schöneberg)

Juxirkus: Melina & Laura, Einrad und Akrobatik (Kiezoase Schöneberg)

Halk Kösesi - Trommelgruppe (Verein Stadtteil-VHS)

Eastside Street-Moving: Tanz 80er Jahre (Frei-Zeit-Haus in Weißensee)

Theater der Erfahrung: Lied - „Mit 66 Jahren“ (Nachbarschaftsheim Schöneberg)

Frau Senatorin Gabriele Schöttler: Ehrung von Freiwilligen

und Ehrenamtlichen aus Berliner Nachbarschaftseinrichtungen.

Taktlos-Formation: aus dem Nachbarschaftshaus Urbanstr

Pause (gegen 21 Uhr)

Leecy: 3 Songs (Frei-Zeit-Haus in Weißensee)

Juxirkus: Sami & Lukas, Jonglage (Kiezoase Schöneberg)

Eastside Street-Moving: Tanz 90er Jahre (Frei-Zeit-Haus in Weißensee)

Ikarus-Theatergruppe: Theatersport (NBH Urbanstr.)

Kifrie Sunshine Show Band (Kifrie-Jugend-Etage / Nachbarschaftsheim Schöneberg)

Finale

Ende (gegen 22.15 Uhr)

Ort: UFA-Fabrik, 12105 Berlin-Tempelhof, Viktoriastr 10-18 (U-Bhf. Ullsteinstr.)

Nachbarn, die uns etwas zu sagen haben

Gabriele Schöttler, Senatorin für Arbeit, Soziales und Frauen

Liebe Tagungsteilnehmer, liebe Mitwirkende, liebe Gäste!

Sie feiern heute den 50. Geburtstag des Verbandes für sozial-kulturelle Arbeit, des bundesweiten Dach- und Fachverbandes der Nachbarschaftshäuser. Ich freue mich, Ihnen zu diesem Anlass herzliche Grüße des Berliner Senats überbringen zu können.

Die meisten Ihrer Einrichtungen sind nicht in Zeiten des Überschusses und des Wohlstandes, sondern in Zeiten des Mangels und der Krisen entstanden.

Ich wünsche Ihnen, dass Ihnen das hilft, in diesen Zeiten, die insbesondere für unsere Stadt erhebliche Schwierigkeiten mit sich bringen, Mut und Ausdauer zu bewahren und das Richtige zu tun.

Wir werden auch die Krise, in der sich unsere Stadt derzeit befindet, bewältigen, wenn wir uns alle gemeinsam als Bürger verhalten, die nicht darauf warten, dass ein höheres Wesen sie rettet. Wer mit anpackt, erwirbt sich damit in besonderer Weise das Recht, darüber praktisch mit zu entscheiden, wie die Zukunft unseres Gemeinwesens aussehen wird. Unsere Demokratie braucht ein Fundament aktiv mitwirkender Bürger.

Es ist gut, dass es in der Bundesrepublik Deutschland Nachbarschaftshäuser gibt, die von ihren ersten Anfängen bis heute diesem Gedanken verpflichtet sind. Aber was wären solche Institutionen ohne die Menschen, die sie nutzen, die die gebotene Chance ergreifen, aus freien Stücken etwas für sich und andere zu tun und die Situation in ihrem Lebensumfeld zu verbessern.

Es sind Menschen wie Du und Ich und es sind zugleich besonders beeindruckende Menschen - mit den unterschiedlichsten Biographien und Hintergründen und mit den unterschiedlichsten Motivationen.

Das Internationale Jahr der Freiwilligen, das in zwei Wochen zu Ende geht, hat eine breite Öffentlichkeit auf diese Menschen aufmerksam gemacht; in vielen Festreden wurden sie gewürdigt: in vielen wissenschaftlichen Untersuchungen statistisch durchleuchtet.

Der Verband für sozial-kulturelle Arbeit versucht uns auf etwas andere Weise an das Thema heranzuführen. Er stellt uns in einer Broschüre, deren erste Exemplare heute vorliegen, exemplarisch neun Menschen in ausführlichen Portraits vor, die in Nachbarschaftseinrichtungen freiwillig und/oder ehrenamtlich tätig sind.

Ich kann Ihnen die Lektüre nur wärmstens empfehlen und Ihnen versichern: Sie werden wie ich den Wunsch haben, diese Menschen auch persönlich kennenzulernen.

Ich freue mich, dass ich mir und uns diesen Wunsch heute erfüllen kann. Sie sind nämlich hier unter uns und ich werde sie gleich auf die Bühne bitten, um jedem von ihnen eine der Broschüren zu überreichen, in denen über Sie alle gemeinsam berichtet wird.

Mir ist gesagt worden, dass Sie sich nachher in Listen eintragen können, wenn Sie ein Exemplar des Büchleins bestellen wollen, das nach dem modernen „Print on Demand"-Verfahren immer in so vielen Exemplaren ausgedruckt wird, wie Bestellungen vorliegen. Sie können sich aber ab sofort die Publikation auch aus dem Internet herunterladen. Unter www.stadtteilzentren.de ist sie seit heute über dieses Medium abrufbar.

Welche und was für Menschen werden Sie kennenlernen? Einige Appetithäppchen:

- z.B. die 21jährige Yvonne-Melanie Wolfgram aus der Alten Feuerwache in Kreuzberg, die sagt:

„Man muss sich selbst bemühen, um in dieser Welt glücklich zu sein. Man kann sich nicht einfach mit den Händen im Schoß hinsetzen und warten, dass man alles auf einem goldenen Tablett serviert bekommt."

- z.B. die 38jährige Karen Baumgardt aus der Kiez-Oase in Schöneberg, die „auf keinen Fall eine tatenlose Jammerliese" sein möchte, die sich einmischen und Veränderungen bewirken will und über sich selbst sagt: „Mich hinzustellen und nur zugucken, das ist nicht meine Art (...) Zu erleben, dass man seine Kraft sinnvoll einsetzen kann, finde ich für Menschen ungeheuer wichtig. Weil dadurch gan ungeahnte neue Kräfte wachsen."

- z.B. den 55 jährigen Wolfgang Buckow aus dem Nachbarschaftshaus Urbanstr. in Kreuzberg, der sich für die Verbesserung des Zusammenlebens der Generationen in seinem Stadtteil einsetzt. Dabei gibt er offen zu, dass er damit durchaus eigennützige Ziele verfolgt, denn: „Ich möchte in dieser Gegend auch noch im Alter leben, und deshalb würde ich gern eine stärkere Entwicklung von Stadtkultur erreichen, in der Jung und Alt besser zusammen leben können."

- z.B. die 70jährige Gisela Jünger aus Weißensee, die von sich sagt: „Ich bin viel zu oft hier im Haus. Ich müsste mich ein bisschen mehr zurücknehmen, etwas weniger tun, denn wenn man älter wird, geht alles langsamer, man braucht für alles mehr Zeit, und ich habe ja auch noch andere Interessen. Das muss ich mir neu arrangieren - aber was tun, wenn es doch Freude bereitet?"

- z.B. des Ehepaar Erden aus Kreuzberg, beide in den Vierzigern, das im „Familiengarten" seine zweite Heimat gefunden hat und sich in einer Weise engagiert, die manche Freunde und Bekannte für befremdlich halten: „Viele Leute denken so. Die sagen: komm, lass das sein, was machst du da, das ist nicht dein Haus." Aber Kibas und Erdogan bleiben, wenn etwas zu tun ist, mit einer klaren Haltung: „Ich gucke z.B.

nie auf die Uhr, sondern ich bleibe, bis alles getan und in Ordnung ist."

- z.B. die 61jährige Waltraud Bürger aus der Schöneberger Kiezoase, die sich kürzlich einen ‚von diesen modernen Alu-Rollern' zugelegt hat, um in Bewegung zu bleiben und nicht einzurosten. Waltraud Bürger meint, eigentlich könne jeder sich einmischen und Verantwortung für andere übernehmen, aber, sagt sie, „viele gehen eben lieber den bequemen Weg. Und bequem ist mein Leben nicht. Aber ein bequemes Leben macht auch schnell alt, und deswegen habe ich diesen Weg gewählt."

- z.B. den 50jährigen Peter von Schlieben-Troschke aus dem Mittelhof in Zehlendorf, den es schon seit seiner Jugend bei den Pfadfindern gereizt hat, „schwierige Situationen zu meistern und sich durchzubeißen" und der vor Jahren einer der Anführer einer Rebellion der Ehrenamtlichen gegen die Hauptamtlichen im Nachbarschaftsheim war und der über seine ehrenamtliche Tätigkeit sagt: „Es ist eine gelernte Haltung, ein Wertemuster (...) Das ist nicht altruistisch. Es ist ein bestimmtes Klima, das ich zielsicher gesucht und dann auch mit geschaffen habe."

- und schließlich den 19jährigen Stefan Gransow vom Kiek-In aus Marzahn, der über sich sagt: „Einfach nur dasitzen und nichts tun, das gefällt mir nicht. Ich bin eigentlich so: eine Aufgabe stellen - und die dann lösen."

Alle Genannten bitte ich, jetzt auf die Bühne zu kommen, damit ich ihnen die Broschüre geben kann. Sie werden etwas Anregendes und Ermutigendes zu lesen bekommen. Ich danke Ihnen für das Beispiel, das Sie uns geben und wünsche Ihnen uns allen, dass Sie mit Ihrem Engagement und Ihrer Tatkraft den Nachbarschaftshäusern treu bleiben.

Podiumsdiskussion:

„Soziale Stadtentwicklung - Sonderprogramm oder Strukturaufgabe"

Unter der Leitung von Eberhard Seidel (TAZ) diskutieren

Heinz Altena (altena consult, Duisburg)

Ellis Huber (Securvita BKK)

Rolf-Peter Löhr (Deutsches Institut für Urbanistik)

Prof. Claudius Ohder (Fachhochschule für Recht und Verwaltung)

Rainer Schwarz (SPI, Projektmanager E&C)

Karin Grunwald (KiekIn, Bürgerjury Marzahn-Nord)

Herbert Scherer (Verband für sozial-kulturelle Arbeit)

und die Teilnehmer/innen

Moderator (Seidel):

Die heutige Fachdiskussion findet im Rahmen des 50jährigen Jubiläums des Verbandes deutscher Nachbarschaftsheime, heute Verband für sozial-kulturelle Arbeit, statt. Vor 50 Jahren stand im Zentrum der Arbeit, der Ansatz, Hilfe zur Selbsthilfe zu initiieren und demokratische Bildungs- und Erziehungsprozesse in den Städten nach 1945 zu fördern. Diese Aufgaben sind auch heute noch sehr wichtig. Aber in den vergangenen fünf Jahrzehnten hat sich die Stadt - und das gilt nicht nur für Berlin - grundlegend verändert. Um nur ein paar wichtige Veränderungen in Stichworten zu nennen: Die Arbeitswelt ist flexibler geworden, die Individualisierung und Globalisierung von Lebenswelten und Sozialmilieus schreitet unaufhörlich voran, wir haben es mit dem Verlust der Bedeutung der Familie zu tun und ein kleines bisschen ist auch die Kirche betroffen. Sie hat nicht mehr dieselbe Bedeutung wie möglicherweise noch in den 60er Jahren oder auch den frühen 70er Jahren. Darüber hinaus haben wir es heute, aufgrund der Einwanderung in den letzten Jahrzehnten, mit einer sehr heterogenen Bewohnerschaft in den Städten zu tun. Und seit Jahren beschäftigen uns die Fragen im Zusammenhang von Stadtentwicklung und sozialer Stadt: Was hält unser Gemeinwesen zusammen, was hält unsere Gesellschaft noch zusammen? Es gibt also sehr viele Fliehkräfte, die drohen, die Gesellschaft auseinander zu reißen. Auch steht die Frage im Raum, ob die Gesellschaft droht, an der hohen Arbeitslosigkeit, an sozialen und ethnischen Konflikten auseinander zu brechen. Weiter beschäftigt uns die Frage, wie verarbeitet die Stadt, vor allem die Menschen in der Stadt, den raschen und tiefgreifenden Wandel der letzten Jahre bzw. Jahrzehnte.

Und schließlich die letzte Frage, die uns vor allem heute hier beschäftigen sollte, wie kann Politik und Sozialarbeit diesen Prozess, den ich kurz angerissen habe, angemessen begleiten und mit dazu beitragen, dass die Bürger Akteure der städtischen Öffentlichkeit und des städtischen Lebens bleiben können?

Herr Altena ich habe drei Fragen an Sie: Was ist der Grundgedanke des Programms „Soziale Stadt", wie ist dieses Programm zustande gekommen und ist dieses Programm ein Misstrauensvotum gegen die Nachbarschaftsheime, die möglicherweise zu unflexibel in der Vergangenheit auf die Fragestellungen, die ich eingangs genannt habe, reagiert haben?

Altena:

Ich möchte die Fragen ein bisschen umstellen. Ich fange an mit der Geschichte der sozialen Stadt, um dann zu Zielsetzungen und Aufgabenstellungen zu kommen. Ich werde mich dann bemühen, zu der Frage 3 eine Antwort zu geben. Ich komme aus Duisburg, das liegt, wie Sie wissen, in Nordrhein-Westfalen, und mit ein wenig Stolz möchte ich auf

unser Land schauen, weil wir uns sozusagen mit zu den Entwicklungshelfern dieses Bundesprogramms zählen können. Und noch stolzer bin ich natürlich darauf, dass, bevor es 1993/94 dieses Nordrhein-Westfalen-Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ gab, in meinem Wohngebiet im Duisburger Stadtteil Bruckhausen im Sinne dieses dann später formulierten Programms und deren Philosophie gearbeitet worden ist. Es hat dann in Nordrhein-Westfalen 3 bis 4 Jahre gebraucht, bis das Programm Landesprogramm wurde mit den formalen städtebaulichen Bedingungen unter den sich Komunen an diesem Programm beteiligen können. Es ist dann 5-6 Jahre später dem Regierungswechsel zu Rot-Grün geschuldet, dass dieses Programm mit seinen Vorläufern nicht nur in Nordrhein-Westfalen sondern auch in Hessen und Hamburg, zum Bundesprogramm mit dem Titel: „Stadtteile mit besonderen Entwicklungsbedarf - Die soziale Stadt“ wurde.

Was ist eigentlich in den letzten Jahren in den Städten passiert? Es ist undurchsichtiger geworden, es haben aufgrund von Armutsentwicklungen, aufgrund von Arbeitslosigkeit, aufgrund von Einwanderung, Irritationsprozesse stattgefunden - und die Politik hat spät, aber sie hat, mit einem Programm reagiert, das sich gelöst hat von den sektoralen Betrachtungen des Menschen, dem Menschen als alter Mensch, als junger Mensch, als armer Mensch, als kranker Mensch. Es betrachtet statt dessen den Lebensraum des Menschen und seine vielfältigen Bezüge, seine Schwächen, aber auch seine Stärken. Ziel dieses Programms ist es eigentlich, zu einer Aufwertung von Stadtteilen zu kommen, wenn nicht Aufwertung, dann mindestens zum Stoppen einer Abwärtsentwicklung. Dieses soll durch Bündelung auf drei Ebenen passieren. D.h. dreimal werden unterschiedliche Dimensionen nicht mehr separat, sondern gemeinsam betrachtet.

Erstens die Ebene der Finanzierung: Es ist gesagt worden, dass die Probleme, die in den Städten aufgetaucht sind, über eine Programmatik, über einen Geldgeber so nicht mehr zu bewältigen sind, sondern es kann eine Impulsfinanzierung sein, es kann eine Impulsverantwortung sein und die Akteure sind gehalten, Mittel aus unterschiedlichen Quellen zu akquirieren. Das heißt, die Finanzierung sollte sich aus Mitteln des Bundes, der Länder und der Kommune zusammensetzen. Darüber hinaus, wenn es erforderlich erscheint, auch EU-Mittel, aber natürlich auch private Investitionen sind angesprochen worden.

Die zweite Ebene der Integration ist die der Akteure. Es kann nicht sein, dass die Kommune dieses Programm allein vertritt, sondern man sollte gehalten sein, so steht es jedenfalls in der Vorstellung, in der Philosophie des Bundesprogramms, sich der Akteure vor Ort zu bedienen, sie in die Lage zu versetzen, die Dinge in die Hand zu nehmen, die Arbeit zu vernetzen und damit auch zusätzlich Synergien zu schaffen.

Und die dritte Ebene ist die, dass man versucht, die Maßnahmen und Projekte, die ja ausschließlich im städtebaulichen Bereich als investive Mittel in die Stadt fließen, als Projekte zu formulieren. D.h. wenn man 8 Handlungsfelder formuliert, in denen man tätig werden will, Umwelt, Städtebau, Wohnen, Verkehr, Migrationsarbeit, soziales Wohnen usw, sollen die konkreten Projekte und Maßnahmen so geplant und umgesetzt werden, dass sie möglichst viele Effekte auf vielen Handlungsfeldern erzeugen. Also diese drei Ebenen der Integration sind die wichtigsten Bestandteile des Programms.

Ein weiteres Kennzeichen des Handlungsprogramms ist die Beteiligungsebene. Es geht darum, dass dieses Programm nicht nur von oben verordnet, geplant und gemacht wird, sondern die Dinge, die vor Ort bekannt sind, die vor Ort schwierig sind, sollen durch die Akteure, die Bürger, die in den Stadtteilen wohnen, selbst entwickelt werden.

Die sollen beteiligt werden bei der Planung und sie sollen die Entwicklung auch nach dem formalen Ende, nach ungefähr 10 Jahren, weitertragen können. Damit ist also auch eine Nachhaltigkeit in der Kommune, in den Stadtteilen angesprochen, d.h. es gibt nichts unbedingt Neues an Strukturen, dass also Strukturen und neues Personal in die Stadtteile kommen, sondern es soll gesehen werden, dass dabei eben die Bewohner vor Ort in die Lage versetzt werden, ihren Stadtteil dem Kontext der Stadt anzugleichen.

Ich komme gleich zum letzten Punkt: Warum ist diese Entwicklung anscheinend an den sozialarbeiterischen Ansätzen, an den Ansätzen der Gemeinwesenarbeit, der stadtteilorientierten Sozialarbeit, der Nachbarschaftsarbeit vorbei gegangen? Es ist ein städtebauliches Programm. Es ist kein Programm aus dem Bereich der Sozialpolitik. Es ist ein investives Programm, d.h. es werden das Stadtteilmanagement, die sozialen, die Jugend- und Kulturprojekte usw. im Rahmen der sogenannten „technischen Hilfen“ unterstützt. Man bewegt sich im Stadtteilmanagement teilweise in Grauzonen, was die Fördermodalitäten angeht. Es ist ein investives Programm, es ist kein soziales Programm, nichtsdestotrotz ist dieses Programm durchsetzungsstärker gewesen als alle Versuche aus der sozialarbeiterischen Bewegung oder aus der Sozialpolitik. Trotz eines gleichen Focus, eines gleichen Ansatzes, nämlich Vernetzung, sozialräumlicher Bezug, Beteiligung usw. Alle diese Ansätze haben nicht solche Furore gemacht, wie jetzt dieses Programm der „Sozialen Stadt“. Warum? Weil das Programm der „Sozialen Stadt“. von oben und von der Seite eingesetzt wurde und starke Verbündete hatte. Ende der 80er Jahre veröffentlichten die Wohnungsgesellschaften mit dem Titel: „Überforderte Nachbarschaften“ ihren Beitrag zu dieser Debatte, also eine starke Lobby, die sich für dieses Programm eingesetzt hat. Die Verbände auf der kommunalen Ebene, die die Geschäftsleute vertreten haben, haben erst nach einer gewissen Skepsis erkannt, dass dieses Programm auch für sie nützlich sein würde. Ein Kollege, der sich erst zögerlich an dem Programm beteiligte, weil er eine Stigmatisierung seines Stadtteils befürchtete, also einen armen Stadtteil will niemand in seiner Stadt haben, erkannte sehr bald, dass wenn man es richtig darzustellen vermag, ein Stadtteilentwicklungsbedarf im eigenen Stadtteil nicht unbedingt imageschädigend ist und das Geld nimmt man auch gerne mit.

Und das Wichtigstes ist vielleicht, dass das Ministerium oder die Politik städtebaulich immer schon ein besseres Image hatte, eine bessere Durchsetzungsfähigkeit als die Sozialpolitik. So , und in diesem Kontext ist zu verstehen, warum die Nachbarschaftsheime niemals die Chance hatten, so eine Bewegung zu initiieren. Inwieweit sie in den letzten 5 Jahren es allerdings versäumt haben, auf diesen Zug, der sich sozusagen auch ein Stückchen verselbständigt hat, aufzuspringen, das müssen wir in der weiteren Diskussion noch sehen.

Moderator:

Ich denke diese Diskussion, also die Gegenüberstellung von Städtebauprogramm und sozialer Arbeit in der ja die Nachbarschaftsheime angesiedelt sind, wird uns heute noch öfter begegnen.

Herr Huber, auch an Sie drei Fragen erst einmal: Wie fühlt man sich als Gesundheitspolitiker unter so vielen Sozialklempnern? (Unruhe und Gelächter im Saal)

Wo sehen Sie Ihre Rolle in der Diskussion um soziale Stadtentwicklung und wie schätzen Sie, quasi als Außenstehender, das Spannungsverhältnis ein, das Herr Altena eben angesprochen hat?

Huber:

Ich fühle mich gut in dieser Runde, weil hier die Gesundheitsarbeiter der Zukunft sitzen. Wissen Sie, welcher Faktor am stärksten korreliert mit der durchschnittlichen Lebenserwartung von Menschen? Das ist der „broken - windows-Faktor“. Die Zahl der zerbrochenen Fensterscheiben in einem Stadtteil korreliert so exakt mit der durchschnittlichen Lebenserwartung der Einwohnerschaft, dass ein guter Arzt die Gesundheit eines Gemeinwesens daran messen kann. Wir sind am Übergang von der Industrie- zur Informationsgesellschaft und die heutige Medizin ist ein Kind der Industriegesellschaft. Der Herzinfarkt wird betrachtet als Pumpendefekt mit verstopften Röhren. Die Medizin des Kommunikationszeitalters wird den Herzinfarkt dagegen verstehen als Beziehungsstörung zwischen Herzmuskelzelle und Hormonsystem oder Individuum und sozialem Raum. Das ist ganz real. Ein Mann und eine Frau, die in Brandenburg leben, haben ein mehr als 2, 5fach höheres Risiko, an Herzinfarkt zu sterben, als ein Mann oder eine Frau in Hessen oder Hamburg. Und alle medizinischen Technologien, die wir einsetzen können im Krieg gegen Pumpendefekte oder verstopfte Röhren, sind nicht in der Lage, diesen Unterschied aufzuheben. Es ist also offensichtlich der soziale Raum, der wesentlich Menschen in den Herzinfarkt treibt und eigentlich weiß das die Medizin heute. Die Spannung des sozialen Bindegewebes ist entscheidend für den allgemeinen, individuellen sozialen Gesundheitszustand und die Reanimation des Sozialen als Heilkunst des Informationszeitalters zu entwickeln, steht als Aufgabe vor uns.

Die Morde und der Terror in New York und Washington haben weltweit dem Menschen sinnlich erfahrbar gemacht, dass wir verletzlich sind, dass modernste Technologie uns vor so etwas nicht bewahren kann und dass wir eine neue Form des Verstehens und Lebens miteinander benötigen. Deswegen können Sie die Mediziner aufspalten in einen technologischen Zweig, wo Bioingenieure und Gentechnologen versuchen, Defekte zu reparieren, und in einen psychosozialen Zweig, wo man die individuelle und soziale Gesundheit miteinander vernetzt und Medizin vornehmlich versteht als Gemeinwesenarbeit, als individuelle Beziehungsstärkung. Gesundheit ist Autonomie von Menschen, trotz eines körperlichen, seelischen oder sozialen Handicaps. Die Medizin der Zukunft, die den psychosozialen Bereich animiert, wird interdiziplinär Ärzte und Sozialpädagogen, auch Biologen zusammenführen. Das Gesundheitssystem ist so etwas wie das verbindende Medium in den modernen Gesellschaften, das die Bindungskraft von Parteien, von Ideologien und Religionen übersteigt. Es ist das Klima, dass globale Werte überall vergleichbar empfunden werden, das sich mit lokalem Handeln exzellent verknüpfen lässt. Wir investieren in Deutschland gegenwärtig 600 Milliarden Mark in die Gesundheitspflege. Das ist viel Geld. Das ist der größte Beschäftigungssektor. Medizin als Kommunikationsperspektive gesehen, führt dazu, dass wir mehr Arbeitsplätze schaffen können, dass wir mehr Dienstleistungsmöglichkeiten in diesem Bereich eröffnen. Notwendig dafür ist nur, dass der Dreiklang zwischen Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft das Gesundheitsversorgungssystem einer Gesellschaft als Teil der zivilgesellschaftlichen Kultur und nicht als Teil der kapitalistischen Wirtschaft sieht, dass wir die Orientierung an sozialen Werten wichtiger nehmen als die Orientierung an individuellen Geldformierungen und dass wir diese kleinteilige Unvernunft verlassen zugunsten einer systemischen vernetzenden Sichtweise der Zusammenhänge. Und vor diesem Hintergrund erwarte ich eine aufwühlende Kultur der gesundheitsförderlichen Gemeinwesenarbeit.

Moderator:

Vielen Dank! Herr Ohder vor 10 Jahren schien es so, dass die Stadt von einer Welle der Jugendgewalt überschwemmt wird. Die Befürchtungen sind offensichtlich nicht eingetreten, aber die Aufregung darüber hat so manche Diskussion aber auch so manches Programm - auch das der „Sozialen Stadt“ - beflügelt.

Meine Frage an Sie jetzt: Dass diese Befürchtungen nicht eingetreten sind, war das ein Erfolg sozialer Arbeit, wenn ja, welche Ansätze waren in dieser Frage besonders erfolgreich. In den letzten 10 Jahren ist ja einiges an pädagogischen Ansätzen und Methoden in dieser Stadt ausprobiert worden?

Ohder:

Die Negativprognosen, die wir zu Beginn der 90-er Jahre hatten, ohnmächtig vor einer Riesenwelle von Gewaltkriminalität, organisiertem Verbrechen und Netzstrukturkriminalität zu stehen, haben sich nicht bewahrheitet. Es gibt einen relativ kleinen Bereich von professioneller Kriminalität, die gewinnorientiert und strategisch durchgeführt wird und nach wie vor einen recht großen Bereich von Alltagskriminalität, die sicherlich darauf zurückzuführen ist, dass an vielen Stellen die Bindung, die Anbindung, die Integration an den gesellschaftlichen Mainstream latent aufgelockert oder in Frage gestellt ist. Immer dort wo die Kohäsion, die Anbindung brüchig wird, kommt

es zu einer Zunahme an Alltagskriminalität. Das sind keine Delikte, die die Substanz der Gesellschaft in Frage stellen. Sicherlich werden sie zunehmend als Lästigkeiten registriert. Allerdings können sie das subjektive Lebensgefühl so beeinflussen, dass es nicht nur gesundheitliche Beeinträchtigungen nach sich zieht (broken windows), sondern auch dazu führt, dass viele, die es sich leisten können den belasteten Stadtteil verlassen.

Die Antwort, warum sich die negativen Prognosen nicht bewahrheitet haben, liegt zum einen darin begründet, dass Berlin nicht mehr der Ort mit der herausragenden Tatstrukturgelegenheit ist. D.h. wir haben im Umfeld von Berlin mittlerweile Städte mit einer kommerziellen Infrastruktur, kommerziellen Freizeiteinrichtungen usw. Wir haben darüber hinaus demografische Veränderungen. Die Anzahl der Jugendlichen und Kinder ist zurückgegangen, mit einem gleichzeitigen Anstieg der über 45jährigen, demnächst der über 60jährigen. Und der 3. Effekt, der eingetreten ist, ist der, dass sich schlichtweg die Mehrzahl der Bewohner in den Verhältnissen besser zurechtfindet, als das vor 10 Jahren der Fall war. Das soll nicht heißen, dass alle Kohäsions- und Desintegrationsrisiken beseitigt sind. Aber man hat sich daran gewöhnt und geht mit den Strukturen relativ problemlos um

Moderator:

Gestatten Sie eine Nachfrage, ich fragte eingangs ja auch, inwieweit Praxisansätze aus der Jugendarbeit sich hier bewährt haben?

Ohder:

Es liegen eher Erfahrungen vor, wie etwas nicht funktioniert. So ist eine sehr späte Intervention, bei aktiven Jugendgruppen, die massiv gewalttätig sind, etwa durch die Konzentration von Sozialarbeitern auf diese Gruppen sehr problematisch. Es tritt folgender Effekt auf, der oft genug beobachtet worden ist, wenn diese Gruppen dann ihren Sozialarbeiter haben, dass das normverletzende Verhalten verstärkt wurde, sie also negativ bestätigt wurden. Was funktioniert, zumindest im Ansatz ist das Ausformen von längerfristig angelegten Angeboten der Integration. Aber man muss auch junge Leute fit machen für die Partizipation, die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Prozess und das führt natürlich auch zur Beruhigung. Es gibt eine Vielzahl von Studien, die untersuchen was in puncto „Rückfallgeschwindigkeit“ und „Rückfallschärfe“ effektiv ist, und alle, die ich kenne, belegen eindeutig, dass beispielsweise soziale Trainingskurse, Arbeitsangebote, Freizeitangebote wesentlich wirksamer sind als nackte Sanktion.

Moderator:

Herr Löhr, Sie sind für die Implementierung des Quartiersmanagements verantwortlich, andererseits werden sie aufgefordert die folgenden Fragen kritisch zu reflektieren. Das ist vielleicht eine heikle Situation? Trotzdem meine erste Frage:

Ist das Stadtteil-, das Quartiersmangement die Zauberformel gegen den Zerfall städtischer Öffentlichkeit, die Sie ja auch in die Problemanalyse als Bestandsaufnahme hineingenommen haben?

Wo sind die Möglichkeiten, wo sind die Grenzen?

Und zweitens: Ist es, wie versprochen, gelungen, mit diesem Instrumentarium den Rahmen für nachhaltige soziale und ökonomische Prozesse im Stadtteil zu schaffen?

Löhr:

Gleich eine Präzisierung. Wir sind nicht verantwortlich für die Implementierung des Quartiersmangement sondern dafür, das dieses Programm „Soziale Stadt“ bundesweit Eingang findet in kommunalpolitisches Handeln. Das Programm, das hat Herr Altena ja schon gesagt, ist nicht etwas, was die Bundesregierung sich ausgedacht hat. Auch die alte Bundesregierung hatte schon angefangen zu forschen, wie so ein Programm aussehen müsste.

Es ist erstens kein Programm, es ist ein Bestandteil der Städtebauförderung. Es ist nicht auf eine zeitliche begrenzte Frist angelegt, sondern es hält sozusagen solange, wie das notwendig ist. Städtebauförderung gibt es seit 1971 und die Probleme sind seit 1971 nicht in allen Fällen gelöst. Aus allen Fraktionen gibt es Signale, dass dieses Programm erst einmal auf unabsehbare Zeit fortgesetzt wird. Der Mittelrahmen hat im ersten Jahr bei 100 Millionen Mark gelegen, mittlerweile sind es 150 Millionen, und auch im nächsten Haushalt- wird dieser Ansatz - trotz der Haushaltsprobleme fortgeführt. Alle Fraktionen sind der Auffassung, dass es ein gut angelegtes Geld ist. Und die 150 Millionen sind ja nicht der Gesamtrahmen, sondern es ist der Anteil des Bundes. Die Städtebauförderung ist im Prinzip primär die Aufgabe der Länder, d.h. die Länder müssen einen Teil, zwei Drittel dieses Betrages hinzufügen, was noch einmal die Summe von 300 Millionen DM ausmacht. Das teilen sich normalerweise zu jeweils einem Drittel der Bund, die Länder und die Kommunen d.h. es stehen pro Jahr für diese Aufgabe 450 Millionen zur Verfügung. Weswegen ich meine, warum das Programm so erfolgreich ist, ist dass es eben kein Programm ist, das auf sich selbst beschränkt ist wie andere Programme, einen sektoralen sondern einen integrierten Ansatz verfolgt. Und dabei nutzt es Bestrebungen, die es in vielen anderen Bereichen auch gibt. Denn überall sehen wir, dass das, was über 50 Jahre in Ost und West erfolgreich war, auch durch Professionalisierung und Spezialisierung in verschiedenen Sektoren heute nicht hinreichend ist, sondern dass man heute einen breiteren Ansatz wählen muss, der wegeht von einer nur zielgruppenorientierten Betrachtung hin zu einer sozialraumorientierten Betrachtung. Die Diskussion wird auch im Gesundheitsbereich geführt. Gesundheitsförderung ist ein ganz zentrales Element. In der Jugendhilfe wird Sozialraumorientierung schon seit 10 Jahren diskutiert, wenig umgesetzt, in letzter Zeit jedoch wieder stärker betont. Das Programm E & C (Entwicklung & Chancen) bezieht sich ja genau darauf, Sozialraumorientierung stärker in die Praxis umzusetzen. Also beispielsweise in der Kriminalprävention nicht ein Mehr an Repression durchzusetzen, sondern zu den Jugendlichen in den Sozialraum zu gehen, der anders gestaltet werden muss. Es gibt eine Bereitschaft in vielen anderen Bereichen, sich ähnlich zu bewegen wie bei der

sozialen Stadt. In Berlin findet z.B. in einer Woche ein Kongress unter dem Motto :"Armut und Gesundheit" statt, auf dem zum ersten Mal ein Bau-Staatssekretär auftreten wird. Dieses über den Tellerrand schauen ist das, was das Programm anstößt, weswegen es spannend ist und weshalb es Spaß macht mitzumachen.

Quartiersmanagement ist keine Zauberformel, sondern das Quartiersmanagement ist ein Element, was von dem Programm vorgeschlagen wird, je nachdem, je nach Bedarf, je nach Lage, was in der Stadt oder in dem Ort notwendig ist. Es gibt kein einheitliches Muster, was überall anzuwenden ist, aber das Quartiersmanagement hat aus unserer Sicht eine dreifache Funktion. Deswegen ist es mehr als nur eine Sozialarbeit in der Gemeinwesenarbeit. Ich spreche von der untersten vielleicht auch wichtigsten Ebene in diesem Programm. Da muss jemand sein, der sich um die Menschen vor Ort kümmert, der ihnen Aufmerksamkeit schenkt. Die Soziologen sagen z.T. über die Angehörigen dieser Gruppe, sie seien überflüssig, sie würden nicht gebraucht, selbst nicht einmal für die Ausbeutung, nicht einmal als Reservearmee. Die stören eigentlich nur. An diesem Punkt ist jeder alleine völlig überfordert. Das können wir nur, wenn wir alle zusammen arbeiten. Auch in den verschiedenen Bereichen. Aber ich denke, das ist aber etwas, was noch nicht alle begriffen haben. Da gibt es die Städtebauer, die denken, Mensch, das ist unser Programm, wir haben das Geld und wir wissen, wo es langgeht. Das ist eine Erfahrung, die ist leider noch viel zu oft in verschiedenen Städten anzutreffen, sie fördert überhaupt nicht die Zusammenarbeit und macht Quartiersmanagement zu einer ganz heißen Kartoffel, weil zum Teil da städtische Angestellte in die Gebiete gehen und sagen: So, wir zeigen euch jetzt mal, wo es langgeht. Ohne Rücksicht zu nehmen auf das, was in den Gebieten schon seit Jahrzehnten passiert ist. Es handelt sich zwar um Gebiete, die von der Ökonomie vernachlässigt oder vergessen worden sind, aber nicht von der Sozialarbeit und nicht von der Jugendhilfe. Die allerdings hat es wegen ihres sektoralen Ansatz nicht geschafft, die Potentiale in den Gebieten zu aktivieren, die zu einer nachhaltigen selbsttragenden Entwicklung befähigen.

Das Quartiersmanagement besteht aus unserer Sicht aus drei Ebenen. Das ist einmal die Aktivierung der Bürger, also eine Aktivierung orientiert an den Interessen im Stadtteil. Das ist die Grundphilosophie dieses Programms „Soziale Stadt" Die Interessen, die die Stadtteilbewohner haben sind: ordentlich wohnen und arbeiten. Und alles andere hängt davon ab. Deswegen ist der Ansatz des Programms, etwas zu tun für das Wohnen, also das, was unmittelbar jeder selber kann, aber wozu es die Kooperation der Großunternehmen, die Mitarbeit und Mitwirkung der Wirtschaft braucht. Aus meiner Sicht macht es keinen Sinn, wenn Arbeitsförderung über den 2. Arbeitsmarkt und über staatliche Programme läuft, das kann der überforderte Staat nicht, bei dem schon viel früher die Überforderung diagnostiziert wurde, als bei den Nachbarschaften. Der Staat hat Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre erkannt, dass er in der Vergangenheit immer mehr Aufgaben an sich gezogen hat und damit bei den Bürgern zum einen ein enormes Anspruchsdenken geschaffen und zugleich auch die Fähigkeit und Bereitschaft, selber mit den Problemen umzugehen, kaputt gemacht hat. Dadurch sind viele Netzwerke zerstört worden. Den Bürger nicht als Objekt staatlicher Bevormundung zu betrachten, sondern als Subjekt sozial zu befähigen, dazu braucht es auch Geld. Das ist die nächste Ebene, die Geldbeschaffung. Das kann kein Gemeinwesenarbeiter schaffen, schon aus zeitlichen Gründen. Bürger sollen selber entscheiden, was in den Stadtteilen passiert und wofür Geld ausgegeben wird. Das kann man mit Verfügungsfonds bewerkstelligen, also mit freiem Geld, ohne jemanden darüber fragen zu müssen, wie das Geld in diesem Gebiet ausgegeben werden muss. Die Höhe ist unterschiedlich, in Nordrhein-Westfalen gibt es 50 - 200 000 Mark, Berlin versucht es mit einer Million Mark pro Quartiersmanagement, was ich - wenn ich ehrlich sein soll- zu hoch finde.

Moderator:

Geld ist wichtig, 450 Mill. Mark stehen zur Verfügung. Geld ist aber nicht alles. Sind Sie in Bezug auf die Vorstellungen, die Sie entwickelt haben, beim Quartiersmanagement, bei der Stadtentwicklung auch in der Lage, diese umzusetzen? Da kann auch viel Geld in den Sand gesetzt werden - wie sieht es denn da aus auf dieser ganzen personell-qualitativen Ebene?

Löhr:

Da gibt es ganz unterschiedliche Erfahrungen, das ist eben die Frage. Das ist ein langer Weg bis zur erfolgreichen Umsetzung der Vorstellungen, die in diesem Programm definiert sind. Eingefahrene Verwaltungs- Verhaltens- und Denkstrukturen müsssen sich verändern. Wer denkt, Quartiersmanagement könne man mit einer halben Stelle oder einer BAT Vc-Stelle machen, der wird schnell feststellen, dass das nicht funktionieren kann. Dann wird es wieder nur darum gehen, Geld auszugeben, das typische klassische Städtebauprogramm ablaufen zu lassen. Ein Programm, was es also schon gibt, was sich um die Häuser und Straßen kümmert und nicht um die Menschen und ihre Probleme, ihre Hoffnungen und ihre Möglichkeiten. Es ist also eine Frage der politischen Entscheidung und des politischen Wollens. Will ich mich wirklich auf diesen Weg begeben oder will ich es nicht tun. Und das ist eine Frage, die hängt sehr stark vom jeweiligen Oberbürgermeister bzw. vom Land ab. Und da ist eben das Land Nordrhein-Westfalen eines, das sehr stark diese Bewegung stützt und fördert. Berlin tut das ja seit geraumer Zeit auch, Hessen auch, aber auch in Bayern merkt man, dass etwas passiert. Auch in Hamburg wird es nach dem Regierungswechsel weiter gehen.

Moderator:

Frau Grunwald, Sie arbeiten in Marzahn-Nord vor Ort. Sie haben ja auch die Bestandsaufnahme, die Analyse gehört. Kommt eigentlich bei ihnen was an von der Idee und den hier formulierten Vorstellungen?

Grunwald:

Also, ich finde das Thema ja sehr spannend, zumal ich aus dem Stadtteilzentrum „Kiek In" in Marzahn komme und

Marzahn hatte das große Glück - oder auch nicht - zu den ausgewählten Quartieren zu zählen. In den letzten Tagen habe ich ganz viele Diskussionen zu Quartiersagentur, Quartiersmanagement usw verfolgt. Dabei ist mir immer wieder ein Satz durch den Kopf gegangen und da halte ich es mit den Chinesen, die haben da so immer ihre Weisheiten. „ Das Leben ist nicht immer so, wie man es sich wünscht. Der einzige Weg zum Glücklichsein ist, das Beste daraus zu machen". Ich glaube, dass wir heute für die Stadtteilarbeit unabdingbar Quartiersmanagement beherrschen lernen müssen. Das haben unsere jüngsten Erfahrungen bestätigt. Natürlich war das am Anfang ähnlich wie in den anderen betroffenen Gebieten. Wir haben uns auf das Geld, das nach Marzahn kommen sollte, alle gleich drauf gestürzt. Über den Aktionsfonds, der ja kleine Anträge bis zu einer Höhe von 1300 DM zuließ, organisierten wir schnell alle möglichen Höhepunkte wie Wohngebiets- und Frühlingsfeste, was man so eben an Ideen hatte. Wir fanden es wichtig, über solche geselligen Angebote zu erreichen, dass man miteinander spricht, und ich finde, dass ist das Allerwichtigste in einer lebendigen Nachbarschaft. Wir haben einen Bewohnerbeirat ins Leben gerufen: Nach dem Vorbild der Jugendvernetzungsrunde treffen sich jetzt auch auf unsere Anregung hin die Schulleiter benachbarter Schulen.

So wurden mittlerweile ganz viele Ideen zusammengetragen und teilweise umgesetzt, wo man sich treffen kann, wo man über dies und jenes sprechen kann, wo man einfach wegkommen wollte von dieser ständigen negativ beladenen Debatte: ‚Wir in Marzahn-Nord sind problembelastet.' Das ist auch so ein Thema, was man miteinander diskutieren muss. Ist man wirklich immer problembelastet? Wir leben dort nur ein bisschen anders. (Beifall im Saal) Nun fand man unsere Form schon ganz gut und wir hatten auch in der Quartiersagentur sehr tüchtige Mitstreiter. Herr Strieder hat sich plötzlich dieses tolle Programm einfallen lassen „1 Million Mark pro Gebiet". Nun sagen viele, das wäre zuviel. Also ich kann nur von uns reden, für uns ist das zu wenig. Es sind ja viele Töpfe in den letzten Jahren entstanden und man musste ja auch immer gucken, ob man einen Topf mit dem rechten Namen besetzen konnte. Diesen Quartiersfonds können die Bürger nach meiner Einschätzung mittlerweile sehr gut besetzen. Trotz großer Schwierigkeiten, wenn sie um Ideen ringen und nach dem Zufallsprinzip von 400 Bürgern, Vereinen und Initiativen 24 übrigbleiben, haben wir für Marzahn-Nord eine recht gute Mischung hingekriegt. Wir haben Wohnungsbaugesellschaften drin, Schulleiter, Kindergärten - es ist also alles ganz gut zusammen gesetzt. Wir konnten uns am Anfang nicht so ganz vorstellen, wie geht man denn mit diesen Geldern um. Das war am Anfang, Eulenspiegelei. Was meine ich damit? Der Bürger hat die Idee und will einen Antrag stellen. Den kann er ja nicht alleine umsetzen. Dazu braucht er einen Verein. Wenn über seinen Antrag nun entschieden wird, darf weder der Bürger noch ein Vertreter des Vereins im Raum sein und die Jury bekommt nur ein paar Sätze übermittelt. Beispielsweise: wir haben die Idee „Oma will eine Bank im Wohngebiet" oder „Jugendliche wollen eine Basketball-Anlage", um nur noch mal auf die Spanne hinzuweisen. Hier besteht eigentlich der Vorteil einer solchen Jury, dass der Bürger sagt: Ich möchte das Umfeld vor meiner Haustür verändern oder aber dass er beispielsweise, wie jüngst geschehen, eine Woche lang, ein leergezogenes Hochhaus gemeinsam mit Jugendlichen, Künstlern, älteren Menschen mit künstlerischen Aktivitäten, mit Leben füllt. Insofern sind wir auch Lernende und ich denke mir, mittlerweile dürfen wir den Bürger für so mündig halten, dass er selber seine Programme vortragen, seine Ideen verteidigen kann. Mit diesem Verständnis gibt es ein gemeinsames Wachsen. Ich gehe für die Zukunft davon aus, dass man solche Mittel die in der Stadtteilarbeit gebraucht werden, nicht durch extra eingerichtete Fonds finanziert werden, sondern dass man sagt, ein Nachbarschaftshaus aktiviert alle Zielgruppen, je nach der Bedarfslage. Es ist mal ein Spätaussiedler, es ist mal eine junge Mutti, auf die die Einrichtungen schnell reagieren müssen. Deswegen sage ich heute schon, dass wir in Marzahn-Nord mit dieser Million ganz schlecht auskommen werden. Wir würden sie recht herzlich bitten, über weitere Finanzen nachzudenken. Allerdings nicht über X Töpfe: einmal das E&C Programm, Quartiersfonds, Aktionsfonds usw. Und zu guter Letzt setze ich mittendrin eine Quartiersagentur ein, die völlig fremd in dieses Gebiet kommt. Wir hatten in Marzahn-Nord einfach das Glück, dass wir uns alle miteinander sehr schnell gefunden haben, dass wir miteinander streiten. Unsere Streitkultur hat sich positiv entwickelt. Und insofern meine ich, Quartiersmanagement gehört in die Stadtteilarbeit, und ich kann nur davon ausgehen, dass wir aus unserer Sicht darum kämpfen werden, dass wir uns in diesem Quartiersmanagement qualifizieren werden. Und eines Tages werden wir sicherlich den Umgang mit den Mitteln, die für besondere Aktivitäten innerhalb des Quartiersmanagements zur Verfügung stehen, hervorragend beherrschen. Das habe ich mir gestern im Nachbarschaftshaus Urbanstr. angesehen. Die haben da so tolle Ideen und viele sind bereits Wirklichkeit, und ich hoffe, dass wir eines Tages in Marzahn-Nord auch so weit sind wie Sie bereits in Kreuzberg, Herr Hahn.

Moderator:

Ich leite gleich zu Herrn Schwarz über. Herr Schwarz, Sie arbeiten für das SPI und sind Projektmanager in dem E&C-Programm. Es geht um junge Menschen in belasteten Gebieten, also Quartiersmanagement für Jugendliche, wenn ich das richtig verstanden habe. Sie sind eher eine Regiestelle und nicht so im Stadtteil verankert. Meine Frage an Sie. Arbeiten sie ortsfremd? Wie sieht es mit den Bedarfsanalysen vor Ort aus? Entspringen da nicht Konzepte der Überfliegerei?

Schwarz:

Wenn ich darauf nicht eine Korrektur folgen lassen würde, das würde mir mein Arbeitgeber zu Recht Übel nehmen. Im SPI gibt es in der Tat zwei Regiestellen und es arbeitet an zwei Bundesmodellprojekten mit, ansonsten konzentriert sich das SPI auf Dinge, die vor Ort passieren, d.h. wir machen selber Quartiersmanagement, wir haben eine Unmenge an Angeboten der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit usw. Das „E&C" ist ein Sonderprogramm, das

sich zum Ziel gesetzt hat, Strukturen zu verändern und es ist ein Programm, das kein Geld hat Es ist eines der eigenartigsten Programme, die der Bund bisher aufgelegt hat, weil es eine grundsätzliche Handlungsstrategie beschreibt: Wir nehmen die Idee von der sozialen Stadt auf, wir nehmen die Aufforderung ernst, ressortübergreifend sich diesen Stadtteilen oder strukturschwachen Landkreisen zuzuwenden. Wir gehen auch nicht woanders hin, sondern gehen in die Gebiete, die von den Landkreisen und Kommunen für das Programm „Soziale Stadt“ ausgewählt wurden. Wenn wir in die Stadtteile gucken, dann haben wir es in diesem Stadtteilen damit zu tun, dass diese in den letzten 15 - 20 Jahren in massiver Weise staatlich alimentiert worden sind. Die staatliche Alimentierung, das sind Arbeitslosenstütze, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, dann gibt es staatliche Gelder, die in sozialarbeiterische Projekte fließen, eine nicht bekannte Zahl von Sonderprogrammen, von kommunalen Sonderinitiativen, über die auch Geld in den Stadtteil geflossen ist, all das hat die fatale Entwicklung, die ja hier beschrieben worden ist, im Prinzip in diesen Stadtteilen nicht aufhalten können, auch sozialarbeiterische Ansätze haben das nicht geschafft. Der Effekt der jahrelangen Renovierung verschiedener Städte ist vielmehr der, dass die Städte kein Geld mehr haben. In dem Programm ist ziemlich genau beschrieben, was eigentlich passieren soll. Wir wollen tatsächlich eine Entwicklung nachhaltig stoppen. Zuallererst geht es darum und nicht um die Vorstellung, den Stadtteil mit besonderen Attraktionen auszustatten. Es geht darum, diesen problematischen Prozess zu stoppen, wozu dann schließlich strukturelle Veränderungen notwendig sind. Und die strukturellen Änderungen vor Ort können auch nur vor Ort passieren. Die kann man begleiten, indem man möglichst viele Informationen gezielt in die Stadtteile gibt, indem man den Akteuren vor Ort Möglichkeiten schafft sich austauschen. Von guter Praxis lernen und auch die Fehler von schlechter Praxis nicht wiederholen, das sind zwei Themen, die wir immer wieder aufgreifen. Und dann muss man tatsächlich, denke ich, an die Akteure vor Ort ran. Zum einen die Quartiersmanager, die über die „Soziale Stadt“ im Stadtteil agieren. Die kennen die Probleme der Jugendlichen im eigenen Stadtteil, z.B. Benachteiligung in der Arbeitswelt und in anderen Bereichen sehr gut. Wir müssen mit denen einen Austausch führen, was eigentlich gute, bewährte, erprobte Methoden aus der Jugendarbeit, aus der Jugendsozialarbeit, allgemein aus der Jugendhilfe sind, die auch hier angewendet werden können und besonders den Leitgedanken der Partizipation aufgreifen.

Die zweite Zielgruppe, die wir versuchen, mit in die Diskussion zu nehmen, ist die Gruppe der kommunalen Akteure. D.h. wir haben versucht, in jedem dieser Stadtteile die jeweils zuständigen Jugend- und Sozialarbeiter zu bewegen, auch jemanden zu benennen aus ihren Reihen, der für diese Gebiete zuständig ist und mit dem wir auch eng kooperieren.

Die dritte Gruppe sind die vom Bund aus KJP-Mitteln geförderten bundeszentralen Träger, denn da geht bekanntlich das meiste Geld hin.

Es gibt ein paar Programme, von denen Sie vielleicht gehört haben: das Freiwillige Soziale Trainingsjahr an ca. 40 Standorten und die Förderung „Lokaler Aktionspläne für Toleranz und Demokratie“ an knapp 60 Standorten.

Moderator:

Haben sich die Chancen junger Menschen durch das Programm erhöht?

Schwarz:

Worauf es bei dieser Frage ankommt, ist, ob es gelingt eine uneitle Kooperation aufzubauen, in der die einzelnen Parteien nicht ständig danach trachten, sich zu profilieren. Der Bereich, wo es überhaupt nicht klappt, ist der der öffentlichen Verwaltung. Es wird nach wie vor sehr versäult gearbeitet. Da wird nur in einzelnen Paragraphen gedacht.

Moderator:

Bei der Vielfalt und Vielschichtigkeit der eben beschriebenen Arbeit drängt sich bei mir die Frage auf, ob noch genügend jugendliche Frische vorhanden ist bei Ihnen in den Nachbarschaftshäusern?

Scherer:

Die Nachbarschaftsheime sind flexibel genug, sich immer wieder zu erneuern und damit auch jugendliche Frische zu erhalten. Das Zauberwort dafür heißt „Beteiligung“. Die Nachbarschaftsheime schmoren nicht im eigenen Saft und verlieren den Kontakt zu neuen Wirklichkeiten, sondern bieten Möglichkeiten zu aktiver Beteiligung, die dafür sorgen, dass ihre Angebote und Programme immer aktuell bleiben und den von außen herangetragenen Bedürfnissen entsprechen. Mit dem Quartiersmanagement haben wir in dieser Frage Berührungspunkte. Die Quartiersmanager sollen ja auch „Beteiligung“ ermöglichen, und zwar in Wohngebieten, wo die Resignation unter dem Gesichtspunkt ‚Es hat ja alles sowieso keinen Sinn‘ die dominante Haltung ist. Die Frage, vor der wir gemeinsam stehen, ist: Wie kann man „Beteiligung“ in diesen Bereichen, in denen sie offensichtlich nicht genügend stattfindet, entwickeln. Und hier gibt es dann gewissermaßen methodische Differenzen zwischen den Ansätzen, wie wir sie im Quartiersmanagement wahrnehmen und denen, die wir aus unserer praktischen Arbeit in den Nachbarschaftsheimen kennen. Und das hat wieder etwas mit Geld zu tun. Ich stimme Herrn Löhr zu, wenn er sagt, es sei zuviel, was da in die Bürgerfonds hineingegeben wird, weil es nämlich ein falsches Signal setzt, das ist das Signal „Weiter so“. Nämlich, man kann eigentlich nur dann etwas bewegen, wenn man ganz viel Geld reinsteckt. Herr Schwarz hat gesagt, in die Quartiere ist in den letzten Jahren schon ganz viel Geld reingeflossen, ich glaube, das stimmt. Jetzt kommt durch diese Fonds noch zusätzliches Geld rein, was an einer Stelle nichts bewirkt, nämlich bei der Aktivierung von nachhaltiger Mitwirkung. Es besteht jetzt einfach die Gefahr, dass Dinge angeschoben werden, an denen kein dringender Bedarf besteht, und die nur deswegen schnell bewilligt werden, weil man unter Druck steht, das Geld für irgend etwas auszugeben. Und das ist das alte Denken. Die Projekteszene fühlt sich dadurch ange-

sprochen. Aber es werden zu viele Strohfeuer entfacht. Als Indiz kann gelten, ob ein Vorhaben ausschließlich aus den Projektegeldern des Quartiersfonds bezahlt wird, oder ob es bei der Projektentwicklung gelungen ist, auch noch andere Förderer zu interessieren und andere Finanzquellen anzuzapfen.

Eine andere Frage ist, welche Art der Beteiligung von Bürgern strukturbildend ist. Das Quartiersmanagement legt viel Wert auf die Bürgerjurys als neue Beteiligungsform. Das ist schön und gut, aber auch sehr beschränkt, weil es den Zusammenhang von Mit-Tun und Mit-Entscheiden durchtrennt. In den Bürgerjurys ist der Bürger sozusagen jemand, der sich wünschen kann, dass andere etwas für ihn tun. Das „Wünsch-Dir-was"-Prinzip.

Nachbarschaftsheime sehen sich dagegen viel eher als Machbarkeitsraum, als open space, in dem sich etwas in dem Maße entwickeln kann, wie Menschen es nicht nur gerne hätten, sondern bereit sind, etwas dafür zu tun. Daraus entsteht nach unserer Erfahrung eine ganz andere und dauerhaftere Form von Beteiligung und Mit-Entscheidung. Für die Nachbarschaftshäuser ist es wichtig, dass sie diese Funktion behalten und sich nicht durch zu eng definierte Förderkriterien, die allzu oft schon im Voraus im Detail vorschreiben wollen, was zu geschehen hat, die Spielräume wegdefinieren lassen.

Für vieles braucht man dann auch Ressourcen, aber das Geld darf nicht das erste sein. Dass das jetzt in den Quartiersmanagementgebieten so eine alles überragende Rolle spielt, ist auch Ausdruck eines gewissen Scheiterns: Weil man es nicht geschafft hat, die Motivationsarbeit vor Ort so hinzukriegen, wie man sich das vorher gedacht hatte, setzt man jetzt das sehr traditionelle Mittel ein, mit dem Geldbündel zu wedeln und sich Zustimmung zu kaufen.

Einige Bürgerjurys, die sich nicht genug Zeit nehmen oder denen nicht genügend Zeit gelassen wird, sich gründlich mit den Dingen zu befassen, sind übrigens in Gefahr, statt eines neuen Beteiligungsmodells nur ein neues pseuoparlamentarisches Legitimierungverfahren darzustellen, das von anderen vorgefasste Entscheidungen per Beschluss absegnet. Wenn sich die eine oder andere Entscheidung später als Flopp entpuppt oder auf Widerstand stößt, wird man sagen können: Die Bürger haben selber Schuld, sie haben es ja selbst so entschieden. (Beifall im Saale) Und das ist beim Gesamtprogramm der sozialen Stadt ziemlich brisant, weil es da auch Gebiete gibt, wo z.B. in größerem Umfang Häuser abgerissen werden sollen, was meistens bei den Bewohnern der betroffenen Häuser nicht auf Gegenliebe stößt. Die Planungen werden deswegen in der Regel bis zum letzten Moment geheimgehalten. Wirkliche Beteiligung ist hier von den Planern nicht gewollt.

Löhr:

Ich denke, das Programm „Soziale Stadt" ist falsch verstanden worden als eine besondere Art von Sozialarbeiter-Programm. Im Gegenteil, ein Ziel des Programms könnte man zugespitzt so formulieren: den klassichen Sozialarbeiter überflüssig zu machen, weiler so nicht mehr gebraucht wird. Worum es geht, bei den fundamentalen Interessen der Menschen anzusetzen, nicht, wie sie darin betreut werden, sondern welche Rolle sie in der Gesellschaft haben, dass sie überhaupt eine Bedeutung haben in dieser Gesellschaft. Das heißt Integration statt Exklusion. Und das sowohl für die Deutschen als auch für die ausländischen Mitbürger/innen in diesen Gebieten. Und das heißt, es muss sich die Schule ändern, es muss sich die Wirtschaftsförderung, die Wirtschaft selber ändern. So stellt sich für Sozialarbeit eine ganz andere Aufgabe, nämlich eine Vermittlung herzustellen zwischen dem, was die Menschen können, und dem, was die Betriebe in den Gebieten oder in der Nähe der Gebiete brauchen. Hier liegen ungeahnte Möglichkeiten, die da entstehen, die bisher überhaupt gar nicht wahrgenommen werden, weder von der Sozialarbeit noch von der Wirtschaft Natürlich gibt es, wie überall rühmliche Ausnahmen. Aber in der Regel passiert das nicht. Wir haben 249 Gebiete in der „Sozialen Stadt" und suchen händeringend nach Projekten, wo es gut läuft. Es sind ganze 10 Projekte. Es müssten tausende sein.

Moderator:

Herr Altena, Sie kommen aus der Stadtentwicklung, möglicherweise gibt es da einen unmittelbaren Gegensatz in der Bewertung des Programms zwischen dem, was Herr Löhr sagt und was Sie sagen?

Altena:

Was Herr Löhr sagt, ist ja zum großen Teil richtig. Ich frage mich nur, wie wollen Sie mit 150 Millionen, 450 Millionen oder auch einer Milliarde Mark an Mitteln, die in diesem Programm stecken, Traditionslinien und Denkweisen bei den freien Trägern, aber auch bei den kommunalen Fachressorts, beim Arbeitsamt und den Wirtschaftsverbänden verändern, die verändert werden müssen, um dahin zu kommen, wo Sie gerne hin möchten. Das ist für mich die Frage - das ist das Thema auch der heutigen Podiumsdiskussion. Wie kommt man von einem Sonderprogramm, was es ja erst mal ist, als integraler Bestandteil der Städtebauförderung, wie kommt man von einem Sonderprogramm zu einem neuen Strukturmodell des Denkens, Planens und Handelns, das die Menschen wirklich in die Lage versetzt, vor Ort ihr Gemeinwesen mit zu bestimmen. Und da bin ich - zumindest im Moment - mit meinem Latein auch am Ende. Es ist ja lange, lange Zeit Entmündigungspolitik betrieben worden. Wie kann man da einen Paradigmenwechsel hinbekommen, Macht aufzugeben, Strukturen aufzubrechen. Wie kann man dem Bürger die Möglichkeiten wieder zurückgeben. Ich weiß nicht, wie das realisiert werden kann. Aber das ist die primäre Aufgabe oder sollte die primäre Aufgabe des Programms „Soziale Stadt" sein.

Grunwald:

Also ich glaube, wir haben gar keinen Widerspruch. Ich kann doch mit 1 Million nicht die Probleme lösen im Kiez, diese verödeten Kitas z.B., das reicht nicht, um das Wohnumfeld lebenswert zu machen. Und deshalb ist es sicherlich notwendig, über die gesamte Finanzschiene noch einmal nachzudenken. Wenn ich von dieser Periode der Vergabejury

spreche, dann meine ich, dass es notwendig ist, dass auch Nachbarschaftsarbeit genügend Geld hat, um Aktivierung von Bürgern auch finanziell mit zu gewährleisten. Das gilt für Betriebskosten für Räume, das geht über bestimmte andere Dinge, wie Aufwandsentschädigungen und Mittel für Feste usw. Dass wir das zur Zeit über dieses Programm nicht machen können, sondern nach weiteren Quellen suchen müssen, darin besteht doch schon wieder der absolute Widerspruch. Es kann doch nicht sein, dass hier Jugend plant und dort Soziales. Die Frau Bundesministerin hat jetzt wieder ein neues Programm verkündet. Wenn man Glück hat, kann man aufspringen. Springe ich für ein Jahr auf, ist mein Modellprojekt nach dieser Zeit wieder weg. Also noch einmal - dieses Programm „Soziale Stadtentwicklung“ ist doch als Grundidee absolut positiv.

Und ich habe das Gefühl, dass sich hier Leute, die etwas zu entscheiden haben, zusammen schließen müssen, besonders hier in Berlin, um einfach die Basis wieder stärker zu machen. In unserer ursprünglichen Stadtteilarbeit - ob wir nun Nachbarschaftsarbeit dazu sagen, Kiezarbeit, wie auch immer, brauchen wir eine Grundausstattung an Finanzen.

Moderator:

Ich bedanke mich erst einmal für Ihre Geduld. Es ist doch jetzt gut eine Stunde, wo sich das Podium hier unterhalten hat. Ich schlage jetzt vor, dass wir ins Publikum gehen, ich weiß, das ist nicht ganz einfach, wenn man sich aufs Zuhören eingerichtet hat

Pieczkowski:

Ich arbeite in Reinickendorf als Jugendhilfeplaner, nur um mich kurz vorzustellen. Ich will den zwei Begriffen, die hier genannt worden sind, vielleicht noch zwei hinzufügen, das war einmal die überforderte Nachbarschaft und das andere war der überforderte Staat. Ich frage mich, ob mit dem, was hier dargestellt worden ist, nicht der überforderte Bürger erzeugt wird, und auch ein Programm überfordert ist, weil die Entwicklungen, mit denen wir überall zu kämpfen haben und die wir bearbeiten, auch Folgen der Globalisierung sind. Es sind Folgen von wirtschaftlichen Entscheidungen, die, denke ich mir, durch die Rückgabe der Verantwortung an den Bürger nicht gelöst werden können, nicht alleine gelöst werden können. Wenn die Anforderung ist, der Mensch, ob Ausländer oder deutscher Mitbürger, derjenige, der aus den Arbeitsprozessen ausgeklammert ist, muss wieder eine Wertigkeit haben, dann brauchen wir eine neue Denkweise, dann brauchen wir ein Umorientieren. Aber wenn ich mir dann wiederum angucke, wie die Entwicklungen sind, die Massenentlassungen, die wieder angekündigt sind, dann gucke ich nicht gerade positiv rein und auch durch das Organisieren von Nachbarschaften werden wir dem nichts entgegen setzen können. Nachbarschaft ist ein Element. Aber wir dürfen auch den Staat nicht aus der Verantwortung entlassen. Herr Schwarz, ich gebe Ihnen völlig Recht beim Thema der Regionalisierung von Jugendhilfemitteln: Mit den Denkstrukturen, Paragraphen und Säulen ist nicht ganz einfach umzugehen. Noch schwieriger wird es, auf der örtlichen Ebene das umzustrukturieren. Ein Hinweis für die Berliner: Gestern wurde der Sachverständigenbericht der Scholz-Kommission veröffentlicht, dort finde ich sehr starke Tendenzen der Zentralisierung. Handlungsmöglichkeiten der Bezirke, auch der bezirklichen Jugendhilfe bei der Gestaltung und Entwicklung vor Ort, sollen weggenommen werden. Unter diesen Voraussetzungen sehe ich relativ schlechte Chancen, den Paradigmenwechsel hier in Berlin auch durchzuführen.

Moderator:

Ja, wenn jetzt nicht noch direkt eine Wortmeldung kommt, dann würde ich sagen, der erste Teil Ihrer Ausführungen hat sich ja noch mal auf die ganze Frage der Legitimation dieses Modells bezogen, da hatten sich Herbert Scherer oder Herr Löhr zu Wort gemeldet.

Scherer:

Wenn sich der Staat in bestimmten Bereichen aus der Verantwortung herauszieht, müssen wir die Bürger dabei unterstützen, die Dinge, die damit auf sie gewissermaßen zurückfallen, auf die Reihe zu kriegen. Und das sind Tendenzen, die wir beobachten. Ob wir das beklagen oder nicht: Der Staat zieht sich aus bestimmten Verantwortungen heraus, wo er früher Versprechungen gemacht hat.

Moderator:

Um es konkreter zu machen - wo zieht er sich jetzt zurück, wo er früher Versprechungen gemacht hat?

Scherer:

Also die Rundumversorgung, für jedes Problem ist ein Profi da, der Euch hilft, das läuft nicht mehr, dafür sind die Ressourcen nicht da.

Moderator:

Ein anderer zentraler Punkt ist, dass sozialer Ausgleich nicht mehr über staatliche Umverteilungspolitik also via Sozialsystem erfolgt und natürlich die Integration nicht mehr in dieser Form realisiert werden kann. Wenn man sich z.B. die Zahl von 30% - 40% Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen anschaut und dann über berufliche Partizipation redet. Das ist natürlich nicht nur staatliche Politik, das hat sehr viel auch mit ökonomischen Grundlagen zu tun. Können wir über diese Ansätze, über die wir heute reden, ein Stück weit Ersatz schaffen für fundamentale Dinge, die nicht mehr in der Gesellschaft funktionieren. Gut, das haben wir ja immer im Hinterkopf bei dieser ganzen Diskussion, aber ich glaube, es lohnt sich dann schon, noch einmal drauf einzugehen - auf diesen Einwurf über Grenzen und Möglichkeiten.

Löhr:

Wir müssen in zwei Ebenen diskutieren. Die eine ist die staatliche Ebene, und da passiert, was ich eben sage, worauf es eben ankommt, dass man nicht denkt, man hat hier 450 Millionen und damit löst man Probleme. Diese 450 Millionen sind Peanuts, sie sind nichts gegenüber den Geldern, die im Wirtschaftsbereich investiert werden, wo es um die relevanten Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt geht. Sie haben vorhin selber darauf hingewiesen, in vielen Betrieben

werden viele Arbeitsplätze gestrichen, der Bereich, in dem Arbeitsplätze entstehen oder entstehen könnten, mehr entstehen könnten, als es tatsächlich geschieht, ist der lokale Bereich. Es gibt viele Untersuchungen, die zeigen, dass lokale Ökonomie, die auf die Stadt, also die Stadtteile bezogen ist, zwar langsam wächst, aber eben wächst und immer größer wird. Und diese lokale Ebene hat eine zunehmende Bedeutung gerade in Zeiten der Globalisierung, der Verunsicherung der Menschen. Der Zusammenhang zwischen Lokalisierung und Globalisierung, denke ich, ist ein ganz wichtiger Punkt. Aber zugleich ist es eine Aufforderung von unten, an die Politik, etwas zu ändern. Und dazu fällt mir ein Stichwort ein, bei dem Sie mir zustimmen können oder auch nicht, das ist das Thema der einfachen Arbeitsplätze. Denn, welche Arbeitsplätze fallen weg? Wenn Sie sich das angucken, es fallen einfache Arbeitsplätze weg. Und die Menschen, die arbeitslos sind, sind die, die die geringste Bildung haben. Und für die finden wir keine Arbeitsplätze durch Hightech, worauf sich die Wirtschaft stark konzentriert, sondern wir brauchen auch solche einfachen Arbeitsplätze, mit denen eine Entwicklung angestoßen werden kann

Emrich:

Ich würde jetzt gerne etwas von konkreten Erfahrungen aus Kreuzberg berichten. Ich denke, das Programm hat genau das Gegenteil erreicht von dem, was es erreichen wollte. Es hat die Leute nicht zusammen geführt, sondern wieder weiter auseinander gebracht. Für Kreuzberg hieß das, die Quartiersmanager wurden ausgewechselt, ein großer Aufruhr brach aus, bei der Frage, ob die alten Quartiersmanager bleiben oder durch neue ersetzt werden sollten. Ein neuer Träger mit neuen Quartiersmanagern wurde eingesetzt. Im ganzen Wrangelkiez wurden Plakate aufgehängt, auf denen so ein schöner Sack gemalt war, mit der Aufschrift: 1 Million Mark zu verteilen. Die Bürger sollten beteiligt werden; und es passierte eigentlich überhaupt nichts. Nur so viel, dass man sich innerhalb des Quartiersmanagements wieder so zerstritten hat, dass dieses Mal nicht die Quartiersmanager gegangen sind, sondern dieses Mal der Träger gegangen ist und die Quartiersmanager jetzt einem neuen Träger zugeordnet sind. Die Jury, die so geheimnisvoll arbeitet, dass keiner weiß, was sie überhaupt macht. Sie wissen es selber nicht, und es ist wieder die klassische Kreuzberger Mafia, die da zusammen sitzt. Die Idee ist ja o.k.: Open space, mehr Transparenz. Praktisch hieße das, dass sich die Projekte selber vorstellen, auch rechtfertigen und verteidigen. Dabei könnten Synergieeffekte enstehen. Die einen könnten von den anderen erfahren, was sie eigentlich wollen und man könnte gemeinsam Dinge tun. Nein, stattdessen driften die Leute wieder auseinander. Jeder schreibt in seinem Kämmerlein seine Konzeption - so läuft es, so lief es in Kreuzberg. Keiner sagt dem anderen, was er eigentlich macht, um Gottes willen, man streitet sich um den gemeinsamen Topf, man steht in Konkurrenz. Auch die Jury darf sich nicht äußern. Letztlich kommt raus, dass bis zum Ende des Jahres statt über 1 Million Mark gerade mal über 30000 Mark verhandelt wurde. Man weiß nicht, was mit dem Rest passieren soll. Und die Projekte wissen es auch nicht und keiner redet mit dem anderen. Also, ich sag's mal, Kreuzberger Beispiele waren genau das Gegenteil von dem, was eigentlich erreicht werden sollte.

Moderator:

Vielen Dank für den Beitrag. Jetzt klärt sich für mich als Bewohner des Wrangelkiezes auf, warum sich mir nicht erschlossen hat, was da getan wird und was da los ist. (großes Gelächter). Gibt es noch Wortmeldungen oder anschauliche Erlebnisberichte wie gerade eben aus dem Wrangelkiez?

Pohl:

Ja, ich komme aus Leipzig. Der letzte Beitrag hat mich nur dazu angeregt zu sagen, dass die EU mit ihrer Strategie ja oft weiter ist, als das in Deutschland der Fall ist. Ich dachte da eben an das Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke", wo nicht eine Verwaltung eingesetzt wird als diejenige, die das Programm managt, sondern ein freier Träger, der das als consulter macht; und das Programm hat genau das befördert, jedenfalls in Sachsen, die Kontakte sind untereinander entstanden, es ist eine große Transparenz da und es läuft prima, das muss man einfach sagen. Und für mich in Leipzig ist es auf lokaler Ebene zwar vielleicht nicht ganz so schlimm wie in Kreuzberg, aber zumindest lässt es auch sehr viel zu wünschen übrig. Das trifft nun wieder mal sozusagen „die arme gescholtene Kommune", aber es hängt tatsächlich an den Strukturen der Verwaltung.

Hahn:

Ich finde, man sollte den Wrangelkiez - SO 36 - nicht als Synonym für Kreuzberg nehmen. Man sollte auch ein Quartiersmanagement in Kreuzberg nicht als Synonym für Kreuzberg nehmen. Wir sitzen genau zwischen diesen beiden Kiezen, haben nichts von dem Geld und müssen uns mit den jährlichen Kürzungen für unser Nachbarschaftshaus herumschlagen Das finde ich einen Skandal.

Moderator:

Von welchem Nachbarschaftshaus ist die Rede?

Hahn:

Urbanstraße. Das ist das eine. Wir sind in dem Beirat gewesen, wo es um die EU-Gelder geht zur Förderung des lokalen sozialen Kapitals. Erstens ist die Kontroverse noch nicht ausgestanden, inwieweit dieses Geld beschäftigungsorientiert eingesetzt wird, so wie es eigentlich mit ESF-Geldern sein soll, oder inwieweit sich durchsetzt, dass es vielmehr um Beschäftigungsfähigkeit geht, darum, die Voraussetzungen für Beschäftigungsfähigkeit zu schaffen. M.E. ist das der richtige Weg, aber die Summe ist lächerlich. Es dreht sich um 1 bis 1, 5 % der Fördersumme insgesamt. Und doch: Wir haben mit dem Mikropolis-Projekt in Kreuzberg durchaus mit 10.000 Euro in einigen Bereichen sehr viel mehr in Gang gesetzt und in Bewegung gesetzt, damit war sehr viel Phantasie und sehr viel Kreativität verbunden. Man sollte das, was dahinter steckt, als Gedanken unbedingt weiter behalten.

Schmitt:

Also ich muss noch einmal zurück gehen auf die Frage des Nebenher oder des Miteinander zwischen Quartiersmanagement und Nachbarschaftsheimen oder Nachbarschaftszentren. Wir engagieren uns als Nachbarschaftszentrum schon seit der Zeit vor dem Quartiersmanagement in Kooperation mit dem Gesundheitsamt in dem entsprechenden Gebiet in Schöneberg-Nord. Es ging darum, ein Familienzentrum aufzubauen. Wir sind jetzt Nutznießer des Quartiersmanagement insofern, als Mittel z.B. zum Umbau dieses Zentrums aus dem Quartiersmanagement mit eingeflossen sind. Das war seitens des Quartiersmanagements sehr praktisch, weil da schon ein Konzept war, man konnte das sinnvoll einsetzen, für uns war das auch wunderbar, weil wir das auf normalem Weg eigentlich nicht hätten erreichen können. Aber wir empfinden das Quartiersmanagement, und das ist der Punkt, als etwas, sagen wir mal, wie eine gewährende Stelle, also so wie man bisher mit einer Senatsverwaltung in der Vergangenheit oder einer Bezirksverwaltung im Gespräch war, um bestimmte Ressourcen zu bekommen, so ist jetzt diese Gruppe, dieser Träger, der jetzt das Quartiersmanagement übernommen hat, in dieser Rolle. Ich denke, der problematische Punkt ist der: Bevor irgend welche Mittel vergeben werden, bevor eine bestimmte Dynamik dort freigesetzt wird, muss es um verbindliche Strukturen der Zusammenarbeit gehen. Wenn die nicht stimmen, und das betrifft nicht nur Nachbarschaftszentren und Quartiersmanagement, sondern die kommunalen Stellen, von denen vorhin die Rede gewesen ist, genauso. Es dürfte kein Pfennig Geld ausgegeben werden, fließen, bevor nicht diese Zusammenarbeit sichergestellt ist und auch dieser Diskurs stattfindet. Und der zweite Punkt: Und das ist ja zum Teil makaber, auf den Sitzungen des Präventionsrates, die wir hier haben, wenn die Fragen gestellt werden, ja, wie ist es denn mit den geforderten Projekten, also diese Art von Geheimniskrämerei ist so etwas von kontraproduktiv, weil dort darf ja nur berichtet werden, zumindest wird es hier in Schöneberg so gehandhabt, über Projekte, die genehmigt wurden; alles andere, z.B. Fragen, wer hat denn noch einen Antrag gestellt, mit welcher Idee, wurde z.B. in der Sitzung unterbunden vom Stadtrat, weil das von Strieder, von der Behörde, nicht erlaubt sei. Das heißt also, das ist eine Unkultur, die dort entsteht, die nur zu Ränken und zu Konkurrenz führt, und die Frage, die sich jetzt stellt ist, wer kann mit den Leuten vom Quartiersmanagement am besten, um diese Mittel durchzubekommen. Ich fasse zusammen: Ich finde es ist hilfreich, dass Projekte in neuer Weise voran gebracht werden, aber sowohl, was die Bürgeraktivierung angeht, ist das Verfahren dringend zu verändern, aber auch in der Frage der verbindlichen Zusammenarbeit, dann lieber mal ein Jahr Geldpause machen. (Beifall aus dem Saal)

Huber:

Ich fühle mich bei der Frage sehr stark erinnert an diese kleinkarierten Zänkereien, die in der Ärzteschaft ständig zu beobachten sind, wo Gruppeninteressen gebündelt werden und die Optimierung der Partikularinteressen erforderlich ist. Mich interessiert einfach noch einmal, ob Sie der These etwas abgewinnen können, Gesundheitsförderung mit Stadtteilförderung, mit Gemeinwesenarbeit lokal zu vernetzen, um diese Kleinhaarigkeit zu köpfen. Weil ich überzeugt bin, dass das Gesundheitsmotiv ein sozio-kultureller Motor sein kann und weil die Finanzressourcen, die im Gesundheitswesen umgewälzt werden, besonders gewaltig sind. Die Frage ist, können Sie dieser These, Agenda 21-Prozesse miteinander zu verknüpfen, etwas abgewinnen?

Moderator:

Fühlt sich jemand angesprochen?

Männl.:

Ja, ich möchte das sehr unterstützen, was Ellis Huber da eben gesagt hat. Ich komme aus einem Randbereich, aus dem gemeinde-psychiatrischen Bereich. Bei den Menschen, mit denen ich arbeite, sehe ich auch ständig, dass sie nicht betreut werden wollen, vor allem, dass sie sehr unter der Rolle leiden, eigentlich gar nicht mehr gebraucht zu werden, dass sie gar nicht erwünscht sind. Die wollen beteiligt werden, die wollen wirklich beteiligt werden. Und viele andere Menschen auch. Und um mal etwas vielleicht Optimistisches zu sagen, in der italienischen Psychiatrie, das ist vielleicht einigen bekannt, da hat‘s angefangen mit einer Klinik, die wurde aufgelöst und das wurde dann zum staatlichen Programm. Und ich denke, heute wurde doch gesagt, es gibt 10 Projekte, das sind wenige von hunderten, aber es gibt doch wohl 10 Projekte, bei denen etwas passiert. Und vielleicht sind unter den 10 Projekten auch 2 Projekte, bei denen wirklich die Bürger beteiligt werden. Und wenn es auch nur ein solches Projekt gibt, dann, finde ich, sollte man davon lernen.

Ruddat:

Ich arbeite hier am Pestalozzi-Fröbel-Haus und wir sind hier in so einem Kiez, wo wir uns schon sehr lange mit Vernetzung beschäftigen, deswegen möchte ich noch einmal auf einen Schönheitsfehler hinweisen, der in der Diskussion häufig keine Beachtung findet. Ich denke, dass wir in der Politik, in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung und auch an der Basis sehr viel vernetzt denken. Wenn man aber anfängt, in einem Raum, wo es keine Gelder für das Quartiersmanagement gibt, so etwas umsetzen zu wollen, sei es nur eine Verbindung zwischen Kindergarten und Schule, sei es, dass Schulkinder ein Essen kriegen sollen, kommen einem einfach permanent die Aufsichtsbehörden dazwischen. Und deswegen auch noch mal ein Appell an die Leute, die da auch bundesweit was bewegen. Es kann nicht sein, dass wir nicht Schulkinder in einer Kita beköstigen können, weil die Kita betriebsmäßig nur für soundsoviele Kinder zugelassen ist. Oder weil eine Decke 10 cm zu niedrig ist - und wenn wir dauernd im Bezirk, im Kiez über solche Sachen stolpern, geht also jeder Bürgersinn zum Teufel, und das ist für uns in der Praxis sehr häufig ein dickes Problem, das einfach ganz konkrete Ziele scheitern lässt. Also, ich wollte das einfach noch Mal sagen, weil: Tun täte sich viel, wenn manches einfach ein bisschen einfacher wäre.

Männl.:

Entschuldigung, ich habe eine Rückfrage. Ich komme aus Saarbrücken, wenn Sie sagen, es gibt 10 Projekte die funktionieren, halte ich dagegen, dass es vielleicht auch 140 Projekte gibt, wo man sagen könnte, dass entsprechend den Konzepten die Mittel der sozialen Stadt eingesetzt werden. Aber was passiert denn mit den anderen? Was passiert denn mit denen, wo sie nicht so eingesetzt werden? Was passiert denn mit solchen Projekten, wie ich sie kenne, wo in einem Quartier ein Quartiersmanager über SAM-Mittel eingesetzt wird, 3 Jahre lang unmotiviert, einfach nur mitgetragen wird, weil er dann halt für das Bauamt ein entsprechend einfacher Gegner ist. Was passiert mit diesen Projekten, wer kontrolliert das?

Rennert:

Ich komme vom Kommunalen Forum Wedding e. V. Ich habe selber zwei Jahre im Quartiersmanagement im Wedding gearbeitet und habe jetzt zwei Bemerkungen, zwei Hinweise und dann noch Fragen. Die ersten Bemerkungen oder Hinweise betreffen die Frage der Konkurrenz, auch untereinander. Es gibt ja durchaus Ansätze, in Fragen Gemeinwesenarbeit und soziale Stadtteilentwicklung statt Konkurrenz zu einem Austausch zu kommen. Ich möchte darauf hinweisen, dass seit längerem der Aufbau eines „Bundesnetzwerkes Gemeinwesenarbeit und soziale Stadt“ durch die LAG soziale Brennpunkte Hessen, die Stiftung Mitarbeit und auch das Burghardthaus aus Gelnhausen wesentlich unterstützt wird. Immer mehr Organisationen aus unterschiedlichen Bundesländern stoßen dazu, so dass man ein Bild hat von der Situation in den verschiedenen Bundesländern. Also dort entsteht ein Ort, um das Profil der Gemeinwesenarbeit in diesem Zusammenhang zu diskutieren, und von dort entstehen auch Anregungen, lokal und regional tätig zu werden. Das haben wir hier in Berlin gemacht zusammen mit dem Nachbarschaftshaus Urbanstraße, mit Mitarbeiterinnen von der Katholischen Fachhochschule für Sozialarbeit und von der Alice-Salomon-Fachhochschule. Und vor wenigen Wochen gab es ein erstes Treffen eines Forums „Gemeinwesenarbeit und mit soziale Stadtteilentwicklung“ in Berlin und wir haben ein zweites Treffen vor, auf dem über Ansätze des Austausches und der Weiterbildung in diesem Feld gesprochen werden wird. Und ich hoffe, dass es uns dort auch gelingt, neben Menschen, die halt in Nachbarschaftshäusern arbeiten, und Menschen, die in Fachhochschulen arbeiten, auch mit Quartiersmanagern direkt ins Gespräch zu kommen, das ist tatsächlich ein Problem. Ich sehe immer wieder, dass diese Kreise getrennt sind, dass es kaum möglich ist, gemeinsam zu arbeiten und sich auszutauschen und dadurch voranzukommen. Das ist ein Punkt, das waren die beiden Hinweise. Das war ein bisschen Propaganda, aber ich dachte, das ist hier auch ein geeigneter Rahmen. Dann wollte ich noch einmal auf die Eindrücke eingehen, wie mit den Quartiersfonds hier in Berlin umgegangen wird. Die sind ja, wie wir gehört haben, durchaus unterschiedlich, zum Teil auch erschreckend, ich denke aber, dass es wirklich in jedem Gebiet ganz unterschiedlich läuft. Der Senat hat zwar versucht, einen Rahmen zu setzen durch Regelungen, wie wir sie auch gehört haben, die Quartiersmanagement-Teams oder auch die Menschen, die in den Jurys sitzen, gehen damit aber durchaus unterschiedlich um. Ich halte es allerdings für unbedingt notwendig, jetzt zum Ende des Jahres, Anfang des nächsten Jahres, noch einmal wirklich einen Rahmen zu finden, der eine Auswertung folgender Fragen erlaubt: Was ist dort gelaufen? Wie kann man die Arbeit weiter entwickeln? Wie kann man Qualitätskriterien finden? Ich sehe bislang den Ort nicht, wo so eine Diskussion stattfinden könnte. Ja, und ein letzter Hinweis noch einmal auf eine Bemerkung von Herrn Huber: im Rahmen vom Quartiersmanagement am Sparrplatz haben wir ein Projekt begonnen - Interkulturelles Gemeinwesenzentrum mit Gesundheitsförderung - wir sind da durchaus auch im Kontakt mit der Gesundheitsförderung des Bezirksamtes, trotzdem stellen wir fest, es ist immer noch die alte Haltung der Verwaltung. Und es ist unklar, wie mit solchen Projekten und neuen Trägern, die da entstehen, eigentlich umgegangen wird. Von daher wäre es für mich noch einmal interessant, mit Ihnen zu überlegen, wie man auch diese beiden Bereiche zusammen bringen kann und wie man eigentlich in ein anderes Verhältnis mit Verwaltung kommen kann bei deren traditioneller Haltung: „Wir bestimmen von oben nach unten.“

Huber:

Also, wir wollen noch einmal darauf hinweisen, dass das Finanzierungsvolumen, das die gesetzliche Krankenversicherung in diesen Tagen umwälzt, höher ist als sämtliche kommunalen Haushalte und alle Landeshaushalte zusammen. Das muss man nur einmal wissen. Ich würde deswegen auch nicht mehr die Kooperation mit den Ämtern suchen. Das Gesundheitsamt ist marginaler Bestandteil unseres Gesundheitssystems und Ämter sind bedroht, wenn eine wirkliche Reanimation des Sozialen von unten erfolgt. Und deswegen werden die immer die Abwehrfront aufbauen, denn öffentliche Ämter sind die Kurzform der Helden der Bürokratie. Und Bürokraten sind Menschen, die bereits als Kleinkinder unter der unendlichen Weite ihres Laufstalls litten. (Gelächter im Saal)

Scherer:

Wir müssen aufpassen, dass wir uns nicht allzu sehr verbiegen, um bestimmte Finanzierungen für unsere Arbeit zu bekommen. Wir müssen, das hat Herr Burger gestern gesagt, sehr stark von unserem Ansatz überzeugt sein und dann mit den Leuten reden, die das Geld haben, damit wir ggfs. mit unserer Sicht der Dinge ihren Kurs verändern. Das ist natürlich ein Risiko, weil es manchmal weltklüger ist, ein bisschen opportunistischer zu sein. Aber ich denke, eigentlich erwarten die seriösen Geldgeber von uns auch, dass wir ihnen bei der Verbesserung ihrer Konzepte aus unserer praktischen Erfahrung heraus helfen.

Pieczkowski:

Ich glaube, verändern müssen sich beide Seiten, weil niemand von uns den Stein der Weisen gefressen hat. Ich denke mir, wenn eine der Positionen reingeht und sagt, wir haben ihn, das ist dann leider aus meiner Sicht ein falscher Ansatz. Einer, der nicht weiter führt, ob falsch oder richtig, ist die andere Frage, aber zumindest führt er nicht weiter. Ich möchte auf Ihre Frage antworten, betr. die Verknüpfung von

Agenda-Prozessen mit „Sozialer Stadt“ Da kann ich Ihnen sagen, finde ich, privat befragt, prima. Ob ich das in dem politischen Umfeld, in dem ich mich bewege, als Mitarbeiter einer öffentlichen Verwaltung tun kann, da bin ich sehr, sehr skeptisch. Wobei, ich möchte da auch eine Lanze brechen für die Verwaltung, auch für die Gesundheitsverwaltung. Auch da, auf der Ebene, auf der ich mich bewege mit den Kolleginnen und Kollegen, gibt es sehr viel Jugendlichkeit in dem Sinne, wie es hier zu spüren ist, einen Veränderungswillen. Ich gehe davon aus, es wird sich wenig verändern, wenn die Politik dort nicht mitmacht, wenn die Politik Agenda-Prozesse als Konkurrenz versteht, wenn sich Kommunalpolitik nicht aufgerufen fühlt, Agenda-Prozesse zu initiieren und mitzuwirken, sondern sie noch nicht einmal fördert und bürgerschaftliches Engagement abblockt, weil das nach ihrem Verständnis gegen die Bezirksverordnetenversammlung (BVV), also das Kommunalparlament, gerichtet ist. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass im Kolleg/inn/enkreis sehr große Offenheit ist in der Bewegung, auch darin, den Marsch in die Sozialräume hinein zu wagen. Das kann ich so feststellen. Die Frage der „Sozialen Stadt“ ist ja begrenzt auf bestimmte Problemgebiete, das wird ja zu so einem irren Wettbewerb: Wir wollen auch schlecht sein, um von diesen Mitteln zu partizipieren. Aber die Arbeitsansätze, die Denke, die dort produziert und gefördert werden, die finde ich optimal, die muss auch in den Regionen zum Tragen kommen, die nicht zu den Fördergebieten gehören; und da finde ich, Nachbarschaftsarbeit muss dort ihren Platz finden. Das muss nicht heißen, dort eine neue Förderung rein, wie es in der alten Denke immer noch ist, sondern im Grunde genommen die bestehende soziale Infrastruktur, ob selbst organisiert oder durch Träger, die muss sich zusammen setzen und überlegen, wie können wir eine Angebotsstruktur entwickeln, die die Bürger mitnimmt und nicht nur als Objekt sozialer Arbeit betrachtet, also Nachbarschaftsarbeit zu einem Arbeitsprinzip machen und dabei ist Bürgeraktivität ein wesentlicher Bestandteil.

Huber:

Ich glaube, da kommt ein ganz zentraler Paradigmengegensatz zum Vorschein. Der durchschnittliche Arzt sagt heute noch zu seinen Patienten, ich weiß besser als du, was für deine Gesundheit das Richtige ist, ich sorge für Dich. Der zukünftige Arzt wird mit dem Patienten zusammen Wege auftun, wo er seine Gesundheit entwickeln kann. Der durchschnittliche Gesundheits- und Sozialpolitiker ist nach wie vor von einer patriarchalen Fürsorgementalität beseelt und fühlt sich als Volksheld willkommen. Dazu stellt sich für die Gesundheits- und Sozialpolitiker die Frage, wer mit den Bürgern zusammen Entwicklungsprozesse moderiert und vorwärtstreibt. Es bedarf also, um wirklich vorwärts zu kommen, einer völlig neuen inneren Haltung und Einstellung der Führungskräfte oder der sozialen Eliten, wie immer man die einzelnen Akteure nennen will. Eingehen auf den Bürger heißt: Hingehen und Weggeben.

Moderator:

Herr Huber, das haben Sie schön formuliert, das könnte im Prinzip eigentlich schon fast das Schlusswort sein der Veranstaltung. Wenn wir einmal zusammenfassen die heutige Diskussion, da ist, glaube ich, klar geworden, dass also das, was unter sozialer Stadt als Aufgabenstellung und Zielrichtung gesehen wird, ja durchaus kontrovers gesehen wird - noch. Und mehr kann im Prinzip eine Diskussion auch erst mal nicht leisten, als auf bestimmte Kontroversen hinzuweisen.

Zwischenruf Emrich:

In Zukunft lassen wir uns Sozialarbeit durch die Krankenkassen finanzieren, wenn ich Ellis Huber richtig verstanden habe.

Huber:

Da helfe ich ihnen gerne. Das Problem ist ja nur, sie müssen dann mit mir zusammen das Bundesversicherungsamt abschaffen.

Moderator:

Also, wenn Sie damit einverstanden sind, würde ich das gerne so als Resümee der Veranstaltung stehen lassen und nicht mehr eine letzte Runde, wie üblicherweise, bieten, weil die Runde so groß ist auf dem Podium hier. Aber: Herbert Scherer als quasi Gastgeber, übergebe ich noch einmal das Wort.

Scherer:

Ich sage nur einen Satz: Damit das, was Ellis Huber gefordert hat, stattfinden kann, brauchen wir Orte, die ein entsprechendes Umdenken - auch im professionellen Selbstverständnis - fördern, d.h. wir brauchen solche Nachbarschaftshäuser, wie sie sich im Verband für sozialkulturelle Arbeit zusammengeschlossen haben, und das seit nunmehr fünfzig Jahren.

TeilnehmerInnen

Altena	Heinz	altena consul	Duisburg
Altmann	Jürgen	Rabenhaus e. V	Berlin
Altmann	Liesl	Nachbarschaftstreff Sprendlingen/ Forum Nord	Dreieich
Anhäusser	Ruth	Nachbarschaftshaus Pfefferberg	Berlin
Asner	Frank	Rechtsanwalt	Berlin
Bakir	Ilyas	Merkez Nachbarschaftstreffpunkt	Berlin
Baumann	Gerhard	Nachbarschaftszentrum Klub 74	Berlin
Beck	Martin	Fabrik Osloer Strasse	Berlin
Bender	Angela	Rabenhaus e. V.	Berlin
Bengs	Anya	Outreach	Berlin
Bents	Herbert	Outreach	Berlin
Berger	Reinhard	Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V.	Berlin
Bergmann	Kaj	Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH	Berlin
Besch	Susanne	Pfefferwerk	Berlin
Beyer	Elke	Katholische Fachhochschule Berlin	Berlin
Bischof	Margot	Doktorandin FU, EA Nachbarschaftstreff Britzer Str.	Berlin
Blankenburg	Christa-M.	Paritätischer Wohlfahrtsverband	Berlin
Blauert	Ingeborg		Berlin
Bogacki	Lucyna		Bremen
Böhme	Babara	Kath. Fachhochschule	Berlin
Bönsch	Kerstin		Berlin
Börner	Frank		Barbe / Rügen
Bornemann	Gudrun	Frei-Zeit-Haus	Berlin
Böttcher	Beate	Kath.Fachhochschule	Berlin
Breitenwischer	Dennis		Berlin
Brohm	Marc	Kath. Fachhochschule	Berlin
Broniecki	Uta		Berlin
Brunch	Patrick	Kath. Fachhochschule	Berlin
Burger	Norbert		Köln
Cinar	Tülay	PFH	Berlin
Clausen	Jens	NBH Urbanstr.	Berlin
Collavino-Loll	Marion	NBH Wannseebahn e.V.	Berlin
Diederich	Paula	NUSZ-Ufa	Berlin
Ditschkowski	Ruth	Nachbarschaftsetage Fabrik Osloser Str. e.V.	Berlin
Dockter	Marita	Quäker Nachbarschaftsheim	Köln
Dollase	Martina	Nachbarschaftsetage Fabrik Osloer Str. e.V.	Berlin
Dörrie	Klaus	VskA Vorstand	Dietzenbach
Dou	Isabelle	Kath. Fachhochschule	Berlin
Dudeck	Martin	Kath. Fachhochschule	Berlin
Ehbets	Miriam	Rabenhaus e.V.	Berlin
Eisenbarth	Nora	Pro Familia	Gießen
Eisert	Wolfgang	Bürgerhaus am Schlaatz gGmbH	Potsdam
Emmrich	Christina	Verein für ambulante Versorgung Hohenschönhausen e.V.	Berlin
Emrich	Armin	JugendKunst und Kulturzentrum Schlesische Str.	Berlin
Erpenbeck	Franz	Bürgerhaus Oslebshausen	Bremen
Eßmann	Willy	Outreach	Berlin
Farenski	Rosemarie	Gemeinwesenverein Haselhorst	Berlin
Fischer	Conny	Juxircus	Berlin
Freier	Dietmar	VskA, Landesgruppe	Berlin
Frenzel	Werner	Outreach	Berlin
Friedman	Frau	Donizetti	Berlin
Galliner	Aaron	Nachbarschaftsheim Schöneberg - Kifrie-Jugend-Etage	Berlin
Gardeike	Kat.	Kath. Fachhochschule	Berlin
Garmeister	Jürgen	Kiezoase	Berlin
Geißler	Gabriele	Kiek in e.V. Berlin	Berlin
Gentz	Norbert	NBH Urbanstr	Berlin

Gerhold	Brigitte	PFH	Berlin
Giesecke	Bernd	Bürgerschaftshaus e.V. Bocklemünd	Köln
Gilb	Ralf	Outreach	Berlin
Gleim	Walli	Gemeinwesenverein Heerstr. Nord e.V.	Berlin
Godulla	Reinhilde	Verband für sozial-kulturelle Arbeit, Landesgruppe Berlin e.V.	Berlin
Goldberg	Petra	Kath. Fachhochschule	Berlin
Dr.Goldhahn	Renate	Kiek in e.V.	Berlin
Grass	Claudia	NBH Schöneberg e.V.	Berlin
Greis	Angelika	Nachbarschaftshaus Urbanstraße	Berlin
Grill	Sabine		Berlin
Grunwald	Karin	Kiek in e.V.	Berlin
Grupp	Matthias	Nachbarschaftsheim Mittelhof e.V.	Berlin
Haertel	Margitta	Stiftung Pfefferwerk	Berlin
Hahn	Wolfgang	Nachbarschaftshaus Urbanstr. e.V.	Berlin
Hardt	Wolfgang	Selbsthilfe Zentrum	Berlin
Hartigs	Birgit	Sozialwerk des dfb	Berlin
Hartung	Thomas	Potpouri,Karlshorster Kiezladen e.V.	Berlin
Haufe	Gaby	NBH Wannseebahn e.V.	Berlin
Hecht	Wolfgang	NBH Neukölln	Berlin
Heldt	Elisabeth	NBH Schöneberg /Chranach Str.	Berlin
Hellmich	Martina	Verein für ambulante Versorgung Hohenschönhausen e.V.	Berlin
Hennenberg	Norbert	Selbstverwaltetes Wohnprojekt Theodorstr. e.V.	Düsseldorf
Hippchen	Thomas	Stadtteilbüro Alt-Saarbrücken	Saarbrücken
Hochgeschurz	Lilo	Kiezoase Schöneberg	Berlin
Hödt	Sylke	Gemeinsam im Stadtteil e.v. i.gr.	Berlin
Hofbauer	Claudia	NBH Mittelhof	Berlin
Hofmaier	Mechthild	NBH Prinzenallee	Berlin
Hofmann	Holger	NBH Wannseebahn e.V.	Berlin
Horn	Lore		Berlin
Huber	Ellis	Securvita BKK	Hamburg
Hübner	Gisela	Mittelhof NBH	Berlin
Ibrahim	Omar	Nachbarschaftsheim Schöneberg - Kifrie-Jugend-Etage	Berlin
Israel	Gudrun	Volkssolidarität Berlin	Berlin
Jänicke	Julia	Katholische Fachhochschule	Berlin
Jagielski	Tomasz	Nachbarschaftstreff Britzer Str.	Berlin
Juhnke	Maxi	Kiezoase Schöneberg	Berlin
Kalthoff	Babette	NBH Schöneberg	Berlin
Katzemich	Nina		Berlin
Kaya	Doreen	Vska Landesgruppe/Geschäftsstelle	Berlin
Keitler	Christina	NUSZ UFA Fabrik	Berlin
Kennin	Klaus	Netzwerk Benrath	Düsseldorf
Kennin	Petra	Netzwerk Benrath	Düsseldorf
Kersten	Inge	Juxircus	Berlin
Khattab	Saher	Nachbarschaftsheim Schöneberg - Kifrie-Jugend-Etage	Berlin
Kienast	Eckard	NBH Kastanienallee	Berlin
Kiesel	Dagmar	Nachbarschaftstreff Sprendlingen/ Forum Nord	Dreieich
Kindermann	Petra	NBH Prinzenallee	Berlin
Kirsch-Tietje	Frau	NBH Kiezoase	Berlin
Kirsch-Tietje	Herr	NBH Kiezoase	Berlin
Kleibs	Antje	NBH Donizetti	Berlin
Klein	Georg	Unternehmensberater, ehem.GWV Heerstr.Nord	Limburg
Klein	Ramona	Frei-Zeit-Haus e.V.	Berlin
Kloy	Claudia	KFB-Berlin	Berlin
Köbsch	Johannes	NBH Paul Robbsen	Berlin
Konermann	Marianne	NBH Schöneberg	Berlin
Koplin	Michael	Verband für sozial-kulturelle Arbeit, Bundesverband	Berlin
Koschwitz	Heidi	DZI, Red.Soziale Arbeit	Berlin
Kotzan	Barbara	NBH Donizetti	Berlin
Kramer	Jochen	Kiek in e.V.	Berlin

Kreipner	Franziska	AG Gemeinwesenarbeit	Darmstadt
Krenz	Cornelia	Kath. Fachhochschule	Berlin
Kressner	Christel	Nachbarschaftstreff Sprendlingen/ Forum Nord	Dreieich
Krüger	Thomas	Bundeszentrale für Politische Bildung	Bonn
Küsel	Dagmar	Nachbarschaftstreff Sprendlingen/ Forum Nord	Dreieich
Lange	Stefan	Kath. Fachhochschule	Berlin
Lange	Willy	Kotti e.V.	Berlin
Lechner	Heike	Potpouri, Karlshorster Kiezladen e.V.	Berlin
Lehmann	Timm	Alte Feuerwache	Berlin
Leppin	Wolfgang	NBH Neukölln	Berlin
Lersch	Anne	Landesjugendamt Berlin	Berlin
Lewek	Christoph	Frei-Zeit-Haus e.V.	Berlin
Lierenfeld	Peter	PFH	Berlin
Liewerkus	Viktoria	Nachbarschaftstreff Sprendlingen/ Forum Nord	Dreieich
Linckelmann	Wolfgang	BMFSFJ	Berlin
Löhr	Rolf-Dieter	Deutsches Institut für Urbanistik	Berlin
Lorscheider	Werner	Zukunftsarbeit Molschd	Saarbrücken
Lüdecke	Sonja	Quäker Nachbarschaftsheim e.V.	Köln
Mack-Ajtai	Agnes		Berlin
Mai	Manja	Verband für soz.-kult. Arbeit, Outreach	Berlin
Mampel	Thomas	Stadtteilzentrum Steglitz / NBV Lankwitz	Berlin
Marquardt	Christiana	Kath. Fachhochschule	Berlin
Marten	Marianne	Bürgerhaus Neckarstadt West e.V.	Mannheim
Marzel	Benedikt	Kath. Fachhochschule	Berlin
Matácic	Zeljko	Kath. Fachhochschule	Berlin
Maunula	Isa		Finnland
Maurer	Anette	Verein Stadtteil-VHS, Halk Kösesi	Berlin
Mehls	Sigurd		Berlin
Meißner	Jens	BA Treptow-Köpenick von Berlin, Sozialamt	Berlin
Menninger	Oswald	Der Paritätische Wohlfahrtsverband, LV Berlin	Berlin
Meyer	Elsi	Fürsorgeamt	Bern
Mittag	Karsten		Berlin
Möller	Yvonne		Berlin
Müller	Burkhard		Berlin
Müller	C. Wolfgang		Berlin
Müller	Ingrid	Verein für ambulante Versorgung Hohenschönhausen e.V.	Berlin
Müller	Achim	BA Steglitz-Zehlendorf, Kita	Berlin
Müller-Kern			Berlin
Nafzger	Markus	Fürsorgeamt Bern	Bern
Noack	Horst	Nachbarschaftszentrum Klub 74	Berlin
Nonn	Peter	Q1 Jugend-Kulturzentrum	Bergisch Gladbach
Nowotsch	Sigmar	Kiek in e.V.	Berlin
Oelschlegel	Dieter	Uni Duisburg	Duisburg
Ohder	Claudius	Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege	Berlin
Orfali	Ranya	Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V. - Kifrie-Jugend-Etage	Berlin
Otto	Anke		Berlin
Palm	Richard		Berlin
Pauls	Kerstin	NBH Donizetti	Berlin
Pergande	Hella	Rabenhaus e.V.	Berlin
Pfeil	Melchior	Netti/Kiezoase	Berlin
Pieczkowski	Joachim	Bezirksamt Reinickendorf	Berlin
Pietschmann	Nils	Nachbarschaftsheim Schöneberg - Kifrie-Jugend-Etage	Berlin
Platz	Gabriele		Berlin
Pleger	Angelika	Kath. Fachhochschule	Berlin
Pohl	Georg	Netzwerk Südost e.V.	Leipzig
Pokorny	Birthe	Outreach	Berlin
Pomierski	Robert	Outreach	Berlin
Porath	Horst	Stadtrat Bezirksamt Mitte	Berlin
Posthaus	Herr und Frau		Köln

Preisser	Ulrike	Moabiter Ratschlag e.V.	Berlin
Reinhardt	Dorothea	Selbsthilfe im Vorruhestand	Berlin
Reinhardt	Albert		Berlin
Rennert	Hans-Georg	Kommunales Forum Wedding e.V.	Berlin
Ribbeck	Vivi	NBH Wannseebahn e.V.	Berlin
Richter	Karlheinz	Bürgerhaus am Schlaatz gGmbH	Potsdam
Rief-Blomert	Marlise	NBH Donizetti	Berlin
Rippert	Marion	Nachbarschaftstreff Sprendlingen/ Forum Nord	Dreieich
Rocholl	Maria	Paritaetische Akademie	Berlin
Rösicke	Carola	NBH Wannseebahn e.V.	Berlin
Rothschuh	Michael	Fachhochschule	Hildesheim
Ruddat	Dorothee	Kiezoase Schöneberg	Berlin
Runge	Markus	Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V.	Berlin
Saathoff	Gerald	NBH Mittelhof	Berlin
Sahn	Karin	NBZ Amtshaus Buchholz	Berlin
Seidel	Eberhard	tageszeitung	Berlin
Scherer	Herbert	Verband für sozial-kulturelle Arbeit, Landesgruppe Berlin e.V.	Berlin
Scherer	Hildegard	Kiezoase/PFH	Berlin
Schick	Frau	Mut Gesellschaft für Gesundheit mbh	Berlin
Schieberle	Dieter	NBH Wannseebahn e.V.	Berlin
Schiefelbein	Marion	VskA	Berlin
Schlapeit-Beck	Dagmar	Sozialdezernat	Göttingen
Schmidt	Beate	BA Lichtenberg	Berlin
Schmidt	Michael, C. Ph.	Nachbarschaftwerk e.V.	Freiburg
Schmitt	Gerd	Kiezoase Schöneberg / PFH	Berlin
Schmitt-Wenkebach	Barbara		Berlin
Schmoecker	Prof. Mary	Fachhochschule Hamburg FB Soz.päd	Hamburg
Schneider	Monika	wohn mobil	Köln
Schornböck	Dr.Helli	Wiener Hilfswerk	Wien
Schreiber	Andrea		Berlin
Schroeter	Wolfgang	OUTREACH	Berlin
Schruoffeneger	Oliver	MdA, B90/Grüne	Berlin
Schubert	Anne	Kath. Fachhochschule	Berlin
Schult	Birgit	Kath. Fachhochschule	Berlin
Schulze	Steffi	MdA, PDS	Berlin
Schulze	Torsten	Nachbarschaftshaus Kastanienallee	Berlin
Schünke	Barbara	Ba-Marzahn-Hellersdorf	Berlin
Schubert	Anne		Berlin
Schüler	Michael	Verein Stadtteil-VHS, Halk Kösesi	Berlin
Schuwirth	Karl-Fried	Nachbarschaftshaus Wiesbaden	Wiesbaden
Schwartz	Eberhard	Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V. - Kifrie-Jugend-Etage	Berlin
Schwarz	Rainer	SPI, E&C	Berlin
Schwenzel	Jürgen	Moabiter Ratschlag e.V.	Berlin
Seeger	Christoph	*elele*-Nachbarschaftsverein e.V.	Berlin-Neukölln
Siele	Peter	Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin	Berlin
Spoelstra	Margit	VSKA	Berlin
Spoelstra	Hans	outreach	Berlin
Springer	Gabriel	DRK Hort Schillingstraße	Berlin
Stasch	Daniela		Berlin
Stawenow	Peter	Volkssolidarität	Berlin
Steinert	Heike	Volkssolidarität SPN e.V.	Forst
Stenner	Brigitte	Gemeinwesenverein Heerstrasse Nord e.V.	Berlin
Strauß-Wilts	Elsche	Die Stube	Idstein
Tamer	Burak	NBH Neukölln e.V.	Berlin
Taschner	Andreas		Berlin
Theurich	Hanne	Nachbarschaftsheim Mittelhof e.V.	Berlin
Timpe	Jens	Kath. Fachhochschule	Berlin
Ulrich	Evelyn	Verein für ambulante Versorgung Hohenschönhausen e.V.	Berlin
van `t Bosch	Agnes	IFS,Toronto	Toronto

von Klitzing	Hans-jakob	Kath. Fachhochschule	Berlin
von Schlieben-Troschke	Peter	NBH Mittelhof	Berlin
Wagner	Monika	Kotti e.V.	Berlin
Weber-Hejtmanek	Dr.Ursula	Wiener Hilfswerk	Wien
Wegricht	Max	VskA, IFS-Europabüro	Berlin
Werder	Sebastian	Kath. Fachhochschule	Berlin
Werner	Achim	Kiezoase Schöneberg	Berlin
Wibke	Eberhardt	Kath. Fachhochschule	Berlin
Wiebusch	Herr	SenSoz	Berlin
Wilkening	Renate	Nachbarschafts-und Selbsthilfezentrum in der ufaFabrik e.v.	Berlin
Willms	Wiebke		Berlin
Wlock	Torsten	netti	Berlin
Zey	Bettina	NBH Mittelhof	Berlin
Zindler-Frilon	Renate	Kiezoase	Berlin
Zinner	Georg	Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V.	Berlin

Impressum:

Der Rundbrief wird herausgegeben vom
VERBAND FÜR SOZIAL-KULTURELLE ARBEIT E.V.
Slabystr. 11, 50735 Köln
Tel. 0221 / 760 69 59
Fax 0221 / 760 79 05
E-mail: VskaKoeln@t-online.de

Kontaktbüro Berlin:
Tucholskystr. 11
Tel. 030 / 280 96 107
Fax 030 / 280 96 108

Redaktion: Michael Koplin
Gestaltung: Armin Emrich
Durck: Alte Feuerwache e.V. – Druckwerkstatt

Der RUNDBRIEF erscheint zweimal jährlich
Einzelheft: € 5.00 incl. Versankosten
Doppelheft: € 9.00 incl. Versandkosten

ISSN 0940-8665

Jahrestagung Stadtteilarbeit 2002:

Neue Medien in der Stadtteilarbeit

Die „Neuen Medien“ erfahren derzeit eine rasante Verbreitung, ihre Bedeutung in der Gesellschaft wächst entsprechend. Kenntnisse im Umgang mit diesen Medien werden zunehmend entscheidendes Kriterium bei Stellenneubesetzungen, BürgerInnen ohne Zugang werden immer stärker von Informationsquellen abgeschnitten. Die hieraus sich ergebende Ausgrenzung meist ohnehin bereits benachteiligter Bevölkerungsgruppen (Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger), aber auch ausländischer oder älterer BürgerInnen wird immer wieder durch Untersuchungen belegt.

Der Stadtteil als konkrete Lebenswelt ist von dieser Entwicklung in doppelter Weise betroffen: Hier werden die Benachteiligungen deutlich und erlebbar, andererseits bietet gerade das direkte Wohnumfeld sehr gute Möglichkeiten, um die betroffenen Zielgruppen mit Angeboten zu erreichen.

Aber auch für die pädagogischen Fachkräfte in der Stadtteilarbeit bieten sich zusätzliche Chancen und Herausforderungen durch die „Neuen Medien“: Öffentlichkeitsarbeit, Kooperation im Stadtteil, fachlicher Austausch und auch Bürgerbeteiligung können durch Vernetzung und Multimedia auf neue Weise realisiert werden.

Der „Verband für sozialkulturelle Arbeit e.V.“ veranstaltet in Kooperation mit der Stadt Hannover und der Redaktion der Internetseite „www.stadtteilarbeit.de“ eine Fachtagung „Neue Medien in der Stadtteilarbeit“, mit der aktuelle Erkenntnisse und Theorien zur „digitalen Spaltung“ vermittelt und Anregungen für eine Neuorientierung der beruflichen Praxis in den Stadtteilen gegeben werden sollen.

Die Tagung findet statt vom 04.09.-06.09.2002 im Sozialen und Kulturellen Stadtteilzentrum Kronsberg („KroKuS“) in Hannover, die Kosten betragen 100,- € (zuzüglich Übernachtung).

Das Veranstaltungsprogramm wird ca. Mitte Mai im Internet unter http://www.stadtteilarbeit.de/Tagung veröffentlicht, Interessierte bekommen das Programm auch sofort nach Fertigstellung zugesandt, wenn sie Ihre eMail-Adresse an redaktion@stadtteilarbeit.de schicken.

Rückfragen werden gerne beantwortet unter Tel.: 0511/168-43320.

GlücksSpirale

Der RUNDBRIEF erscheint mit finanzieller Unterstützung der „Glücksspirale“